Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün – erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft

Nr. 85
2020

ISSN 0930-5165

Deutscher Rat für Landespflege

Deutscher Rat für Landespflege

in Zusammenarbeit mit:

Bund Heimat und Umwelt in Deutschland BHU

Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün – erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft

Das Projekt wurde durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und durch die Lennart-Bernadotte-Stiftung gefördert.

BfN Bundesamt für Naturschutz

LENNART-BERNADOTTE-STIFTUNG

Heft 85 - Juli 2020

SCHRIFTENREIHE DES DEUTSCHEN RATES FÜR LANDESPFLEGE

ISSN 0930-5165

Herausgegeben vom Deutschen Rat für Landespflege e. V. (DRL)

Redaktion: Dipl.-Ing. Angelika Wurzel
Ronja Leicher

Fachbetreuung: BfN-Fachgebiet FG II 4.1 Thomas Arndt

Ein Nachdruck mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden,
jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

Beiträge, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Deutschen Rates für Landespflege
gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung der Verfasser/innen dar.
Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit
der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter.

Herstellung und Auslieferung:
Druck Center Meckenheim (DCM)
Werner-von-Siemens-Str. 13, 53340 Meckenheim

Papier dieser Ausgabe aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Deutscher Rat für Landespflege & Bund Heimat und Umwelt in Deutschland

Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün – erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft — Seite

1 Einführung 5

2 Grün- und Freiflächen in Städten 6

3 Bürgerschaftliches Engagement in Städten 10

4 Öffentlichkeitsarbeit, Information und Kommunikation 14

5 Herausforderungen 15

6 Erfolgreiche Beispiele von Aktivitäten im öffentlichen und halböffentlichen Grün aus verschiedenen Städten Deutschlands 17

7 Empfehlungen 32

8 Summary 35

9 Literatur 37

10 Webseiten zum Thema Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün 39

Anhang 1: Übersicht der Vorträge anlässlich der Fachtagung "Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft“ am 3./4. Juni 2019 42

Anhang 2: Teilnehmerinnen und Teilnehmer 43

Vorträge

Christiane Schell & Thomas Arndt — Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün – erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft 44

Michaela Shields — Treffpunkt Vielfalt – PikoPark: Naturnahe Gestaltung von Freiflächen in Wohnquartieren 46

Stefan Grundei — Kleingärten bei der Stadtplanung mit- und neugedacht: Ein Weg zu mehr Lebensqualität bei gleichem Flächenbedarf 49

Corinna Hölzer — Treffpunkt Vielfalt – Naturnahe Gestaltung und Pflege von Wohnquartieren 53

Christa Müller — Die Urban-Gardening-Bewegung: Auf der Suche nach einem neuen Natur-Kultur-Verhältnis 55

Monika Borodko-Schmidt — "Freiburg packt an" – Bürgerschaftliches Engagement und Stadtökologie – Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Bürgerschaft 59

Nicole Nöske & Luciana Zedda — Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit für Grün- und Freiflächen 62

Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landespflege 66

Mitglieder des Deutschen Rates für Landespflege 68

Projekt "StadtFrüchtchen"

Projekt: "Stadtbauernhof"

Foto: R. Leicher

Foto: D. Gotzmann

Foto: A. Wurzel

Projekt "Vom Hausacker zum Urban Green"

Projekt "Stadtgemüse"

Foto: D. Gotzmann

Foto: A. Wurzel

Deutscher Rat für Landespflege e. V. & Bund Heimat und Umwelt in Deutschland e. V.

Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün – erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft

1 Einführung

Städte[1] sind Standorte zum Wohnen und zum Arbeiten. Um in ihnen gut leben und sich auch erholen zu können, bedarf es darüber hinaus besonderer Qualitäten. Hierzu gehören neben einem reichhaltigen Angebot an Kultur, Kommunikation, Freizeitgestaltung, Einkaufsmöglichkeiten und guter Infrastruktur vor allem ein attraktives Wohnumfeld, eine qualitativ und quantitativ hochwertige Versorgung mit vielfältig gestalteten und naturnahen Grün- und Freiflächen, schadstoffarme Luft sowie unbelastete Böden und Gewässer. Die vielfältig gestalteten und naturnahen Grün- und Freiräume sollen einerseits leicht erreich- und nutzbar sein, und andererseits auch soziale und ökologische Ansprüche und Funktionen erfüllen (DRL 2006).

Die soziale, ökonomische und ökologische Bedeutung von Grün- und Freiflächen in den Städten ist lange bekannt; trotzdem hat sich an der Situation der Bedrohung durch Wegfall oder Verschlechterung des Zustands öffentlicher und halböffentlicher Grün- und Freiflächen in den letzten Jahrzehnten nur wenig geändert. Zu den Ursachen gehören der Mangel an Personal und Finanzmitteln, aber auch fehlendes Verständnis anderer Fachämter sowie nicht zuletzt politischer Druck und in jüngerer Zeit die Forderung nach der Ausweisung von mehr Wohnraum aufgrund des Zuzugs von Menschen.

Auf kommunaler Ebene können weder die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation zur Inwertsetzung des Stadtgrüns noch die aufwendige differenzierte Pflege durch die für das Grün zuständigen Stellen, i. d. R. die Grünflächenämter, überall zufriedenstellend gewährleistet werden. Pflegemaßnahmen müssen mitunter auf ein Mindestmaß reduziert werden mit der Gefahr, dass verwahrloste Parks und Grünflächen gesellschaftliche Probleme nach sich ziehen.

Schnell wird seitens der Sachverwalter für die öffentlichen Grün- und Freiräume nach bürgerschaftlichem Engagement gerufen. In vielen Grünflächenämtern wurden und werden Pflege- und Unterhaltungskonzepte erarbeitet, die Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern einbeziehen. Deren Engagement kann gewiss einen wesentlichen Beitrag zur Abhilfe leisten, weil vielen von ihnen der Wert von Grün- und Freiflächen bekannt ist; Engagement ist aber kein Selbstläufer. Bürgerinnen und Bürger wollen nicht als „Lückenbüßer" dastehen und Verwaltungshandeln vollziehen. Sie haben schon seit langem traditionell Initiativen zur Anlage von Grünflächen ergriffen und sich bei der Pflege und Unterhaltung engagiert; in jüngerer Zeit äußern sie verstärkt das Bedürfnis, vorhandene Grünflächen nach ihren Vorstellungen, Bedürfnissen und Idealen z. B. in Form von Gemeinschaftsgärten zu gestalten. Sie tragen somit zu andersartigen Nutzungen von gestalteten und naturnahen Flächen, zur Intensivierung des gesellschaftlichen Miteinanders, zur Naturerfahrung und Umweltbildung bei.

Wünsche der Verwaltung müssen sich dabei nicht mit Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger decken. Es bedarf einer zufriedenstellenden Form von Zusammenarbeit und Unterstützung durch die Verwaltungen.

Dass die Bedeutung eines vielfältig gestalteten und ausreichend bemessenen Stadtgrüns – oft auch als Stadtnatur bezeichnet – für die Ansprüche und Aufrechterhaltung der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner bei Politik, Verwaltung und in der Gesellschaft auf höchster politischer Ebene anerkannt ist, lässt sich in jüngster Zeit erneut durch das Weißbuch Stadtgrün (BMUB 2017) belegen, das zunächst als Grünbuch unter Beteiligung von Bundesressorts, Ländern und Kommunen sowie Verbänden, Stiftungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erstellt und in einem aufwendigen Online-Dialogprozess mit der Öffentlichkeit diskutiert und überarbeitet wurde.

Zur Umsetzung dieses Weißbuches wurde der Masterplan Stadtnatur (BMU 2019) verabschiedet. Sein Ziel ist eine Aufwertung des Stadtgrüns durch verschiedene Maßnahmen, z. B. zur Erhöhung der Arten- und Biotopvielfalt in den Städten. Der Maßnahmenplan versteht sich dabei als Beitrag für eine integrierte Stadtentwicklung, wobei Flächen auch multifunktional genutzt werden sollen. Er unterstützt zugleich die Umsetzung der EU-Strategie zur grünen Infrastruktur[2] und die Deutsche Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels. Auch die Einführung eines neuen Förderschwerpunktes „Stadtnatur" beim Bundesprogramm Biologische Vielfalt (https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/bundesprogramm.html) und eine geplante Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes zur Stärkung der kommunalen Landschaftsplanung gehören zu den Maßnahmen.

Mit dem Projekt „Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün" unterstützen der Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU) und der Deutsche Rat für Landespflege (DRL) die Aktivitäten des Weißbuchs Stadtgrün, insbesondere in Bezug auf die Abschnitte

6. vielfältige Grünflächen planen, anlegen und unterhalten,

7. Akteure gewinnen, Gesellschaft einbinden und

10. Öffentlichkeitsarbeit und Bildung.

1 Als Stadt werden im Gegensatz zum Land bzw. ländlichen Raum größere, verdichtete Siedlungen mit spezifischen Funktionen in der räumlichen Arbeitsteilung und politischen Herrschaft, abhängig von der gesellschaftlichen Organisation und Produktionsform, bezeichnet. Als städtische Siedlungen gelten z. B. in Deutschland laut amtlicher Statistik Gemeinden mit Stadtrecht ab 2.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohner (Landstadt 2.000–5.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Kleinstadt 5.000–20.000 Ein-wohnerinnen und Einwohner, Mittelstadt 20.000–100.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Großstadt mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner). Hier werden Mittel- und Großstädte betrachtet. (Gabler Wirtschaftslexikon - https://wirtschaftslexikon.gabler.de/)

2 Die EU fordert von ihren Mitgliedsländern den Aufbau einer sog. „Grünen Infrastruktur" (Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Grüne Infrastruktur (GI) − Aufwertung des europäischen Naturkapitals / COM/2013/0249 final). In Deutschland wird dies durch das „Bundeskonzept Grüne Infrastruktur" mit einem eigenen Abschnitt zu „Siedlungsgebieten" umgesetzt. Grüne Infrastruktur im urbanen Bereich ist danach die Förderung von urbaner, siedlungstypischer biologischer Vielfalt, Klimawandelanpassung und Resilienz, menschlicher Gesundheit und Wohlbefinden, sozialem Zusammenhalt und Teilhabe, Naturerleben, nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und einer ressourcenschonenden Stadtentwicklung. Urbane grüne Infrastruktur stärkt das Erscheinungsbild, die Standortqualität, und Identität – und damit die Lebensqualität und Attraktivität von Städten. Darüber hinaus bietet grüne Infrastruktur im urbanen Raum die Chance, Naturschutz, Freiraumplanung und Stadtentwicklung als ganzheitliches Anliegen zu betrachten, kommunale Akteure der für Umwelt, Landschafts-, Freiraum- und Grünplanung und Naturschutz zuständigen Fachämter zusammenzubringen und integrative Ansätze zusammen mit anderen Disziplinen zu stärken, die z. B. für Mobilität oder Gesundheit zuständig sind (BfN 2017).

Die Erfahrungen in der Zusammenarbeit von städtischen Verwaltungen/ Grünflächenämtern/ Unteren Naturschutzbehörden bei der Öffentlichkeitsarbeit/ Inwertsetzung des städtischen Grüns und bei der Einbeziehung von Privatwirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement in bestimmte Pflegeaufgaben des vielfältigen Stadtgrüns wurden anhand verschiedener Projekte bundesweit untersucht. Dabei wurden die Potenziale und möglichen Hemmnisse weiterer bürgerschaftlicher Einbindung ausgelotet. Es wurden darüber hinaus gute Beispiele identifiziert, in denen eine besonders gute Verzahnung von auf kommunaler Ebene aufgestellten Pflegekonzepten und bürgerschaftlichem Engagement gelungen ist.

Abschließend werden Perspektiven und Empfehlungen für eine gute Öffentlichkeitsarbeit und einen verbesserten und differenzierten Umgang mit den städtischen Grün- und Freiflächen formuliert. Der Fokus ist darauf gerichtet zu zeigen, wie die gemeinsame Zusammenarbeit weiter verbessert und gesteigert werden kann, welche weiteren Potenziale vorhanden sind und unter welchen Bedingungen sie mobilisiert werden können. Ziel sind einerseits differenziert gepflegte und andererseits naturnahe, sich weitgehend selbst überlassene Grünflächen als Beitrag zur Verbesserung der städtischen Umwelt und zur Erhaltung der Biologischen Vielfalt im Sinne der Schaffung urbaner grüner Infrastruktur (BfN 2017b).

Vor allem Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen (Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Kommunale Spitzenverbände (Gartenamtsleiterkonferenz), Landschaftsarchitektinnen/ Landschaftsarchitekten und Planerinnen/ Planer, Stakeholder (Stiftungen, einschlägige Verbände der Wirtschaft und des Natur- und Umweltschutzes, Heimatvereine, Bürgerinitiativen, Träger- und Fördervereine) sollen mit den hier erarbeiteten Forderungen und Empfehlungen angesprochen werden.

Neben umfänglichen bundesweiten Recherchen wurde zur Thematik passend ein zweitägiges Fachgespräch „Bürgerschaftliches Engagement im Öffentlichen Grün − erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft“ am 3. und 4. Juni 2019 in Bonn durchgeführt, bei dem das Thema intensiv diskutiert und von verschiedenen Seiten beleuchtet wurde (Anlage 1). Dazu wurden verschiedene Akteurinnen und Akteure sowie Expertinnen und Experten eingeladen, die sich seit vielen Jahren mit der Thematik beschäftigen bzw. selbst aktiv sind (Anlage 2). Die Vorträge und Impulsreferate bildeten die große Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements im öffentlichen Grün ab und reichten von der Tradition bürgerschaftlichen Engagements bis zu heutigen Aktivitäten und Wünschen von Bürgerinnen und Bürgern über verschiedene Formen ihrer Einbindung bei der Pflege und Nutzung öffentlicher und halböffentlicher Flächen bis zur Vorstellung konkreter Beispiele.

Die Ergebnisse des Expertinnengesprächs wurden durch DRL und BHU dokumentiert und sind gemeinsam mit den vorab geleisteten Recherchen in diesen Bericht eingeflossen. An der Entstehung dieses Ergebnisberichts haben mitgewirkt:
seitens des DRL: die Ratsmitglieder Dipl.-Ing. Adrian Hoppenstedt und Prof. Dr. Werner Konold sowie die Mitarbeiterinnen Dipl.-Ing. Angelika Wurzel (Stv. Gf’in) und Ronja Leicher, die Vertragsnehmerinnen Dr. Nicole Nöske und Dr. Luciana Zedda (BIO-Diverse) und seitens des BHU: die Mitarbeiterinnen Dr. Inge Gotzmann (Gf’in) und Kristina Gehm.

Die Inhalte des Ergebnisberichts wurden anlässlich der Ratsversammlung am 26. November 2019 von den Mitgliedern des DRL diskutiert und mit Ergänzungsvorschlägen verabschiedet.

Im Kapitel 2 des Berichts wird auf Formen und Funktionen von Grün- und Freiflächen, ihre ökologische und soziokulturelle Bedeutung, die dafür zuständigen Behörden und Institutionen, die Wünsche und den Zufriedenheitsgrad von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen. In Kapitel 3 werden traditionelle und aktuelle Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern und ihren Zusammenschlüssen vorgestellt. Kapitel 4 fasst wichtige Aspekte zur Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation zusammen. Kapitel 5 umreißt die Herausforderungen und Lösungsansätze. In Kapitel 6 werden erfolgreiche Beispiele der Zusammenarbeit von Bürgerschaften, Verwaltungen und Wohnungsbauunternehmen vorgestellt, für die u. a. die Ergebnisse von Wettbewerben, des ExWoSt-Forschungsfeldes des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBRS) „Green Urban Labs“, Beispiele der Mitglieder von „Kommunen für die Biologische Vielfalt e. V. “, und die Website von „anstiftung“ ausgewertet wurden.

2 Grün- und Freiflächen in Städten

Bevor auf Formen und Bedeutungen von Grün- und Freiflächen für die Bürgerschaft näher eingegangen wird, sollen sie kurz definiert werden:
Es handelt sich um Flächen[3], die

- sich von bebauten Flächen abgrenzen,
- nicht zwangläufig aus Vegetation bestehen
- die dritte Dimension einschließen und
- Nutzbarkeit und eine gewisse Offenheit ermöglichen

2.1 Formen und Funktionen städtischer Grün- und Freiflächen

Grün- und Freiräume können privat, halböffentlich oder öffentlich sein. Konkret gehören dazu:

- Private Gärten (z. B. Gärten am Haus, Dach- und Fassadenbegrünung, Balkons, Terrassen),

- halböffentliche Flächen (z. B. Mietergärten, Innenhöfe, Kleingärten, Grabeland[4], Gemeinschaftsgärten/ Urban Gardening[5], Friedhöfe, Botanische und Zoologische Gärten, Spiel- und Sportplätze, Freizeitanlagen, Immissionsschutzflächen, Außenanlagen an Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten, Erlebnisbauernhöfe, Flächen an Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen),

3 Nach KLAFFKE (2005)

4 Als Grabeland wird gärtnerisch genutztes Land bezeichnet, das i. d. R. von den Gemeinden parzellenweise vergeben und gegen eine verhältnismäßig geringe Pacht von den Bürgern genutzt werden kann. Seine Nutzung ist eingeschränkt und unterliegt nicht dem Bundeskleingartengesetz.

5 Beim Urban Gardening geht es nicht um ein Zurück zur Natur, sondern um eine Neuorientierung und Neubewertung als Ausdruck einer politischen Haltung. Gärtnern galt bisher eher konservativ, neu sind heute die teilweise subversiven Elemente. Urban Gardening ist die moderne Form des Gemeinschaftsgartens. Hierunter fällt eine Vielzahl von Gartenformen mit unterschiedlichen Ansätzen, z. B. Klein- oder sog. Schrebergärten, Therapiegärten, Schulgärten, Stadtteilgärten, interkulturelle Gärten, christliche Gärten, Gärten im öffentlichen Raum, temporäre Gärten. Der Schwerpunkt liegt meist im gesellschaftlich-sozialen Bereich: gute Nachbarschaft, gemeinsames Lernen, generationenübergreifende Projekte, Miteinander der „Kulturen“, Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt und Kontakt zur Natur/ Naturerfahrung (MÜLLER 2011, RASPER 2012).

- öffentliche Freiräume im Wohnumfeld (z. B. baumbestandene Straßenräume und Plätze, öffentliche Gärten und Parks, Grünzüge und Grünverbindungen, von Bauwerken freie Kulturlandschaft, wie landwirtschaftliche Flächen, Stadtwälder, Flussauen, Seen, Brachflächen), öffentliche Grünflächen im Wohngebiet.

Im Vorhaben werden insbesondere die halböffentlichen und öffentlichen Grün- und Freiflächen betrachtet.
Die Grün- und Freiflächen in einer Stadt bilden ein individuelles System, das auf den naturräumlichen Grundlagen, ursprünglichen Nutzungen und im Verlauf der Stadtentwicklung durchgeführten Planungen beruht; sie haben unterschiedliche Bedeutung als Naturräume und hinsichtlich ihrer Eignung als Lebensräume für Tiere- und Pflanzen. Nach der Art der Entstehung, der Schutzwürdigkeit und dem Schutzstatus können unterschieden werden (nach KOWARIK 1992, Deutscher Rat für Landespflege 1992):

- Reste der ursprünglichen Naturlandschaft: Hierzu gehören Wälder, Feuchtgebiete und Seen am Stadtrand und im unmittelbaren Umland; diese sind oft schutzwürdig oder stehen unter Landschafts- oder Naturschutz.

- Reste der vorindustriellen Kulturlandschaft: Das sind vornehmlich landwirtschaftlich genutzte Flächen am Stadtrand und im engeren Umland; nicht alle diese Flächen bedürfen eines gesetzlichen Schutzes.

- Grün- und Freiflächen als Ergebnis künstlerisch/gärtnerischer Gestaltung: Hierzu gehören alle Arten öffentlicher Grünflächen unterschiedlicher Entstehungszeit sowie die über das gesamte Stadtgebiet verteilten Gärten; sie sollten zumindest über das Bauplanungsrecht gesichert sein, gelegentlich ist auch Naturschutzrecht notwendig. Diese Flächen sind häufig von besonderem Interesse für bürgerschaftliches Engagement.

- Spezifisch urban-industrielle, spontan (nicht gärtnerisch) begrünte Bau-, Verkehrs-, Brach- und Entsorgungsflächen; solche sind im gesamten Stadtgebiet vorhanden und planungsrechtlich zumeist nicht gesichert. Auch Brachflächen können Ziel bürgerschaftlichen Interesses in Form von Urban Gardening sein.

- Die hier genannten Kategorien repräsentieren die Stadtnatur, wie sie auch im Masterplan Stadtnatur zusammengefasst sind (BMU 2019).

2.2 Ökologische Funktionen

Grün- und Freiräume in Siedlungsbereichen erfüllen wichtige ökologische Funktionen – Ökosystemleistungen – auch wenn oftmals die Funktionsfähigkeit von Böden, Wasser, Klima/Luft eingeschränkt ist und die Stoffkreisläufe des Naturhaushaltes anthropogen verändert sind. Städte stellen auch im Hinblick auf die Tier- und Pflanzenwelt besondere und individuelle Ökosysteme dar (BMUB 2015b, Naturkapital Deutschland - TEEB 2016).

Böden und Wasser

Böden erfüllen für Menschen sowie Tiere und Pflanzen wesentliche Funktionen. Sie sind Lebensgrundlage und Lebensraum, sie gewährleisten Wasser- und Nährstoffkreisläufe, sie sind Medium mit Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften. Durch die Versickerung von Wasser werden sauberes Grund- und Trinkwassers sichergestellt.

Stadtböden sind durch den Menschen so stark beeinflusst worden, dass sie sich von denen des Umlandes erheblich unterscheiden. Insbesondere Böden unter Straßen und Bebauung sind technisch stark verändert oder gar versiegelt. Die genannten Funktionen können heute am ehesten noch in Grün- und Freiflächen erfüllt werden; die Versickerung von Regenwasser trägt hier zur Entlastung der Kanalnetze, zum Hochwasserschutz und nicht zuletzt zu einem angenehmen Stadtklima bei. Stadtböden können auch als Archiv für Veränderungen in der Siedlungsgeschichte dienen.

Klima/Luft

Städte haben durch die Verdichtung mit unterschiedlich hohen Gebäuden insbesondere im Innenbereich ein wärmeres Klima als ihr Umland. Dieses kann sich durch den Klimawandel weiter verstärken (MATHEY et al. 2011). Den vegetationsbedeckten städtischen Freiräumen kommt in Zusammenhang mit klimatischen und lufthygienischen Anforderungen – Frischluftentstehung und Durchlüftung – gerade angesichts dieses Klimawandels und der notwendigen Anpassungsmaßnahmen daher heute besonders große Bedeutung zu. Frischluftschneisen, Kaltluftentstehungsgebiete, Wasserflächen, klein- und großflächige Grün-Vernetzungen, Fassaden- und Dachbegrünung und schattenspendende Bäume werden für das Leben in den Städten künftig elementar sein. Die Größe der Freiräume, ihr Bewuchs (Rasen, Sträucher, Bäume) und ihre Vernetzung sind Faktoren, die insbesondere im Sommer zu einem angenehmen Stadtklima beitragen und deren Abkühlungseffekte sich in die benachbarten bebauten Flächen auswirken.

Fassaden- und Dachbegrünungen an Gebäuden können das hausnahe Klima verbessern und im Sommer eine Überwärmung an den einzelnen Bauwerken vermeiden.

Baumbestandene Freiräume, Straßenbäume und Fassaden- und Dachbegrünungen tragen zur Verbesserung der Luftqualität bei, indem sie Feinstäube ausfiltern und CO_2 speichern.

Ideal für das städtische Klima wäre es, wenn Städte einen Grün- und Freiflächenanteil von etwa einem Viertel ihres Stadtgebiets aufweisen würden (Deutscher Wetterdienst zitiert bei SCHOLZ 2012, S. 7); diese Flächen müssten gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt sein und in das Umland hineinreichen.

Tier- und Pflanzenwelt

Im Allgemeinen sind die in Städten anzutreffenden Tier- und Pflanzenarten weit verbreitet, da ihre Ansprüche an den Lebensraum im Einklang mit den anthropogenen urbanen Lebensbedingungen stehen. In der Stadt sind z. B. für viele Vogelarten die Bedingungen besser als auf dem Land. Die Tiere sind in der Stadt geschützt und finden in Gärten und Parks durch die Fütterung oder auch Abfälle der Menschen Nahrung. Aber durch die Reduzierung von naturnahen Flächen in der Stadt und deren Versiegelung, v. a. auch der privaten Gärten, sowie der Einsatz von Pestiziden sind diese in Gefahr. Flächen mit vielen Blüten, viele Insekten sind Bedingung für deren Erhaltung. Wilde Ecken, Pflanzenvielfalt von v. a. nektarreichen Arten sowie Insektenhotels können einen großen unterstützenden Beitrag leisten (BUND 2012).

Auch durch die energetische Sanierung vieler Fassaden wird alles dicht und nach außen glatt verpackt. Dadurch finden einige Arten wie z. B. der Mauersegler keine Nistmöglichkeiten mehr. Nistkästen schaffen Abhilfe (BfN 2016b).

Bei der Vegetation handelt es sich häufig aufgrund der besonderen klimatischen Verhältnisse in der Stadt um nichtheimische – oft mediterrane und submediterrane – Arten, die ungewollt eingeschleppt oder eingeführt und bewusst angepflanzt wurden, sich ausbreiten

und als invasive Arten zum Problem werden können. Die Vielfalt städtischer Grün- und Freiräume bietet zahlreiche Nischen für einen großen Artenreichtum; es finden sich jedoch auch Rückzugsräume für seltene und schützenswerte Arten.

2.3 Soziokulturelle und gesundheitliche Funktionen städtischer Grün- und Freiflächen

Die halböffentlichen und öffentlichen Grün- und Freiflächen in Städten leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Umwelt- und Lebensqualität für die Stadtbewohner (ERMER et al. 1994, TEEB 2016 – [Kap. 4, 5 und 6] , BBSR 2018).

Die Grün- und Freiflächen

- prägen das Erscheinungsbild und die ästhetische Wahrnehmung einer Stadt, indem sie sie gliedern; sie sind mitentscheidend für das Wohlbefinden oder Unbehagen gegenüber der Stadt und die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihr;
- spiegeln die Entwicklungsgeschichte einer Stadt wider und sind wichtige Orientierungsräume; natürliche landschaftliche Elemente (Gewässerläufe, Weiher, Seen, Pfuhle, Senken und Erhebungen) sind erlebbar; die Kultur- und Gartenkulturgeschichte und der gesellschaftliche Wandel bzw. der jeweilige Zeitgeist – auch Moden – sind in den unterschiedlichen Freiräumen (z.B. Dorfanger, Barockgarten, Schmuckplatz der Gründerzeit, Bürger- und Volksparks, Grünanlagen jüngerer Zeit) deutlich ablesbar;
- können wichtige gesellschaftliche Begegnungsstätten sein und Raum für Kommunikation bieten; es bestehen Chancen für die niederschwellige Begegnung von Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Gesellschaftsschichten und Kulturen;
- erfüllen vielfältige Ansprüche im Rahmen der Freizeitgestaltung; sie werden aufgesucht, um dem Lärm und der Hektik des großstädtischen Alltags zu entfliehen, um sich auszuruhen oder auszutoben, zu gärtnern oder einfach nur um Natur und Stadtlandschaft zu genießen und sich zu erholen;
- bieten die Möglichkeit zum Beobachten und der direkten Begegnung mit lebenden Tieren und der Pflanzenwelt und dem Wechsel der Jahreszeiten; die Naturerfahrung und das Naturverständnis aller Altersgruppen werden gefördert; die Erfahrbarkeit von Natur dient der Inwertsetzung und kann die Akzeptanz und Umsetzung von Naturschutz allgemein und der dafür erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen stärken (SCHEMEL et al. 2005, STOPKA & RANK 2013).
- leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesunderhaltung; man kann sich in ihnen bewegen oder sportlichen Aktivitäten nachgehen; sie können auch positive Wirkungen auf die Psyche entfalten (RITTEL et al. 2014, TEEB 2016 – Kap. 4);
- sind auch für die Stadtentwicklung selbst wichtig; ihre Existenz, ihre hohe Qualität und ihre vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten können Stadtflucht und weitere Zersiedelung des Stadtrandes verhindern helfen; sie stellen für Industrie und Wirtschaft wichtige sog. weiche (schwer messbare) Standortfaktoren dar (BMUB 2015b);
- ermöglichen der städtischen Bevölkerung wieder an die Herstellung von Lebensmitteln und deren Anbau herangeführt zu werden; dies dient der Wertschätzung und einem realistischeren Bezug zu Lebensmitteln und deren Produktion.

Es muss allerdings auch erwähnt werden, dass Grün- und Freiflächentypen zu bestimmten Tages- und Nachtzeiten insbesondere für Frauen und alte Menschen auch „Angsträume“ sein können, wenn sie z. B. schlecht einsehbar oder unbeleuchtet sind (BMUB 2017, BUVKO 2019).

Ziel städtischer Planung muss es sein, dass Grün- und Freiräume

- möglichst viele der o. g. soziokulturellen und gesundheitlichen Funktionen für die Menschen erfüllen und für die Nutzer gut und sicher erreich- und nutzbar sind

und sie gleichzeitig

- Boden-, Wasser- und Klimafunktionen erfüllen sowie Lebensraum für wild lebende Tier- und Pflanzenarten bieten und die Erhaltung und Entwicklung der Biologischen Vielfalt fördern.

Diese Ziele und wie sie erreicht werden können müssen allen Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden, damit sie sich für die Umsetzung engagieren können.

2.4 Zuständige Behörden/andere zuständige Stellen

Die für die Pflege, Unterhaltung und Entwicklung zuständigen Grünflächenämter sind auf der kommunalen Ebene angesiedelt und je nach Stadtgröße und individuellem Grünflächensystem eingebunden und strukturiert. Sie haben die Aufgabe, die o.g. Grün- und Freiflächen im Rahmen der Stadtentwicklung und durch Landschafts-, Grünordnungs- und Managementpläne zu planen, zu entwickeln und auch zu pflegen und zu unterhalten. Zu den Aufgaben gehören auch die Pflege und Erhaltung des Straßenbaumbestands und der Aufbau und die Fortschreibung von Grünflächenkatastern. Die Pflegeaufgaben beinhalten abhängig von der Organisationsstruktur Schmuckpflanzungen, Rasenmähen, Strauch- und Baumschnitt, Reparaturen an Bänken und Beleuchtung, Schildern, Zäunen und Wegen sowie die Beseitigung von Müll und Vandalismusschäden. Nicht selten wird die Pflege der Grün- und Freiflächen von speziell dafür eingerichtete Eigenbetrieben erledigt oder auch vergeben.

Die Ständige Konferenz der Gartenamtsleiter (GALK; angesiedelt beim Deutschen Städtetag) dient mit ihren Facharbeitskreisen zu Themen wie u. a. Kleingartenwesen, Kommunale Gartendenkmalpflege, Stadtentwicklung und Stadtnatur dem Erfahrungsaustausch und der Weiterentwicklung (https://www.galk.de/).

Die *unteren Naturschutzbehörden* gehören zur selbständigen Verwaltung der Landkreise/ Landratsämter und kreisfreien Städte. Sie sind für die Umsetzung der durch das Naturschutzrecht normierten Aufgaben zuständig. Dazu gehört z. B. die Ausweisung eines Netzes von Schutzgebieten und Verbindungskorridoren (über den Stadtrand hinaus bis in die sog. „freie Landschaft“ hinein) oder der Schutz von Tier- und Pflanzenarten als Voraussetzung für die Erhaltung der Biologischen Vielfalt. Die Aufgaben sind im Rahmen der kommunalen Verantwortung bei der Bauleitplanung (Aufstellung von Landschafts-/ Grünordnungsplänen für die Ebenen Flächenutzungs- und Bebauungsplan) und durch naturschutzrechtliche Genehmigungen für Bauten und Projekte umzusetzen, was auch den Ausgleich und Ersatz für die damit verbundenen Eingriffe in den Naturhaushalt beinhaltet. Bei der Pflege von geschützten Bereichen wirken in einigen Bundesländern die Biologischen Stationen mit. Sie sind aus dem ehrenamtlichen Naturschutz hervorgegangen, meist selbständige

und gemeinnützige Vereine und stellen ein wichtiges Bindeglied zwischen dem amtlichen und dem ehrenamtlichen Naturschutz dar. Sie sind bei naturschutzfachlichen Fragen und Problemen Ansprechpartner sowohl für Behörden als auch für Privatpersonen.

Die *Kirchen* und andere religiöse Organisationen sind für das Management ihrer Flächen selbst zuständig (Kindergartenflächen, Flächen an Altersheimen, Friedhofsflächen). Sie delegieren die anfallenden Aufgaben auch an vorhandene Grünflächenämter oder bitten ihre Mitglieder (Eltern, Senioren) um Hilfe bei der Pflege. An der Fakultät für Katholische Theologie der Universität Regensburg wurde beispielsweise eine Handreichung zur Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen auf kircheneigenem Grund erarbeitet (Universität Regensburg – Fakultät für Katholische Theologie 2018).

Nichtreligiöse Institutionen, z. B. die Arbeiterwohlfahrt oder das Rote Kreuz, unterhalten ihre Liegenschaften (Kindergärten, Schulen, Heime für Menschen mit Behinderungen oder Ältere) im Rahmen ihrer Wohlfahrts- und Sozialarbeit i.d.R. selbst. Es gibt hier Beispiele für die Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden (VRUCAK 2018).

Die Aufgaben der *Wohnungsunternehmen* (auch Wohnungsgesellschaften oder Wohnungsbaugesellschaften) liegen im Bau, in der Bewirtschaftung, Verwaltung und Vermarktung von eigenen Wohnimmobilien, zu denen auch Spezialimmobilien, z.B. Seniorenresidenzen, Betreutes Wohnen etc. gehören können, einschließlich der dazu gehörenden Grün- und Abstandsflächen. Wurde in den 1970/1980er Jahren von Landschaftsarchitekten und Bürgergruppen häufig beklagt, dass diese Abstandsflächen aufgrund restriktiver Satzungen nicht durch die Bewohnerinnen und Bewohner genutzt werden durften, ist hier inzwischen eine Lockerung der Vorschriften und auch eigenes Engagement, z. B. Maßnahmen zur Extensivierung von Grünflächen oder die Schaffung von Lebensräumen für Tiere, festzustellen. Dennoch tut man sich vielerorts noch schwer mit Nutzungen, z. B. in Form des Urban Gardenings. Hoffnungsvoll sind daher Projekte wie die durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt geförderten Piko-Parks, die die Zusammenarbeit von Verantwortlichen der Wohnungsbauunternehmen mit Anwohnerinnen und Anwohnern fördern.

Grünflächen auf *Firmengeländen* oder industriell genutzten Flächen werden in Eigenregie oder durch damit beauftragte Unternehmen gepflegt; sie sind i. d. R. eingeschränkt für die Beschäftigten nutzbar. In jüngerer Zeit werden auch hier neuere naturnähere Pflegekonzepte umgesetzt[6].

2.5 Wünsche und Zufriedenheitsgrad von Bürgerinnen und Bürgern

Aus der Analyse von Wünschen von Bürgerinnen und Bürgern an eine Stadt als Wohnort lässt sich nachfolgende Prioritätenfolge ableiten (DRL 2006, S. 11):

- Individuelles und preiswertes Wohnen,
- ausreichend große Wohnungen,
- gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und Geschäften,
- gute Möglichkeiten zur fußläufigen Erholung und Freizeitgestaltung,
- ansprechend gestaltetes, schönes Wohnumfeld, gepflegte und saubere Flächen,
- Gestaltung und Gliederung von Spielstraßen und Plätzen mit Bäumen und Sträuchern,
- schnell und fußläufig erreichbare Flächen für weniger mobile Elternteile mit kleinen Kindern und ältere Mitbürger,
- Spiel- und Bewegungsangebote für Kinder,
- Möglichkeiten, Natur und naturnahe Flächen in der Stadt zu beobachten und den Wechsel der Jahreszeiten erleben zu können, verschiedene Sportarten treiben zu können.

Die Bedürfnisse und die Werthaltungen der Befragten sind sehr unterschiedlich und hängen von Rahmenbedingungen wie Geschlecht, Alter, Lebensphase, Bildung, Lebensstilen und Lebensgewohnheiten, Zeitbudget, Schichtzugehörigkeit, – auch ethnischer Zugehörigkeit – und Wohnquartier ab. Sie unterliegen einem Wandel, wie sich an den Beweggründen für Urban Gardening zeigt (vgl. FN 5), und sind dazu von Moden abhängig (z. B. heute Radfahren – morgen Skaten, heute Zierpflanzen – morgen naturnahe Gestaltung); insofern ist zwar das Vorhandensein und die Sicherung von unterschiedlich großen Freiräumen wichtig, die Bedürfnisse für ihre Ausstattung können sich jedoch schnell ändern und lassen sich nur schwer langfristig planen (NOHL 2002). NOHL weist darauf hin, dass auch die Bedürfnisse nach Schönheit, Ortsbezogenheit und Identifikation und nach sozialer Kommunikation nicht statisch sind. Die für die Grün- und Freiräume zuständigen städtischen Ämter stehen daher vor der Herausforderung, diesen sich schnell ändernden Ansprüchen möglichst zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entsprechen.

Gleichzeitig belegen Umfragen eine hohe Zufriedenheit mit den Grün- und Freiflächen:

Der jüngsten bundesweiten Umfrage der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz (GALK 2014) zur Zufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern mit den städtischen Grünflächen ist zu entnehmen, dass für 98 % der Befragten Grün- und Parkanlagen sehr wichtig bzw. wichtig sind 82 % nutzten sie täglich bzw. 1- bis 3-mal die Woche. Rund 61 % der Bürgerinnen und Bürger bezeichnen zunächst einmal den gärtnerischen Zustand der Grünflächen als gut.
In der Naturbewusstseinsstudie von 2015 (BMUB 2015) wurde versucht zu klären, was die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten unter Natur verstehen – und 82 % zählten an erster Stelle Parks und öffentliche Grünräume dazu. Diese öffentlichen Parkanlagen werden dann wiederum auch als besonders wichtig erachtet (80 %). Mit dem Angebot von Natur in der Stadt sind 80 % der Befragten sehr zufrieden bzw. eher zufrieden und 73 % nutzen die städtischen Naturangebote täglich, mehrmals in der Woche oder mehrmals im Monat.

Die Grünflächen/ Freiräume sollen leicht erreichbar sein und nach beiden Umfragen sowohl soziale als auch ökologische Ansprüche und Funktionen erfüllen.
Die Umfrage der GALK enthält auch Anregungen und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern, darunter:

- Grünanlagen sollen aufgewertet werden: Verwandeln Sie Ihr Bau-ab-Amt in ein 'Grün-plus-Amt'.
- Vielfach wird das Abholzen von Straßenbäumen kritisiert – Bestimmte Aktivitäten der Grünflächenämter seien schwer nachvollziehbar.
- Es werden mehr Gemeinschaftsgärten/ Urban Gardening gewünscht.
- Es besteht der Wunsch nach aktiver Mitgestaltung und Nutzung der städtischen Grünflächen.
- Es wird eine naturnähere Gestaltung von Grünanlagen (Blumenwiesen, Biodiversität und Naturschutz sind Stichworte) angeregt.

6 Vgl. hierzu die Fortschrittsberichte von „Biodiversity in good Company“ (https://www.business-and-biodiversity.de/ueber-uns/leadership-commitment-und-fortschrittsberichte/berichte-aus-den-vorjahrenarchiv/).

3 Bürgerschaftliches Engagement in Städten

Ziel dieser Veröffentlichung ist die Darstellung und Diskussion praktischer Beteiligungsformen und Strukturen, z. B. die Mitwirkung bei der Pflege von Parkanlagen und anderen Grünflächentypen, um Patenschaften, um Fördervereine oder um Aktivitäten im Rahmen von Urban Gardening.

3.1 Traditionen bürgerschaftlichen Engagements

Das bürgerschaftliche Engagement hat eine lange Tradition, wie z. B. die Gründung öffentlicher Grünanlagen durch Privatpersonen in der Mitte des 19. Jahrhunderts (z. B. Bürgerpark Bremen, Flora Köln, siehe Kasten 1) belegt. Viele solcher Anlagen werden noch heute durch private Vereine oder Freundeskreise finanziert und gepflegt.

3.2 Heutiges Engagement von Bürgern

Heute sind die aktiven Beteiligungsformen von Privatpersonen oder Vereinen hinsichtlich des Umgangs mit dem Stadtgrün vielfältig (Tab. 1, S. 12). Zu nennen sind u. a.

a) Erfassung von Grünflächen (z.B. BHU-Projekt zur bundesweiten Erfassung der Historischen Gärten und Parks in den 1990er Jahren, Erfassung der öffentlichen Grünanlagen der 1950er und 1960er Jahre (BHU, TU-Berlin, GALK), Einrichtung von Kulturlandschaftselementekatastern wie KulaDig[1] oder KLEKs[2]).
Interessierte Bürgerinnen und Bürger werden hier geschult und können dann bei der wissenschaftlichen Erfassung helfen. Dieser Wirkungsbereich kann auch dem Citizen Science zugerechnet werden.

b) Pflege und Erhaltung von öffentlichen Grünflächen u. a. durch eigenständige akti-ve Pflege, Übernahme von Patenschaften für Baumscheiben, Bänke oder Bäche, Sponsoring, Erarbeitung von Nutzungskonzepten (z. B. zahlreiche Fördervereine von Garten- und Parkanlagen, Urban Gardening-Initiativen, Teilnahme und Durchführung von Parkpflege-Seminaren, Pflege-Initiativen von Naturschutz- und Heimatvereinen, ...). Engagierte Bürgerinnen und Bürger wirken privat oder über Förder- oder Trägervereine in Kontakt mit den zuständigen Ämtern bei der Pflege und Erhaltung von Grün- und Freiflächen mit, übernehmen Patenschaften oder weisen auf Missstände hin und machen Anregungen zu Nutzungsänderungen. Hierbei werden sie teilweise „angelernt“ und erhalten auch die notwendigen Gerätschaften gestellt (vgl. mdl. WEIß und BORODKO-SCHMIDT anlässlich des Expertengesprächs).

c) Initiativen von Privatpersonen zur gelegentlichen Öffnung von Privatflächen (z. B. Tag der offenen Gartenpforte, Tag des offenen Denkmals,...) als Beitrag zur Informations- und Wissensvermittlung.

Viele historische private Gärten stehen nicht regelmäßig der Öffentlichkeit zur Verfügung, sondern werden nur zu bestimmten Zeiten geöffnet. Bei solchen Öffnungen wird im Rahmen von Führungen Wissen und Wertschätzung vermittelt.

1 Kultur.Landschaft.Digital
2 KulturLandschaftsElementeKataster

Kasten 1:
Beispiel Bürgerpark Bremen
Seit sich aus dem 1865 gegründeten „Comité zur Bewaldung der Bürgerweide“ der private Bürgerpark-Verein 1872 gebildet hat, obliegt es dem Verein, den Bürgerpark selbstständig zu verwalten, zu pflegen und sich um seine Finanzierung zu kümmern.
Der jährliche Haushalt des Bürgerparks beträgt 2,0-2,5 Mio. Euro. Der Bürgerparkverein beschäftigt 30 fest angestellte Mitarbeiter als Gärtner, Handwerker und im Verwaltungsbereich. Zusätzlich arbeiten 8-10 Teilzeitkräfte als Sicherheits- und Reinigungspersonal, für die Jagd und den Bisam-Fang. Außerdem hält der Bürgerpark ein Angebot für Schulpraktikantinnen und Schulpraktikanten bereit (insbesondere für das Tiergehege), bietet Berufspraktika für schwer vermittelbare Personen und die Möglichkeit, ein freiwilliges ökologisches Jahr abzuleisten.
Ca. 2/3 der Kosten werden jährlich relativ regelmäßig wie folgt aufgebracht:
Spenden (Mitgliedsbeiträge und private Zuwendungen), Bürgerpark Tombola, Neujahrsspende, Miet- und Pachteinnahmen, Toto- und Lotto-Mittel/ Stiftungen, Gräfin Emma Stiftung.
Das im Jahr offene Drittel im Haushalt wird abgedeckt durch Vermächtnisse und Erbschaften, die allerdings sehr unregelmäßig eingehen.
Für folgende Projekte wurden unter anderem die gespendeten Mittel verwendet:
Baumpflanzungen und Verjüngung der Bestände, Bepflanzungen, Instandhaltungen von Wege- und Uferrändern, Parkbänke, Spielplätze, Beleuchtung, Unterhaltung der Gebäude, sportliche Einrichtungen (Finnbahnen zum Ausdauertraining), Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung, Lehrmaterial, Verwaltung.

Beispiel Flora Köln
Die Flora ist der 1864 eröffnete Botanische Garten der Stadt Köln. Da der alte Botanische Garten am Dom für den Bau des Hauptbahnhofs weichen musste, wurde 1862 mit der Planung eines neuen Gartens begonnen. Vertreter Kölner Wirtschaftsunternehmen gründeten dazu ein „Comitee zum Bau eines Botanischen Zier- und Lustgartens“. Die mit 100.000 Thalern ausgestattete Flora AG wurde 1863 unter Schirmherrschaft Königin Augustas von Preußen gegründet. Die Flora AG erwarb für 22.130 Thaler neben dem Kölner Zoo ein Grundstück mit einer Grundfläche von 5,6 Hektar. Den Gesamtentwurf übernahm Peter Joseph Lenné, der die Flora in einem sog. „gemischten deutschen Stil“ der Gartenkunst entwickelte.
1890 schrieb die Flora AG erstmals rote Zahlen und musste ab 1907 von der Stadt Köln bezuschusst werden. 1919 übernahm die Stadt Köln die Flora vollständig. Sie wurde später mit der Universität Köln zusammengelegt und diente als Botanischer Garten zu Lehrzwecken. Um die botanische Bildung von Schülern und Lehrern mit dem Garten zu verbinden, wurde 1984 die Grüne Schule Flora eingerichtet. Hier unterrichten fünf von öffentlichen Schulen abgeordnete Lehrkräfte Schulklassen von der Primarstufe bis zum Leistungskurs für botanische Fachfragen.
Der Freundeskreis Flora gründete sich 1982. Seine Aufgabe ist, die Flora und deren Unterhaltung durch Beiträge, Spenden und Sponsoren und auch mittels eines umfangreichen Veranstaltungsprogramms zu unterstützen, wie dies auch bei der Gründung durch Kölner Bürger bereits der Fall war.

d) Initiativen zur Vermittlung der Bedeutung von städtischen Grünflächen − Inwertsetzung und Gestaltung − durch Führungen, Events, Mitmachaktionen, Lehr- und Erlebnispfade, Publikationen (z. B. durch zahlreiche Fördervereine für Garten- und Parkanlagen, Friedhöfe, Botanische und Zoologische Gärten, Urban Gardening-Initiativen, Naturschutz- und Heimatvereine, Naturschutzverbände, engagierte Bürgerinnen und Bürger, ...).

Dabei kann zunächst festgestellt werden, dass es zwei verschiedene Wege der Entstehung von bürgerschaftlichem Engagement im öffentlichen und halböffentlichen Grün gibt:

- Die Initiative kommt von den Bürgerinnen und Bürgern (bottom up), die an die Kommune herantreten; hierbei kann auch Unzufriedenheit Auslöser sein oder

- die Kommunen treten an die Bürgerinnen und Bürger heran und machen Angebote.

Beispiele bürgerschaftlicher Initiativen (Kasten 2) findet man aktuell sehr prominent in der *Urban Gardening*-Szene. In den letzten Jahren haben sich mehrere hundert neue Initiativen, vor allem in den größeren Städten, gegründet. Dass diese (bottom up)-Initiativen vor allem in Großstädten entstehen, ist nachvollziehbar, denn dort haben die Bürgerinnen und Bürger besonderes Interesse an aktiver Gestaltung, Nutzung und Naturerfahrung in öffentlichen Grün- und Freiräumen, weil zu wenig privates Grün verfügbar ist. Der Wunsch nach Mitgestaltung des städtischen Raums durch das bürgerschaftliche Engagement ist angewandte Demokratie und findet in der Stadtplanung Anerkennung und Berücksichtigung.

Die Bandbreite von *Urban Gardening*-Initiativen reicht von privaten Initiativen bis zu öffentlich unterstützten und öffentlich durchgeführten Projekten. Auf der Internetpräsenz der Stiftung „anstiftung“ (https://anstiftung.de/urbane-gaerten/gaerten-im-ueberblick?view=map) findet man eine Karte, in der verschiedene Typen von Gemeinschaftsgärten deutschlandweit eingetragen sind (2020 mehr als 750). Zu jedem der Einträge gibt es eine kurze Beschreibung des jeweiligen Gemeinschaftsgartens mit Kontaktadresse, so dass sich Interessierte melden können. Demnach werden ganz unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt, die sowohl im sozialen (Kommunikation, Integration), als auch im ökologischen Bereich (Schaffung und Erhaltung von Lebensräumen, Anlage von Hecken aus Totholz, Sortenerhalt, Nachhaltigkeit beim Anbau von Gemüse- und Beerenpflanzen, Angebote für Bestäuber/ Insekten, Aufstellen von Bienenstöcken, Anbringen von Nistkästen, Anlage von Lebensräumen für Igel und dgl. mehr) liegen.

Urban Gardening-Iniativen sind unterschiedlich organisiert: Es gibt lockere wenig organisierte Zusammenschlüsse und eingetragene Vereine mit gezielt anzusprechenden Vorständen. Von Seiten der Kommunen sind eingetragene Vereine die geeigneteren Ansprechpartner, weil dann die Fluktuation der Aktiven nicht so hoch ist.

Urban Gardening kann auf verschiedenen Flächentypen durchgeführt werden: z. B. in öffentlichen Parkanlagen und auf Stadtplätzen aber insbesondere auf brachliegenden Flächen, die von den entsprechenden Bürgerinnengruppen oder Vereinen auf Zeit/ als Zwischennutzung für wenig Geld gepachtet und genutzt werden können. Solche Flächen werden meist für Bebauungszwecke vorgehalten. Um z. B. Pachtverträge abschließen zu können, erleichtert es den Behörden, wenn Bürger- und Bürgerinnengruppen oder Vereine eine Organisationsstruktur mit einem Verantwortung tragenden Vorstand haben. Vereine können sich dann aber auch leichter selbst gegen Haftungsschäden bei bestimmten Aktivitäten versichern.

Urban Gardening-Initiativen haben in schrumpfenden Städten weniger Probleme, Brachflächen auch langfristig nutzen zu können, in Städten mit weiteren Wachstumspotenzialen sind die städtischen Gärtnerinnen und Gärtner mitunter gezwungen, häufiger umzuziehen. Die Möglichkeit, Brachflächen für temporäre Flächennutzungen interessierter Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen, wird inzwischen in vielen Städten genutzt, bieten sie doch interessante Alternativen zur Ergänzung fehlender Freiraumangebote. Der Umgang mit temporären Freiräumen verlangt allerdings sowohl von Seiten der Verwaltungen als auch der Bürgerinnen und Bürger eine hohe Flexibilität (GSTACH 2006). Dennoch ergibt sich eine Win-Win-Situation, denn für

Kasten 2: Urban Gardening - Beispiele

Beispiel Berlin: 2009 säuberten Anwohner eine etwa 6.000 m² große, seit 60 Jahren brachliegende Fläche in Berliner-Kreuzberg, um die Prinzessinnengärten, einen Gemeinschaftsgarten, anzulegen. Betrieben wird der „ökologische Garten“ von der gemeinnützigen Organisation Nomadisch Grün, die die öffentliche Fläche jährlich von der Stadt anmietet. Die Gebäude bestehen aus Containern, die Pflanzen befinden sich (auch da sie nicht im anstehenden, kontaminierten Boden, sondern frischem Boden eingebracht werden müssen) in recycelten Bäckerkisten, Tetra Paks oder Reissäcken, so dass der Garten jederzeit auf eine andere Brachfläche umziehen kann (http://prinzessinnengarten.net).

Beispiel Stuttgart: Die Stadtverwaltung Stuttgart hat beim Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung die Koordinationsstelle „Urbanes Gärtnern“ eingerichtet, um für bestehende und kommende Projekte Aktive, Initiativgruppen, Schulen und Kindertagesstätten miteinander zu vernetzen, zu beraten und zu fördern (https://www.stuttgart.de/urbanegaerten).

Beispiel Andernach: Durch das städtische Projekt „Essbare Stadt Andernach“ werden im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung seit 2010 einige öffentlichen Grünflächen von der Verwaltung mit Obst und Gemüse bepflanzt, die von der Bevölkerung beerntet werden können. Die Bürgerinnen und Bürger sollen für ihre städtischen Grünflächen sensibilisiert und in Nutzung und Pflege eingebunden werden. Hausbesitzerinnen und -besitzer werden ermutigt, an ihren Häusern Spalierobst oder Wein zu pflanzen sowie Firmen dazu angeregt, auf ihrem Gelände Nutzgärten anzulegen (http://www.andernach.de/de/leben_in_andernach/essbare_stadt.html).

Gemeinschaftsgärten werden gemeinschaftlich und überwiegend unentgeltlich gepflegt und stehen einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung (ROSOL 2006).

Bewohnerinnen und Bewohner verbessert sich die Grünversorgung und die Flächen können nach eigenem Gusto im Vergleich zu den traditionellen Grün- und Freiflächen genutzt werden.

Obwohl es inzwischen viele Beispiele guter Zusammenarbeit gibt, sind die Vertreter der Vereine und Verbände mit der Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden teilweise unzufrieden. Sie beklagen vor allem zu wenig Ansprechpartnerinnen und -partner in den Ämtern und zu wenig Information über laufende Planungen, fehlende Aufgeschlossenheit, zu viel Bürokratie bei der Einreichung von Ideen oder Anträgen.

Vor allem durch das Entstehen zahlreicher urbaner Gärten bieten sich schnelle und einfach Wege an, Obst und Gemüse selber anzubauen, Gemeinschaft zu erleben und das eigene Umfeld aktiv zu gestalten. Aber auch die noch teils klischeebehafteten Klein- oder Schrebergärten erleben dank des Wunsches der Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv mit Gärten und der Natur zu beschäftigen, einen Aufschwung. Mittels der Lockerung von strengen Regelungen in der Kleingartenanlage und die Öffnung der Tore für die Nachbarschaft wirken inzwischen viele Vereine dem überkommenden eher negativen Image entgegen. Folglich bestehen auch dort weiter Wartelisten, um eine Parzelle pachten zu können (MANGOLD 2018, mdl. GRUNDEI anlässlich des Expertengesprächs).

Bürgerinnen und Bürger können sich auch bei der Pflege von Baumscheiben, Stadtplätzen und allgemeinen Grünflächen beteiligen. Auch hier wird häufig über fehlende Unterstützung bei der Umsetzung praktischer Arbeit geklagt, vor allem wenn Bürgerinnen und Bürger nur außerhalb von den üblichen Bürozeiten tätig sein wollen oder können. Dies kann sich auch motivationshemmend auf freiwilliges Engagement auswirken. Herausforderungen für Bürgerinnen und Bürger sind aber auch praktische Fragen, wie das Vorhalten von Gerätschaften für praktische Arbeit, die Anleitung zum Umgang mit solchen Geräten, oder auch versicherungstechnische Fragen.

Tab. 1: Typen öffentlicher und halböffentlicher Grün- und Freiflächen und Formen des Engagements

Flächentyp	**Zuständigkeit/Träger**	**Wer engagiert sich**	**Formen Bürgerschaftlichen Engagements – was kann getan werden (Beispiele)**	**Wer unterstützt finanziell**
Halböffentliche (z. B. Mietergärten, Kleingärten, Grabeland, Gemeinschaftsgärten, Spiel- und Sportplätze, Freizeitanlagen, Zoologische und Botanische Gärten, Immissionsschutzflächen, Außenanlagen an Schulen, Kindertagesstätten, Campusgelände, Flächen an Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen) und öffentliche Freiräume im Wohnumfeld	Wohnungsbaugesellschaften Kleingartenvereine Trägervereine/ Bürgerinnen und Bürger, Religiöse Organisationen, Wohlfahrtsverbände etc.	Einzelne Mieterinnen und Mieter, Mieterinitiativen, Natur-, Umwelt- und Heimatverbände, Fördervereine, Mitarbeitende, Studierende, Kooperationen mit anderen Gruppen (z. B. Imkern), Vereine	Säubern, traditionelles Gärtnern, moderne Formen des städtischen Gärtnerns, Übernahme von Patenschaften, Akquise von Geldern, Erarbeitung von Informationsmaterial und Kommunikation, Anlage von Trockenmauern, Bepflanzen, Bewässern, Pflegen, Anlage von Nist- und Überwinterungsplätzen, Bienenhotels, Begrünung von Dächern und Fassaden, gemeinschaftliche Aktionen (Arbeit, Freizeit, Feiern), Unterstützung der Grünflächenämter, evtl. auch Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertreter der Wohnungsbauunternehmen oder der religiösen Organisationen	Wohnungsbaugesellschaften, Öffentliche Hand Eigenmittel der Bürgerinnen und Bürger Spenden Sponsoren Stiftungen
Unternehmensgelände	Privateigentümerinnen und -eigentümer	Naturschutzverbände, Naturschutzstiftungen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	Entsiegelung, Anlage von Trockenmauern und anderen Lebensräumen für Tier- und Pflanzenarten, Bepflanzung von Dächern und Fassaden, Firmen- und gelegentlich Nachbarschaftsfeste	Unternehmen selbst

Straßenräume und Plätze	Kommunen	Einzelne Anliegerinnen und Anlieger, Anliegerinnen- und Anliegerinitiativen	Säubern, Bepflanzen, Bewässern, Pflegen	Öffentliche Hand Sponsoren
Öffentliche Gärten und Parks (Landschaftsparks, Schlossparks)	Kommunen	Freundeskreise, Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, Naturschutzverbände	Gelder für Pflege akquirieren, Teilnahme an Parkpflegeseminaren, Führungen, Pflege und Unterhaltung von Flächen oft zusammen mit Fachpersonal, Erarbeitung und Verbreitung von Informationsmaterial	Öffentliche Hand Sponsoren Stiftungen
Grünzüge und Grünverbindungen	Kommunen	Naturschutzverbände	Extensive Pflege, natürliche Sukzession, Müllsammelaktionen	Öffentliche Hand
Friedhöfe, Kirchengelände	Kommunen, Kirchen	Fördervereine (Freundeskreise)	Gelder für Pflege akquirieren, Führungen, Qualifizierung und Fortbildung von Akteurinnen und Akteuren, Erarbeitung und Verbreitung von Informationsmaterial, aktive Pflege, Patenschaften	Öffentliche Hand Eigenmittel der Bürgerinnen und Bürgern Spenden
Von Bauwerken freie Kulturlandschaft (z. B. landwirtschaftliche Flächen, Stadtwälder, Flussauen, Seen)	Kommunen, Privateigentümer	Naturschutzverbände	Führungen, Müllsammelaktionen	Öffentliche Hand Sponsoren? Stiftungen?
Kleinstrukturen (z. B. Baumscheiben)	Kommunen	Einzelne Mieterinnen und Mieter, Anlieger und Anliegerinnen	Patenschaften, Säubern, Bepflanzen, Bewässern, Pflegen	Eigenmittel der Bürgerinnen und Bürger Spenden
Brachflächen, Ehda-Flächen (Flächen im Siedlungsbereich, die keiner wirklichen Nutzung unterliegen; http://www.hortipendium.de/Eh_da_Fl%C3%A4chen)	Kommunen	Engagierte Bürgerinnen und Bürger, häufig als Trägervereine organisiert	Städtische Obst- und Gemüsegärten und Pflanzenarrangements in teils mobilen Gefäßen; Gärtnern dient nicht nur zur Selbstversorgung sondern für eine demokratische, integrierende und nachhaltige (Zwischen)-Nutzung des öffentlichen Raums; soziale Aspekte (Gärten sind für Jedermann offen, unterhalten teils kleine Cafés, Partizipation, Inklusion, Umweltgerechtigkeit) und ökologische Themen (naturverträgliche Nahrungsmittelproduktion, Biodiversität, Nachhaltigkeit, Klimaverträglichkeit)	Öffentliche Hand Eigenmittel der Bürgerinnen und Bürger Spenden

4 Öffentlichkeitsarbeit, Information und Kommunikation

Bürgerinnen und Bürger engagieren sich zum einen, weil sie in der Freizeit etwas für die Gesundheit tun möchten, sich bewegen, etwas lernen wollen, zum anderen weil sie in der Natur Erfahrungen sammeln wollen und ihr Tun auch sinnvoll und nützlich sein soll. Dazu gehören Wissen, Bildung und In-Wert-Setzung.

Diese müssen vermittelt werden, sei es – wenn es um Aktivitäten in Grün- und Freiflächen geht – durch die zuständigen Ämter, durch Natur- und Umweltschutzverbände, Träger- oder Bürgervereine.

In der BION-Bildungsstudie (2019) wurde am Beispiel der Stadt Bonn die lokale Bildungslandschaft zu Biodiversität und Ökosystemleistungen im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) untersucht. Zunächst wurden die Anbieterinnen und Anbieter sowie die Nutzerinnen und Nutzer analysiert, anschließend die Lücken in den Angeboten identifiziert und Handlungsempfehlungen auch zu Implementierungsmöglichkeiten neuer BNE-Angebote formuliert.

Das vielfältige Angebot an Möglichkeiten ist dem Kasten 3 zu entnehmen.

Die Themen, für die sich Bürgerinnen und Bürger am meisten interessierten, waren

1. Führungen, Exkursionen, Wanderungen, Ausflüge,
2. Ausstellungen, Infostände,
3. Infoseiten online, Infomaterial,
4. Vorlesungen, Vorträge.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzten dabei insbesondere die Möglichkeiten von Naturerfahrung, Erholung und Sport, Umweltbildung sowie soziale Aspekte, z. B. gemeinschaftlich aktiv sein, andere Menschen treffen und interkulturellem Austausch.

Die Themen wurden über Projektwebsites, Portale und Soziale Medien (Facebook/ Twitter), Pressearbeit, Infomaterial sowie dialogorientierte Partizipation (z. B. Befragungen, Workshops, Fachtagungen, etc.) in die Öffentlichkeit kommuniziert.

Es ist wichtig, dass bei diesem Austausch von Informationen eine einfache Sprache verwendet wird und dass Fachbegriffe vermieden werden. Dabei müssen die Zielgruppen bekannt sein, um passgenau und emotional angesprochen zu werden und um neben der Wissensvermittlung auch Verhaltensänderungen und Engagement zu erreichen.

Beispiele für funktionierende Angebote sind: Stunde der Wintervögel, Stunde der Gartenvögel (beide vom Naturschutzbund Deutschland e. V. angeboten), Natur- und Lehrpfade (Angebot der Kommune), Naturdetektive (Angebot des Bundesamtes für Naturschutz), Freiwilligenarbeit in Parks (Botanische und Zoologische Gärten, Gartenpflege, Gartendenkmalpflege, mdl. RADSCHEIT, WEIß und SATTLER anlässlich des Expertengesprächs) und die Mitarbeit an lokalen Projekten in Zusammenhang mit Grün- und Freiflächen (z. B. Urban Gardening, Insektenschutzaktivitäten, Erforschung von Neophyten und Neozoen[1]).

In der BION-Bildungsstudie wurde auch festgestellt, dass Tageszeitungen, Regionalfernsehen oder Infostände der Vereine und Verbände ihre Rolle des Kommunizierens über Aktionen vorläufig nicht verlieren werden. Info-Portale, Foren, Netzwerke und verschiedene Apps spielen heute jedoch die wesentliche Rolle und eröffnen neue, attraktive Möglichkeiten für spontan Interessierte, insbesondere auch für die Bevölkerungsgruppen, die auch auf anderen Gebieten stark mit dem Internet arbeiten. Hier liegen die Chancen, vor allem auch junge Menschen anzusprechen.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger entscheiden, aktiv zu werden und ehrenamtlich engagiert zu bleiben, bleibt es für Behörden oder Vereine wichtig, persönlichen Kontakt – über einzelne Projekte hinaus – dauerhaft zu pflegen. Ehrenamtlich Tätige benötigen motivierende Ansprachen, Rückmeldungen über die Verwendung der von ihnen eingebrachten Daten, Informationen, auch Exklusiv-Informationen über neue Planungen, sie brauchen Arbeitsmaterialien, maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote und sie benötigen Foren, um über ihre Erfahrungen berichten und sich austauschen zu können.

Zur dauerhaften Motivation von engagierten

1 Tier- oder Pflanzenarten, die von Natur aus nicht in Deutschland vorkommen, sondern erst durch den Einfluss des Menschen zu uns gekommen sind. Sie gehören daher zu den gebietsfremden oder nichtheimischen Arten (http://neobiota.bfn.de/grundlagen/neobiota-und-invasive-arten.html).

Kasten 3

- Führungen, Exkursionen, Wanderungen, Ausflüge, Radwanderungen, Naturerlebnis, Stadtökologie-Lehrpfande, Besichtigung besonders gelungener Fassadenbegrünungsbeispiele
- Vorlesungen, Vorträge, Referate
- Unterricht, Workshops, Kurse (z. B. Bestimmungskurse, Kochkurse)
- Projekttage und Projektwochen, Arbeitsgruppen, Akademien, Praxisprojekte
- Ausstellungen, Infostände, Umweltmessen
- Fort- und Weiterbildungen, Beratung
- Lehrmaterialien, Unterrichtseinheiten (Arbeitsblätter, Hefte, Broschüren, Bestimmungshilfen, Steckbriefe, Materialkisten)
- Spielgruppen, Kinder- und Jugendgruppen
- Kunst (Basteln, Malen, Fotografieren, Filmen, Theater)
- Schreiben (Gedichte, Journalismus, Erzählungen)
- Citizen Science (Bürgerwissenschaft), Mitmachaktionen
- Geocaching, Schnitzeljagden
- Geburtstagsfeiern
- Wettbewerbe
- Grüne Lernorte (Schul- und Kleingärten, Grünes Klassenzimmer)
- Mehrsprachige Angebote
- Infoseiten online, Infomaterial
- Weitere

Bürgerinnen und Bürgern gehört die Herausbildung einer Anerkennungskultur. Das regelmäßige Feedback und die dauerhafte Kontaktpflege ist eine wichtige Voraussetzung für vertrauensvolle Zusammenarbeit. Von daher sind gezielt für die Kontaktpflege zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den kommunalen Verwaltungen wichtig (BORODKO-SCHMIDT 2020 in diesem Heft).

Es bleibt wichtig, dass auf allen Ebenen der schulischen Bildung Angebote und Lehrveranstaltungen zu Naturthemen angeboten und gefördert werden, angefangen von der spielerischen Erziehung im Kindergarten (Waldkindergärten), über Lernangebote in Grund- und weiterführenden Schulen bis hin zur universitären Ausbildung und zu Ausbildungsangeboten bei Volkshochschulen, Verbänden und naturwissenschaftlichen Vereinigungen. Grundlage hierfür ist eine Forderung der Agenda 21 (Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992), die unter vielem anderen Bildung als Voraussetzung für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung herausgestellt hat und die Anlass dafür war, dass die Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014) von der UNESCO ausgerufen wurde.

5 Herausforderungen

Die Thematik Stadtnatur mit den dazugehörigen Stichworten Bedeutung und Inwertsetzung, Erhaltung und Entwicklung, Zusammenwirken von Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie deren Finanzierung beschäftigt die involvierten Fachleute und Interessierte seit Jahrzehnten. In Wellenbewegungen wurde und wird die Thematik auch für die Öffentlichkeit mal wichtiger und mal weniger wichtig. Es gab und gibt auf allen politischen Ebenen zahlreiche staatliche und private Forderungskataloge, Absichtserklärungen, Chartas, Strategien, Veröffentlichungen, Kampagnen und Forschungs- und Finanzierungsprogramme, in denen die Bedeutung der Stadtnatur in all ihren Facetten beschrieben und erhaltende und entwickelnde Maßnahmen dargelegt und die – wenn auch nicht im gewünschten Maßstab – umgesetzt wurden. Einige Beispiele sind dem Kasten 4 zu entnehmen.

Die Finanzierung der richtigen und wichtigen Vorschläge zur Entwicklung der Grün- und Freiflächen reicht zu ihrer Umsetzung noch immer nicht aus und scheint eine Herausforderung zu bleiben. Dieses Problem hat auf kommunaler Ebene oftmals dazu geführt, dass gerade wohnumfeldnahe öffentliche Grün- und Freiflächen nicht hinreichend gepflegt werden konnten. Dadurch sind ihre wichtigen ökologischen und soziokulturellen Funktionen und ihr Image als positive urbane und wertgebende Räume häufig eingeschränkt. Die intensive Diskussion und der große Beteiligtenkreis im Rahmen der BMUB-Initiative „Grün in der Stadt“ hat die Sichtweise auf Frei- und Grünflächen wieder verbessert. Dennoch bleiben für viele Kommunen nach wie vor die praktischen Probleme mit den Kosten für die Pflege und Unterhaltung, die sich im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels mit sommerlichen Hitze- und Dürreperioden, mit Wassermangel und neuen Schädlingen für Park- und Straßenbäume und entsprechenden Maßnahmen dagegen weiter erhöhen werden (BMUB 2015b, BMUB 2017).

Angesichts der knappen kommunalen Finanzausstattung können häufig nur sogenannte Pflichtaufgaben, wie bspw. Baumuntersuchungen, akute Sicherungsmaßnahmen, u. ä. durchgeführt werden. Regelmäßig durchzuführende Aufgaben, zu denen insbesondere die Pflegemaßnahmen gehören, müssen dagegen zurückgefahren werden.

Problematisch ist zudem, dass aufgrund der ungünstigen Personal- und Mittelverfügbarkeit oftmals die nötige Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit, aber auch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern nur unzureichend geleistet werden kann.

Um den Wünschen von Bürgerinnen und Bürgern nach Betätigung im öffentlichen Grün entgegen zu kommen, werden − wie bereits erwähnt − inzwischen verstärkt öffentliche Flächen, auch innerstädtische Brachflächen, für Urban Gardening und andere bürgerschaftliche Initiativen zur Verfügung gestellt. Notwendig wären in manchen Fällen jedoch auch Beratung und Hilfeleistungen bei der Anleitung zum praktischen Gärtnern. Darüber hinaus sollte auch technisches Gerät zur Verfügung gestellt werden, wenn es beispielsweise um die Umsetzung von Pflegemaßnahmen auf öffentlichen Flächen geht.

In der Stadtentwicklung fehlen oftmals mittel- und langfristige Strategien der Grün- und Freiflächenentwicklung und -pflege im Rahmen z. B. von Städtebaulichen Entwicklungskonzepten bzw. Integrierten Stadtentwicklungskonzepten; häufig werden daher einzelne räumlich begrenzte grünplanerische Projekte realisiert, wenn es dafür Förderungen gibt. Personelle Engpässe erschweren jedoch wegen Zeitmangels die komplizierte Antragstellung auf Förderung. Demzufolge können auch kaum Hilfestellungen für engagierte Bürgerinnen und Bürger oder Verbände als Träger von Fördermaßnahmen angeboten werden. Es wäre zu wünschen, dass für diese Fälle eine deutliche Unterstützung bei der Antragstellung und Abwicklung durch die Länder ebenfalls förderfähig wäre (KORTH 2019, WERNER et al 2020).

Erfolgreicher können die Städte agieren, deren Stadtverwaltungen eine aktive Grünpolitik betreiben und in denen Grün- und Freiflächen als gesamtstädtische fachbereichsübergreifende Aufgabe im Sinne integrierter Stadtentwicklungskonzepte betrachtet werden oder die personell gut ausgestattete starke Grünflächenämter haben. Nicht so gut ausgestattete Städte und die entsprechenden Ämter brauchen mehr Unterstützung, um das Thema Stadtgrün stärker bei Politik und Bürgerinnen und Bürgern zu verankern.

Viele Aktivitäten konnten bis 2019 auch durch das Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ gefördert werden . Das Land Hessen benennt in seinem ergänzenden Länderprogramm (HMUKLV 2018) Erhaltung und ggf. Gestaltung von Grün- und Freiflächen oder Mietergärten, Förderung von Naturerfahrung und Naturbewusstsein, Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und gleichzeitige Sicherstellung von Bewirtschaftung und Pflege sehr konkret als Ziele der Städtebauförderung.

Das Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ wird derzeit überarbeitet und weiterentwickelt. Dabei sollte bedacht werden, dass neben fachlich zu ergänzenden Inhalten nicht zuletzt auch die Antragsverfahren erleichtert werden sollten.

Auch das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ ermöglicht die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, wenn sie z. B. der Steigerung der Wohn- und Lebensqualität, der Erhöhung der Sicherheit, der Herstellung von Umweltgerechtigkeit, der Verbesserung der sozialen Strukturen, der Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und von Menschen mit Migrationshintergrund sowie dem Abbau von Barrieren dienen. Gefördert werden hier auch die Beteiligung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern, bürgerschaftlichen Zusammenschlüssen, lokalen Stiftungen und Natur-,

Kasten 4: Beispiele

Chartas

Grüne Charta von der Mainau – 5. Mainauer Gespräch – 1961 – https://www.mainau.de/de/grune-charta.html

„Essener Charta zum Schutz der Natur“ – Essener Naturschutzkonferenz – 2001 – https://www.ljv-nrw.de/inhalt/kjs-essen/unsere-partner/internpartner/kaktus-charta-zum-schutz-der-natur/6_3771.html?ORID=6010&OSID=

„Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) – 2007 – https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/leipzig-charta.pdf?__blob=publicationFile&v=2

„Charta Zukunft Stadt und Grün“ – Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL) – 2014 – https://www.baumeister-online.de/fileadmin/user_upload/Bundesverband/user_upload/PDFs/140922_Charta.pdf

Strategien, Konzepte, Literatur

Rat der Gemeinden Europas / VIII. Europäische Kommunalkonferenz (1970): Europäische Naturschutzerklärung. – Informationsdienst, Juni 1971, Sonderausgabe

ANDRITZKY, M. & SPITZER, K. (Hg.): Grün in der Stadt – von oben, von selbst, für alle, von allen. – 1981

KLEMP, H.: Mehr Natur in Dorf und Stadt. Das Buch zur Kampagne. – 1983 Abschlussbericht der Projektgruppe „Aktionsprogramm Ökologie“. Argumente und Forderungen für eine ökologisch ausgerichtete Umweltvorsorgepolitik. (2.4.2.3 Überbauter Raum). 1983 – Bundesminister des Innern (Hg.), Umweltbrief Nr. 29

UNESCO (1988): Towards the Sustainable City? New York: UNESCO

Commission of the European Communities (1990): Green Paper on the Urban Environment. Brussels; deutsch: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1990): Grünbuch über die städtische Umwelt. KOM (90) 218. Brüssel

Lübecker Grundsätze des Naturschutzes. (Kap. 6.4 Siedlung und Gewerbe) – 1992 – LANA-Schriftenreihe Bd. 3.

HAHN, E.: Ökologischer Stadtumbau. Konzeptionelle Grundlegung. 2. Aufl. Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlag – 1993

Integriertes Freiraumsystem – Stadt Bonn – 1997 – https://www.bonn.de/themen-entdecken/planen-bauen/integriertes-freiraumsystem.php

Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. – Die Bundesregierung – 2001
Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt (Kap. B1.3.3 C9) – Kabinettsbeschluss – 2007 https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/biologischevielfalt/Dokumente/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf

Lokale Agenda 21 und Naturschutz. Ein Praxisleitfaden – 2001 – Difu-Bericht Bd. 3. Mehr Natur in der Stadt – Landeshauptstadt Hannover – 2011 – https://www.kommbio.de/files/web/doks/themen/biodiversitaetsstrategien/Hannover_2._Auflage.pdf

Mehr Natur in der Stadt: Für einen Neubeginn in der Hamburger Grünpolitik – 2013 Naturschutzbund – https://hamburg.nabu.de/imperia/md/content/hamburg/geschaeftsstelle/stadtnatur/stadtnatur_nabu_hh_beschluss2.pdf

Finanzierung

Städtebauförderung (seit den 1970er Jahren)
Zuschüsse für Hofbegrünungen in verdichteten Baugebieten (1980er Jahre)
Begrünungsprogramm für Schulhöfe und Kindertagesstätten (1980er Jahre)
Entsiegelungsprogramme (1980er Jahre)

Umwelt- und Heimatschutzverbänden. Die Deutsche Umwelthilfe hat hierzu 20 Projekte in den Bundesländern untersucht, bei denen dieses Engagement im Fokus stand. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass eine deutliche qualitative Aufwertung der Grünflächen im Wohnumfeld erreichbar ist (DUH 2017).

Im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt wurde zwischen 2013 und 2016 ein mehrjähriges Vorhaben „Natur in grauen Zonen – eine Kampagne zur Entsiegelung und naturnahen Begrünung innerstädtischer Firmengelände“ gefördert und inzwischen liegen zahlreiche Anträge zum neuen Förderschwerpunkt „Stadtnatur“ vor.

Neben der strukturellen Förderkulisse existieren auch eine Reihe von Preisen und Wettbewerben (z. B. Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden, Bundeshauptstadt der Biodiversität), die gute Beispiele auszeichnen. Zu den bis jetzt existierenden Preisen wird ab 2020 auch der Bundespreis Stadtgrün treten, um außergewöhnliches Engagement für urbanes Grün auszuzeichnen. Daneben wird das BMU 2020 auch einen Bundespreis „Umwelt und Bauen“ ins Leben rufen. Dabei wird es auch eine Sonderkategorie „Stadtnatur“ (in Anlehnung an den Masterplan) geben. Es soll auch Bezug auf naturnahe Außengestaltung (Stadtgrün) sowie Partizipationsaspekte genommen werden (https://www.natur-und-landschaft.de/de/news/bundespreis-umwelt-bauen-1361).

Zwar gibt es inzwischen immer mehr aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger; nach wie vor gibt es jedoch auch skeptische und zurückhaltende Anwohnerinnen und Anwohner, die Neuerungen in ihrem Wohnumfeld eher kritisch betrachten, wie bei der Umsetzung der Piko-Parks auf Ge-

Kasten 5: „Bundespreis Stadtgrün "
Die Bedeutung des öffentlichen Stadtgrüns mit seinen sozialen, integrativen, kulturellen, gesundheitsfördernden, ökologischen, klimatischen, ökonomischen und touristischen Funktionen soll ab 2020 mit einem alle 2 Jahre ausgelobten „Bundespreis Stadtgrün" hervorgehoben werden.
Damit sollen außergewöhnliches Engagement für urbanes Grün, die hohe Nutzbarkeit bei gestalterischer Qualität, innovative Konzepte und integrierte Planungsansätze in den Städten und Kommunen ausgezeichnet werden. Vorbildlich umgesetzte Praxisbeispiele sollen gewürdigt, der Öffentlichkeit vorgestellt und als Anreiz zum Nachmachen dienen. Die „Multifunktionalität" von Stadtgrün und integrative, transdisziplinäre Projekte stehen im Vordergrund.
Städte und Gemeinden aller Gemeindegrößenklassen ab 3.000 Einwohner sowie Städte- und Gemeindekooperationen können sich mit einem verbindenden Projekt beteiligen. Planende, Bürgerinnen und Bürger, Initiativen oder Vereine können sich in Kooperation mit ihren Kommunen (Federführung) beteiligen.
https://www.gruen-in-der-stadt.de/bundespreis

länden der Wohnungsbaugesellschaften zu beobachten ist (SHIELDS, HÖLZER 2020 in diesem Heft).

6 Erfolgreiche Beispiele von Aktivitäten im öffentlichen und halböffentlichen Grün aus verschiedenen Städten Deutschlands

Der DRL und der BHU haben sich bemüht, aus der Fülle von bekannten Projekten bürgerschaftlichen Engagements besonders gelungene Beispiele auszuwählen, die zum Nachmachen anregen können.
Die ausgewählten Beispiele für bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen und halböffentlichen Grün sind nach Bundesländern geordnet. Bei der Suche wurden die Ergebnisse von Wettbewerben ausgewertet, z. B. der „Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden" der Allianzstiftung oder die „Bundeshauptstadt der Biodiversität 2011" der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und der Stiftung Lebendige Stadt. Weitere Beispiele ließen sich anhand des ExWoSt-Forschungsfeldes des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBRS) „Green Urban Labs" finden, in dem Kommunen Modellvorhaben erproben, wie das urbane Grün gestärkt werden kann.
Auch die Homepage des Zusammenschlusses Kommunen für die Biologische Vielfalt e. V. präsentiert erfolgreiche Praxisbeispiele. Als besonders hilfreich erwies sich die Auswertung der Website der bereits genannten „anstiftung". Auch auf der Fachtagung wurden Beispiele präsentiert.
Bei der Auswahl der Projektbeispiele wurden die Kriterien Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern, Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umweltbildung, Soziale Aspekte (z. B. Integration von Flüchtlingen) besonders berücksichtigt, darunter:

- Initiierung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Pflegearbeiten, Anpflanzung von Bäumen, Obst und Gemüseanbau (Urban Gardening), Patenschaften und Pachtmöglichkeiten;
- Schaffung von Orten der Begegnung und des Austausches mit kulturellen, künstlerischen und politischen Partizipationsmöglichkeiten; Integration und Inklusion, sowie Verbindung von Religion und Naturschutz; Förderung der nachbarschaftlichen Gemeinschaft;
- Steigerung der Attraktivität und des Erholungswertes der Standorte (Gesundheitsförderung, ästhetische Aspekte und Orte zur Freizeitgestaltung), leichte Erreichbarkeit;
- Einbindung unterschiedlicher Zielgruppen: Einzelpersonen, Familien, Kinder und Jugendliche, Senioren, Vereine, Schulen oder Kindergärten, Menschen verschiedener Religionen und Herkunft, Migranten, Geflüchtete, Menschen mit Behinderung oder Nicht-Erwerbsfähige, Unternehmen, Anwohnerinnen und Anwohner, Nachbarinnen und Nachbarn einer Siedlung;
- Schutz, Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt durch verschiedene Maßnahmen wie Entsiegelung, Begrünung mit heimischen Pflanzen, Dach- und Fassadenbegrünung, Einrichtung von Nistmöglichkeiten und Blumenwiesen, Beweidung, Nutzung alter Obstsorten, Verzicht auf Pestizide;
- Verbesserung des Stadtklimas, Klimaanpassung und Verbesserung der Luftqualität durch Grünraumvernetzungen, Wasserflächen, schattenspendende Bäume und Dach- und Fassadenbegrünungen;
- Förderung der Nachhaltigkeit, der Selbstversorgung, der solidarischen Landwirtschaft und der gesunden Ernährung;
- Umweltbildung/ Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE): Wissensvermittlung, Sensibilisierung zu Naturthemen und Naturerfahrung im Rahmen von Festen, Führungen, Vorträgen, Pflanzenaustauschbörsen und Aktionen oder durch Lehrmaterialien, Infotafeln und Lehrpfade;
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Pressearbeit, Projektwebseiten, Social Media, Dialoge (z. B. Befragungen, Workshops, Fachtagungen), Publikationen;
- Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Partnern: Kommunen und ihre Ämter, Ökostationen, Bürgervereine und -initiativen, Umweltverbände, Unternehmen, Stiftungen, Kindergärten und Schulen, Kirchen und andere religiöse Einrichtungen;
- (Zwischen-)nutzung von temporär ungenutzten Flächen (Brachflächen);
- Sicherung der Projektnachhaltigkeit, z. B. durch Verkauf von Erzeugnissen, Sponsoring, Fördervereine und Patenschaften;
- Berücksichtigung von Best-Practice-Beispiele in möglichst allen Bundesländern.

6.1 Auswertung

Kirchliche und weitere religiöse Organisationen

Evangelische und katholische Kirchen sowie auch andere religiöse Institutionen befassen sich mit vielen Aspekten der nachhaltigen Entwicklung und engagieren sich für die Erhaltung der Biologischen Vielfalt mit Einbeziehung der Gemeindemitglieder sowie der breiten Öffentlichkeit. Die Aktivitäten sind zahlreich und können folgendermaßen zusammengefasst werden:

Außenanlagen und Freiflächen um Gebäude wie Synagogen, Tempel, Kirchen, kirchliche Gemeindehäuser, Moscheen, Cem-Häuser der Aleviten, Kindergärten, Pfarrgärten, Parkplätze und Friedhöfe werden naturnah begrünt, als Orte der Biologischen Vielfalt eingerichtet oder als Nutzgärten für den Anbau von Gemüse und Obst angelegt (z. B. Anlage biblischer Gärten oder Rekonstruktion alter Pfarrgärten). In zahlreichen Städten entstehen grüne Orte der Begegnung und interkulturelle Gärten. Flächenversiegelung wird verhindert, die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln vermieden und einheimische Pflanzen werden bevorzugt.

- Zugehörige der religiösen Gemeinschaften übernehmen Patenschaften für bestimmte Tier- oder Pflanzenarten, sind aktiv bei der Gestaltung und Pflege der Grünflächen oder im Artenschutz. Teams oder Arbeitsgruppen werden gebildet, die gemeinsame Aufgaben für die Erhaltung der Natur übernehmen.

- Pflegeaktivitäten der Gemeindemitglieder finden in Biotopen und Schutzgebieten statt, in eigenen Wäldern (Kirchenwälder) und auf landwirtschaftlichen Flächen der Gemeinden (z. B. Pflege und Ernte von Streuobstwiesen, Pflege von Wiesen und Weiden) wird nach ökologischen Grundsätzen gewirtschaftet.

- Angebote in Bildung, Erziehung und sozialer Arbeit werden gefördert, unter anderem geeignete Maßnahmen zur Qualifizierung und Fortbildung der Akteurinnen und Akteure und Entwicklung von pädagogischen Materialien zur Förderung der Biodiversitätsbildung. Gemeinschaftliche Naturerlebnisse für Kinder und Jugendliche werden angeboten sowie auch Bildung für nachhaltige Entwicklung zur Biodiversität vermittelt.

- Die Zusammenarbeit mit lokalen Naturschutzeinrichtungen und Kommunen wird in vielen Fällen angestrebt.

Es existieren verschiedene Netzwerke und Initiativen, auch interreligiöse, zum theoretischen Austausch sowie zur Förderung der praktischen Umsetzung von Projekten, u. a.:

- Zusammenarbeit von Arbeitsgemeinschaften der Umweltbeauftragten der evangelischen Landeskirchen und der katholischen Diözesen, sowie der Beauftragten des Rates der EKD für Umweltfragen und der Deutschen Bischofskonferenz für Umweltfragen;

- Dialogforum „Religionen und Naturschutz“ im Rahmen des Projektes „Religionen für Biologische Vielfalt“ (Projektträger: Abrahamisches Forum in Deutschland e. V., Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau). Vernetzungstreffen werden regelmäßig organisiert (Förderung durch BfN/BMU) (BfN 2015, Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Gliedkirchen in der EKD, Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen [Erz-] Diözesen, Beauftragter für Umweltfragen des Rates der EKD, Zentraler Ansprechpartner der Deutschen Bischofskonferenz für Umweltfragen 2013, Abrahamisches Forum in Deutschland e. V. 2017, European Christian Environmental Network 2011, SAAN-KLEIN van & SCHWEIZER 2013).

Grünflächen auf Unternehmensgeländen und bürgerschaftliches Engagement

In jüngerer Zeit ist das Interesse bei Unternehmen gestiegen, Grünflächen zur Förderung der Biologischen Vielfalt auf ihren Geländen anzulegen. Dafür haben sich mehrere Initiativen und Plattformen zur Kommunikation, Vernetzung und Beratung von Unternehmen auf Bundes- und Landesebene gebildet. Bundesweite Beispiele sind die Plattform „Unternehmen Biologische Vielfalt 2020“ und die Projekte „Naturwert − Naturnahe Firmengelände“. In verschiedenen Bundesländern werden die Projekte „Natur in graue Zonen“ (Pilotstädte in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen), „Grün statt Grau − Gewerbegebiete im Wandel“ (Pilotstädte in Hessen und Nordrhein-Westfalen), „Berliner Unternehmen fördern Biologische Vielfalt“ (Berlin), „Naturnahe Betriebsgelände“ (Hamburg), "Unternehmen als Partner der Biologischen Vielfalt“ (Hessen) und „Orte der Biologischen Vielfalt“ (Bremen) durchgeführt.

Initiatorinnen und Initiatoren sind Kommunen, Landesbehörden, Verbände/Vereine (Biodiversity in Good Company, NABU, BUND, WILA Bonn, NaturGarten e. V.), Stiftungen (Global Nature Fund, Bodensee Stiftung, Heinz Sielmann Stiftung), Handelskammern, Unternehmen selbst (z. B. Genossenschaften, Krankenhäuser), soziokulturelle Zentren und auch Bürgerinnen und Bürger, Studierende und Angehörige von Hochschulen, die Campusgelände begrünen oder für Urban Gardening nutzen. Finanziert werden die Plattformen und Projekte zur Beratung und Vernetzung z. T. mit öffentlichen Mitteln (BMU/BfN, Mittel der Bundesländer und Kommunen). Die Kosten für die Gestaltung und Pflege der Gelände werden i. d. R. von den Unternehmen übernommen.

Preisverleihungen für engagierte Unternehmen wurden u. a. in Berlin, Düsseldorf, Niedersachsen und Bremen (Wettbewerbe „FirmenGärten“) und im Saarland („Naturschutzpreis von Möbel Martin“) ins Leben gerufen.

Das freiwillige Engagement der Unternehmen lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: naturnahe Gestaltung der Unternehmens-/Betriebsgelände durch Entsiegelungen, Anbau von Trockenmauern, artenreiche Anpflanzungen mit heimischen und insektenfreundlichen Pflanzen, Begrünung von Dächern und Fassaden, Einrichtung von Nisthilfen und Gartenteichen, Beweidung durch Schafe statt Mähen, Bienenhaltung und Urban Gardening. Die Größe der Grünflächen variiert von wenigen Quadratmetern bis hin zu mehreren Hektar. Viele Unternehmen richten mittlerweile Gemeinschaftsflächen und Pausenorte mit hoher Aufenthaltsqualität für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kundinnen und Kunden sowie andere Besucherinnen und Besucher ein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dabei häufig bei der Gestaltung und Pflege des Geländes aktiv, manchmal auch Bürgerinnen und Bürger, die in der Nachbarschaft wohnen. Aktionstage und Tage der offenen Tür werden organisiert. Bürgerinnen und Bürger können in vielen Fällen auch die Grünflächen als Pausenort oder für Spaziergänge mitnutzen und an Nachbarschaftsfesten teilnehmen. Manchmal sind die Gelände auch Orte der Umweltbildung oder Naturerlebnisstätten und bspw. mit Infotafeln und Mitmachstationen ausgestattet. In Genossenschaften (Wohnbau-Genossenschaft, Kleinunternehmen) werden Grünflächen von den Anwohnerinnen und Anwohnern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Kleinunternehmen als öffentlicher Raum wahrgenommen und gepflegt.

Kooperationen für die fachliche Beratung und Organisation von Mitmachaktionen bestehen mit Stiftungen, Verbänden, Imkerinnen und Imkern und Umweltbildungszentren (Berliner Unternehmen fördern Biologische Vielfalt, Biodiversity in Good Company 2019, FirmenGärten, Grün statt

Grau – Gewerbegebiete im Wandel, Möbel Martin Naturschutzpreis, Natur in graue Zonen, Naturnahe Betriebsgelände (Hamburg), NATURWERT – Naturnahe Firmengelände, „Orte der Biologischen Vielfalt“ (Bremen), Unternehmen Biologische Vielfalt 2020, Unternehmen als Partner – Nachhaltigkeitsstrategie Hessen, alle abgerufen 2019).

Umweltbildung

Öffentliches Grün bietet vielfältige Möglichkeiten der Naturerfahrung, Erholung, als Begegnungsort und der Umweltbildung (BMUB 2015). In vielen Projekten, die sich dem öffentlichen Grün widmen ist Umweltbildung Bestandteil der Arbeit, wie beim *Urban Gardening* (z. B. TUFA-Gemeinschaftsgarten in Trier), in der städtischen Landwirtschaft (Stadtbauernhof in Saarbrücken, Urbane Farm in Dessau), bei der Entwicklung von Industrie- und Verkehrsbrachen (z. B. Nordbahntrasse in Wuppertal), bei der Pflege städtischer Parkanlagen (z. B. Arboretum Park Härle in Bonn, Bergpark Kassel-Wilhelmshöhe) und Entsiegelung und Begrünung von Wohnanlagen und Verkehrsflächen (z. B. Parklet in Stuttgart, Pikopark Erfurt), ist Umweltbildung Bestandteil der Arbeit. Sie kann die Wertschätzung von öffentlichen Grünflächen deutlich steigern.

Umweltbildung in Kombination mit Öffentlichkeitsarbeit wird häufig genutzt, um die Bevölkerung über die Grünflächen im öffentlichen Raum zu informieren und über deren Funktion, Wichtigkeit etc. aufzuklären. Denn Teile der Bevölkerung sehen insbesondere die naturnahe Gestaltung und Pflege öffentlicher Grünflächen kritisch, da diese nicht den gängigen Vorstellungen von Ordentlichkeit entsprechen und Zweck und Ziel naturnaher Gestaltung für den Laien zunächst nicht ersichtlich sind (REIDL & HAUFFE 2016). Über die Natur in den öffentlichen Grünanlagen sind häufiger Informationsmaterialien wie Flyer oder Internetseiten verfügbar oder die Flächen sind mit Natur- und Lehrpfaden mit Beschilderung (z. B. Berolina Generationengarten) ausgestattet. Zusätzlich werden Führungen angeboten, durch die die Möglichkeit des direkten Austausches und Nachfragens gegeben wird und somit viele Hürden und Missverständnisse verhindert bzw. abgebaut werden können.

Projekte, die aus Eigeninitiative entstanden sind oder zum Mitmachen in einem Bezirk anregen, wie das gemeinschaftliche Gärtnern in einem Stadtteil oder die Entsiegelung und Begrünung von Wohn- und Verkehrsflächen, integrieren ebenfalls häufig die Umweltbildung. Für die Gemeinschaft werden die behandelten Themen wie Gartenbau, Ernährung, Imkerei, Biologische Vielfalt und Nachhaltigkeit etwa durch Führungen und Workshops (z. B. Stadtteilgarten Winzerla in Jena) aufbereitet und die Initiativen selbst in der Öffentlichkeit durch eigene Veranstaltungen, wie Feste und Tage der offenen Tür oder Jahresprogramme bekannt gemacht. Teilweise gibt es auch Kooperationen mit Schulen, Kindergärten und Umweltverbänden, die die öffentlichen Grünflächen für ihre Bildungsarbeit nutzen. Insbesondere Kinder sind eine wichtige Zielgruppe der Umweltbildung (BMUB 2015), z. B. Müllaufräumaktionen in Kooperation mit Schulen.

Frühlingsblüher auf einer öffentlichen Grünfläche (Foto: A. Wurzel).

Bei der Bewirtschaftung öffentlicher Grünflächen stehen für die Beteiligten aber auch häufig die Naturerfahrung, Erholung und Sport und soziale Aspekte im Vordergrund, wie gemeinschaftliches Tun (z. B. „Bock auf Garten“ in Köln, Urban Gardening am Kranhaus in Elmshorn), ein Ort der Begegnung auch mit Menschen verschiedener Nationalitäten (internationale Gärten wie bspw. Vielfalter in Güstrow oder Garten ohne Grenzen in Braunschweig), ohne gezielt Umweltbildung oder die Produktion von Nahrungsmitteln aufzugreifen (BMUB 2015b, HAUFFE 2016).

6.2 Good Practice-Beispiele

Bei der Auswertung wurde folgendermaßen vorgegangen:

1. Recherchearbeit
   - Freie Internetrecherche
   - Auswertung von Webseiten: z. B. kommbio.de, gruen-in-der-stadt.de, anstiftung.de, business-and-biodiversity.de
   - Projekte aus vorherigen Arbeiten des BHU
   - BHU Aufruf an Landesverbände

2. Auswertung von Wettbewerben
   - Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden
   - Bundeshauptstadt der Biodiversität

3. Auswahl anhand bestimmter Merkmale und Einteilung in Kategorien
   - Merkmale: Umweltbildung, Nachhaltigkeit, Zielgruppe, Klimaschutz, Art der Partizipation, Akteure

4. Erstellen einer Arbeitstabelle in Excel
   - Einpflegen recherchierter Daten und Inhalte
   - Insgesamt wurden 120 relevante Projekte gefunden
   - Markieren favorisierter Projekte

5. Engültige Auswahl von Favoriten
   - 3-4 Projekte pro Bundesland
   - Erstellen von Kurzbeschreibungen

6. Anschreiben
   - Favoriten wurden angeschrieben mit der Bitte, die Kurzportraits durchzusehen und ggf. zu korrigieren und ergänzen
   - Bitte um Fotos mit Abdruckgenehmigung
   - Nach einer ersten Welle von Rückmeldungen kamen weitere Rückmeldungen nur schleppend
   - Versenden einer Erinnerungs-Mail
   - Insgesamt gab es Rückmeldung von 27 Projekten.

Freiburg packt an

Programm für bürgerschaftliches Engagement und Stadtökologie auf öffentlichen Flächen des Garten- und Tiefbauamtes in Freiburg

Ort:	**Freiburg im Breisgau/ Baden-Württemberg**
Aktiv seit:	**2004**
Größe:	**Verschiedene öffentliche Flächen**
Kontakt:	**fpa@stadt.freiburg.de**
Website:	**https//www.freiburg.de/pb/233288.html**

Kurzbeschreibung

„Freiburg packt an“ ist eine Initiative des Garten- und Tiefbauamts Freiburg, die das Ziel hat, bürgerschaftliches Engagement auf öffentlichen Flächen der Stadt Freiburg zu initiieren und zu fördern. Hierzu werden verschiedene, teilweise pädagogische Aktionen, Projekte und Patenschaften zu jeder Jahreszeit und in allen Park- und Grünanlagen sowie auf Spielplätzen organisiert und durchgeführt. Zielgruppen sind alle Engagierten und Interessierten: Von Einzelpersonen über Familien, Kinder und Jugendliche, Gruppen, Vereine, Schulklassen oder Kindergartengruppen.

Partner: Stadt Freiburg im Breisgau Garten- und Tiefbauamt, Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH, Ökostation, Transition Town Freiburg, Kinderbüro, Bürgervereine.

Lückenfülle

Ort:	**München/ Freistaat Bayern**
Aktiv seit:	**Juni 2016**
Kontakt:	**inderluecke@gmail.de**
Website:	**https://www.facebook.com/L%C3%BCckenf%C3%BClle-1183689168369244/**

Kurzbeschreibung

„Lückenfülle“ wurde ursprünglich als Bachelorprojekt von vier Architekturstudenten der TU München mit dem Ziel initiiert, einen Ort der Begegnung und des Austausches in der Nachbarschaft mit einem vielfältigen Programm (Konzerte, Yoga, Lesungen etc.) zu verwirklichen. Hierfür wurde eine vorhandene Baulücke zwischengenutzt. Diese erfolgreiche Form der Zwischennutzung existierte von Juni bis Anfang September 2016.

Schacky Park

Ort:	**Dießen/ Freistaat Bayern**
Aktiv seit:	**2005**
Größe:	**18 ha**
Kontakt:	**info@schacky-park.de**
Website:	**https://www.schacky-park.de/**

Kurzbeschreibung
Der ehemals von den Barmherzigen Schwestern vom Heiligen Vinzenz von Paul für die Landwirtschaft genutzte „Schacky-Park“ wird heute von einem Förderkreis mit 530 Mitgliedern, davon 60 aktiv, gepflegt. Die aktiven Mitglieder setzen sich ehrenamtlich neben der Pflege des Parks und der Waldflächen tatkräftig für die Restaurierung und Instandhaltung der historischen Brunnen und Skulpturen ein. Darüber hinaus gibt es viele weitere Bereiche, in denen sich Interessierte engagieren können. Neben den vielfältigen öffentlichen Veranstaltungen, den Kutschfahrten und den Führungen können Mitglieder Teile des Parks für private Veranstaltungen nutzen. Der Park im Stil des Englischen Gartens ist heute für Alle zugänglich.
Partner: Stadt Dießen, Mitglieder, EU (ELER).

Streuobstwiese

Ort:	**Jarzt (Freising)/ Freistaat Bayern**
Aktiv seit:	**1994**
Größe:	**4128 m²**
Kontakt:	**matthias.maino@lra-fs.bayern.de**

Kurzbeschreibung
Auf einer mittlerweile biozertifizierten Streuobstwiese in Jarzt, deren Fläche im Besitz der dortigen Pfarrpfründestiftung ist, wurden vom Landschaftspflegeverband Freising e.V. 63 alte Apfel- und Birnensorten angepflanzt. Die Ernte wird zu Säften und Fruchtaufstrichen verarbeitet und verkauft. Ein Jugendprojekt, das zur nachhaltigen Pflege der Flächen dient, soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, Kenntnisse über die Arbeit in der Natur und über die Verarbeitung des geernteten Streuobstes zu erlangen.
Partner: Landschaftspflegeverband Freising e. V., Heidehofstiftung, Pfarrpfründestiftung.

Weiberwirtschaft

Ort:	**Berlin**
Aktiv seit:	**1989**
Größe:	**7.100 m²**
Kontakt:	**infos@weiberwirtschaft.de**
Website:	**https://weiberwirtschaft.de/home/**

Kurzbeschreibung
Europas größtes Gründerinnen- und Unternehmerinnenzentrum mit rund 2.000 Genossenschaftlerinnen entwickelte bereits in den 1990er Jahren ein ökologisches Gesamtkonzept für den Gewerbehof. Dies kann als ein Modellprojekt genutzt werden, das zeigt, wie sich Unternehmen für die Erhaltung und die Stärkung der biologischen Vielfalt einsetzen können. Hierzu zählen unter anderem Maßnahmen wie die Entsiegelung von Freiflächen und deren Begrünung mit heimischen Pflanzen, Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Einrichtung von Nistmöglichkeiten. Als Nebeneffekt konnte eine Attraktivitäts- und Erholungswertsteigerung erreicht werden. Die Pflege und die Erhaltung der Anlagen wird vom Engagement der Kleinunternehmerinnen getragen.

Die PLATTE

Ort:	**Potsdam/ Brandenburg**
Aktiv seit:	**2011**
Kontakt:	**info@stadtteilnetzwerk.de**
	info@pib-akademie.de
Website:	**https://www.facebook.com/dieplatte**

Kurzbeschreibung
Die PLATTE ist eine freie Aktionsfläche auf einer ehemaligen Brachfläche, die – durch ein Fest angestoßen – baulich entwickelt wurde. Im Zentrum des Parks steht ein Klettergerüst, das zur sportlichen Ertüchtigung und als Plattform für Bewegungskünste dienen soll und in einen Bewegungsparcours mit dem Namen „ourPark“ integriert ist. Geplant wurde der Park von engagierten Mitgliedern der Parkour-Gemeinschaft Potsdam in Bewegung.
Partner: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, Bereich Grünflächen der Landeshauptstadt Potsdam.

Obstbaumaktion

Ort:	**Bremerhaven/ Freie Hansestadt Bremen**
Aktiv seit:	**Aktion fand einmalig 2013 statt**
Kontakt:	**u-amt@magistrat.bremerhaven.de**
Website:	**https://www.bremerhaven.de/de/verwaltungpolitik/buergerservice/adressen-oeffnungszeiten/umweltschutamt/pflanzung-alter-obstbaumsorten.27728.html**

Kurzbeschreibung
Die „Obstbaumaktion 2013“ war ein Projekt des Umweltschutzamtes Bremerhaven, bei dem der Erhalt von vor allem alten und regionalen Obstbaumsorten im Vordergrund stand. Alle Interessierten konnten sich einen Baum, der von dem Amt gespendet wurde, bestellen, um ihn in den privaten Gärten einzupflanzen. Auch Schulen, Kindergärten, Altenheime und andere Einrichtungen, die Interesse und Platz für einen Obstbaum hatten, haben sich beteiligt. Durch das Projekt konnte die Bereitschaft von Bürgern und Bürgerinnen unterstützt und gefördert werden, sich für das Grün in der Stadt einzusetzen und das Wissen über den Wert bestimmter Bäume zu erweitern.

Gemüsewerft

Ort: Bremen/ Freie Hansestadt Bremen
Aktiv seit: 2014
Größe: 6.000 m²
Kontakt: verwaltung@gib-bremen.de

Kurzbeschreibung
Die „Gemüsewerft“ ist ein Zweckbetrieb der gemeinnützigen Gesellschaft für integrative Beschäftigung mbH. An drei Standorten in den Bremischen Häfen produziert die urbane Landwirtschaft Gemüse, Kräuter, Obst und Hopfen und beliefert zwei lokale Gastronomien und eine Craftbier-Brauerei mit ihren Erzeugnissen. Das Projekt bietet niedrigschwellige und inklusive Beschäftigungsmöglichkeit für nicht-erwerbsfähige Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie seelischen und geistigen Behinderungen. Der Finanzierungsmix aus Mitteln der Eingliederungshilfe und Einnahmen aus dem Verkauf von Erzeugnissen aus dem Gartenbaubereich stellt die Projektnachhaltigkeit sicher und bietet eine Plattform für kulturelle, edukative, künstlerische und politische Partizipationsmöglichkeiten.
Partner: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Senatorin für Soziales, die Senatorin für Gesundheit, Wirtschaftsförderung Bremen, Aktion Mensch, Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Überseeinsel GmbH, Bremer Strassenbahn AG.

Stadtgemüse

Ort: Hamburg/ Freie und Hansestadt Hamburg
Aktiv seit: 2018
Größe: 26 Hochbeete
Kontakt: a.pense@wastun.net
Website: https://was-tun-stiftung.de/stadtgemuese-ein-projekt-der-was-tun-stiftung/

Kurzbeschreibung
„Stadtgemüse“ ist ein Urban-Gardening-Projekt der gemeinnützigen WASTUN-Stiftung in der Hamburger Innenstadt, das vor allem die Integration von Flüchtlingen in den Vordergrund stellt. Im Rahmen des Projekts wird Gemüse in Hochbeeten angebaut, die unter tatkräftiger Unterstützung von Bewohnerinnen und Bewohnern einer benachbarten Flüchtlingsunterkunft zu Beginn des Projekts aufgebaut wurden. Die gemeinnützige Stiftung war hierfür Initiatorin. Ziel des generationenübergreifenden Projektes ist es, die nachbarschaftliche Gemeinschaft zu fördern sowie den Austausch zwischen Geflüchteten und Einheimischen zu stärken.
Partner: Flüchtlingshilfe Hafencity e.V., Caritasverband Hamburg e.V., Hamburger Sparkasse AG.

Alter Botanischer Garten

Ort:	**Marburg/ Hessen**
Aktiv seit:	**1993**
Größe:	**3,6 ha**
Kontakt:	**info@alterbotgarten-marburg.de**
Website:	**https://www.uni-marburg.de/de/botgart/alter-garten**

Kurzbeschreibung

Der seit 1993 bestehende Verein „Freundeskreis Alter Botanischer Garten Marburg e.V.“ hat sich zum Ziel gesetzt, den alten botanischen Garten dauerhaft zu erhalten und ihn als Ort der Ruhe, Erholung und Entdeckung zu schützen. Das Engagement der Mitglieder, welche die Pflege übernehmen, bewirkte die Anerkennung der Fläche als Kulturdenkmal. Die Errichtung der Universitätsbibliothek am Rande des Gartens führt dazu, dass die Grünfläche nun stärker genutzt wird, was den Verein vor neue Herausforderungen stellt. Der Verein bietet unter anderem einen Lehrpfad für alle Interessierten, sowie Filme und Vorträge zu verschiedenen botanischen Themen an.

Weltkulturerbe Bergpark in Kassel-Wilhelmshöhe

Ort:	**Kassel - Bad Wilhelmshöhe/ Hessen**
Aktiv seit:	**seit 2013 UNESCO-Weltkulturerbe-Stätte**
Größe:	**550 ha**
Kontakt:	**presse@kassel.de**
Website:	**https://www.kassel.de/buerger/kunst_und_kultur/parks_und_gaerten/wilhelmshoehe/index.php**

Kurzbeschreibung

Der Bergpark Wilhelmshöhe ist weltweit einmalig. Er gilt als Europas größter Bergpark und ist berühmt für seinen einzigartigen Baum- und Pflanzenreichtum, die Museen und Sehenswürdigkeiten sowie natürlich den Herkules und die Wasserspiele.

2013 hat die UNESCO-Kommission entschieden, den Bergpark Wilhelmshöhe in die Liste des Welterbes als Kulturerbe aufzunehmen. Die Welterbestätte gilt als ein herausragendes und einzigartiges Beispiel europäischer Bau- und Gartenkunst des europäischen Absolutismus. Wie vor 300 Jahren funktionieren die Wasserkünste mit der heute rund 50 Meter hohen Fontäne nur durch Wasserkraft und ohne Pumpen. Dafür werden insgesamt 750.000 Liter Wasser in verschiedenen Becken gesammelt und durch unterirdisch unter dem Habichtswald verlaufende Röhren weitergeleitet; Teile der 300 Jahre alten Rohrleitungen sind noch immer in Gebrauch.

Dem Engagement und Einsatz der Mitglieder des Vereins ist die Anerkennung der Anlage als UNESCO-Welterbe zu verdanken. Begleitet wurde der Bewerbungsprozess durch die Einbindung der Stadtöffentlichkeit. Die erfolgreiche Arbeit zeigt sich auch nach 2013 in der großen Akzeptanz der verschiedenen Veranstaltungsformate, die dem Ziel dienen, die Bedeutung der Welterbestätte zu vermitteln. Eine weitere Wertschätzung stellt der Anstieg der Mitgliederzahlen dar. Ein besonderer Schwerpunkt des Vereins liegt heute in der Welterbebildung für Jugendliche, die die zukünftige Verantwortung für ihr kulturelles Erbe tragen.

Partner: Museumslandschaft Hessen Kassel (mhk.), Runder Tisch Kasseler Kulturgesellschaften (freiwillige Zusammenkunft von derzeit ca. 40 Kulturgesellschaften / Vereinen aus Kassel und der Region).

Vielfalter

Ort:	**Güstrow/ Mecklenburg-Vorpommern**
Aktiv seit:	**2017**
Größe:	**1.600 m²**
Kontakt:	**vielfalter@posteo.de**
Website:	**https://vielfalterguestrow.wordpress.com/**

Kurzbeschreibung
Der Interkulturelle Garten „Vielfalter“ ist ein Projekt, dass Menschen mit verschiedener Herkunft an einem Ort ermöglicht, Obst und Gemüse für den eigenen Bedarf anzubauen. Dabei steht die Begegnung bei einer sinnvollen und erfüllenden Tätigkeit im Vordergrund, die den Austausch zwischen den Personen bewirkt. Viele Eingewanderte können das Wissen über Gartenwirtschaft und Handwerk in Deutschland durch ihre wertvollen Erfahrungen bereichern. Außerdem soll das Projekt die Sensibilisierung für Themen wie ökologische Freiräume, Vielfalt sowie bürgerschaftliches Engagement fördern. Aktuell nutzen 10-15 Menschen aus Deutschland, Syrien und Afghanistan die Beetflächen zum Gemüseanbau und der Garten dient regelmäßig als Treffpunkt.
Partner: Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE), Malteser, Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern, Ostsee Sparkasse (OSPA)-Stiftung, Stiftungsgemeinschaft anstiftung

---

Bilal e.V. - MoscheebauM Projekt

Ort:	**Darmstadt/ Hessen**
Aktiv seit:	**2018**
Kontakt:	**info@bilalzentrum.de**
Website:	**http://bilalzentrum.de/moscheebaum/**

Kurzbeschreibung
Ziel des Projektes ist es, Moscheen grüner zu machen und dadurch Religion mit Natur- und Umweltschutz zu verbinden, die Moscheen aufblühen zu lassen und mit Leben zu füllen. Zusätzlich sollen Umweltschutzaktivitäten und Verbände in ihrer Arbeit unterstützt werden. Im Zuge dessen wurde in einer Moschee in Darmstadt sowohl der Innen- als auch der Außenraum mit zahlreichen Pflanzen gestaltet. Im Vorfeld gab es in dieser Moschee keine einzige Pflanze.

Neuer Frankfurter Garten

Ort:	**Frankfurt/ Hessen**
Aktiv seit:	**2013**
Größe:	**2.500 m²**
Kontakt:	**info@bienen-baum-gut.de**
Website:	**https://www.neuerfrankfurtergarten.de/**

Kurzbeschreibung

Der Neue Frankfurter Garten ist ein Urban-Gardening Projekt, in dem die Mitglieder des gemeinnützigen Vereins „Bienen Baum Gut e. V." versuchen, Bienen und anderen Insekten ein Leben inmitten der Stadt Frankfurt/ Main zu ermöglichen. Auf einem großen, ehemaligen Parkplatz mit 10 Platanen werden in über 100 Hochbeeten und Baumscheiben möglichst viele Wild- und Nutzpflanzen gepflanzt. Wildstauden und alte Kulturpflanzen sollen dabei eine hohe Biodiversität abbilden. Auf den Einsatz von Schädlingsbekämpfungs- oder Wachstumsbeschleunigungsmittel wird verzichtet. In einem Bienenbaumwipfelpfad sollen Bienenvölker naturnah leben können. Für Wildbienen und Vögel wurden gesonderte Nistplätze geschaffen.

Neben dem naturnahen Gärtnern und Imkern der Vereinsmitglieder soll das Gelände auch Besucherinnen und Besuchern des Gartens zur Verfügung stehen. In einem ausgebauten Imbisscontainer werden Getränke (in Bioqualität) und kleine Speisen gegen Spende angeboten. Das Gelände ist barrierefrei gestaltet und es steht eine Komposttoilette für Rollstuhlfahrer zur Verfügung.

Der Verein will seinen Besucherinnen und Besuchern bei Führungen, in Filmvorführungen und anderen Veranstaltungen zeigen, dass städtisches Leben und Natur kein Widerspruch sein müssen. Er möchte auch Prinzipien einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und des Klimaschutzes vermitteln. Entsprechend wird möglichst viel Oberflächenwasser in Holzfässern gesammelt, kompostiert und mit einer PV-Anlage Strom für den Eigenbedarf erzeugt. Der Verein versucht, einen gendergerechten, multikulturellen und generationenübergreifenden Begegnungsraum ohne Konsumzwang anbieten zu können. So können in der warmen Jahreszeit Gespräche an Bierzeltgarnituren, bei Marktveranstaltungen oder beim Musizieren einiger Mitglieder und Freunde des Vereins stattfinden. In der kalten Jahreszeit finden Besprechungen und kleine Feiern in einer beheizbaren Mongolischen Jurte statt.

Garten ohne Grenzen

Ort:	**Braunschweig/ Niedersachsen**
Aktiv seit:	**2015**
Größe:	**2.500 q m²**
Kontakt:	**eiben@awo-bs.de**
Website:	**https://www.awo-bs.de/quartiersarbeit/garten-ohne-grenzen.html**

Kurzbeschreibung

Der Garten ohne Grenzen am Westbahnhof ist ein Projekt der Altenhilfe der Stadt Braunschweig und stellt eine organisierte Lebensgestaltung für v.a. ältere Migrantnnen und Migranten dar. Er ist darüber hinaus aber auch Treffpunkt für Einheimische jeder Generation. Jede Nutzerin und jeder Nutzer kann einen passenden Gartenteil zum Gärtnern für sich auswählen. Die Hecken, die Grünfläche um den Teich und das Spalierobst werden gemeinschaftlich gepflegt.

Partner: Seniorenbüro der Stadt Braunschweig, AWO, Caritas.

Dünenfüchse

Ort:	**Bonn-Tannenbusch/ Nordrhein-Westfalen**
Aktiv seit:	**2014**
Größe:	**7 ha Naturschutzgebiet**
Kontakt:	**info@duenenfuechse.de**
Website:	**https://duenenfuechse.de/**

Kurzbeschreibung

Der Verein Dünenfüchse Bonn-Tannenbusch e.V. ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich im Naturschutzgebiet „Düne Tannenbusch“ engagieren. Bei der „Düne“ handelt es sich um eine parkähnliche Grünfläche zwischen zwei Siedlungen, u.a der HICOG-Siedlung (ehemalige Wohnanlagen für Angehörige der amerikanischen Hochkommission). Die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Mitglieder des Vereins setzen sich dabei nicht nur für deren Schutz und die Erhaltung ein. Neben dem Denkmalschutz und dem Naturschutz spielen auch Aspekte der Wissensvermittlung und die Unterstützung von Flüchtlingen eine Rolle. Als gemeinschaftlicher Treffpunkt dient dabei ein renovierter Pavillon, in dem bei zahlreichen angebotenen Veranstaltungen gelesen, gekocht, gelernt und gefeiert werden kann. Seit 2017 gibt es zudem einen interkulturellen Schul- und Nutzgarten direkt am Rand der Düne. In diesem Garten, mit offen gestalteten Beeten, wird nicht nur Gemüse angebaut, sondern auch eine bunte Vielfalt an blühenden Pflanzen. Für die Zukunft stehen viele Ideen für die Weiterentwicklung im Raum.

StadtFrüchtchen

Ort:	**Bonn/ Nordrhein-Westfalen**
Aktiv seit:	**Juni 2017**
Größe:	**615 m²**
Kontakt:	**mail@stadtfruechtchen.de**
Website:	**https://www.stadtfruechtchen.de/**

Kurzbeschreibung

Das Urban Gardening Projekt StadtFrüchtchen wurde 2017 von Miriam Brink und Imke Feist auf einer Grabelandfläche der Stadt Bonn gegründet. In dem Gemeinschaftsgarten werden zwei Zielsetzungen umgesetzt: Zum einen wird in dem mitten in der Stadt gelegenen Garten Gemüse angebaut und Wissen über ökologisch nachhaltige Lebensmittelproduktion weitergegeben; zum anderen dient der Garten als Plattform, der durch ehrenamtliches Engagement der Nachbarschaft verwaltet und gestaltet wird. Die sonst meist vorgegebene städtische Umwelt wird aufgebrochen, bietet Raum zur Teilhabe und eine Möglichkeit, sich mit dem eigenen Lebensraum zu identifizieren.

Förderer: MIGRApolis, bim, Bundesministerium des Innern.

StadtFrüchtchen

Vom Hausacker zum Urban Green

Ort:	**Bochum-Riemke/ Nordrhein-Westfalen**
Aktiv seit:	**Planungsbeginn 2017, Baubeginn 2019**
Größe:	**20.000 m²**
Kontakt:	**ufeinweber@bochum.de**
	jneumann@bochum.de
Website:	**https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2016/green-urban-labs/modellvorhaben/bochum html?nn=430172**

Kurzbeschreibung

Im Rahmen des Forschungsprogrammes „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung soll eine nicht mehr genutzte Sportfläche „Am Hausacker“ zu einem multifunktionalen, grünen Quartierszentrum für Bewegung und Begegnungen entwickelt werden. Dadurch wird zusätzlich ein Grün- und Bewegungsraum in einem hochverdichteten Gebiet sichergestellt, was auch dem Klima zugute kommt. Das Projekt wird bedarfsgerecht durch einen interdisziplinären Verwaltungsansatz und die Partizipation verschiedener Akteure vor Ort fortentwickelt.

Partner: Referat für Sport und Bewegung, Umwelt- und Grünflächenamt, Amt für Stadtplanung und Wohnen, Jugendamt, Tiefbauamt, Gesundheitsamt, Kinder- und Jugendfreizeithaus, Sportvereine, Kleingartenverein, Die Falken, Kommunales Integrationszentrum, Schulen, Kitas, Kirchen, Kommunalpolitik, Bürgerinnen und Bürger des Quartiers.

HonigConnection

Wir brauchen Bienen!

Ort:	**Köln/ Nordrhein-Westfalen**
Aktiv seit:	**2018**
Kontakt:	**hallo@honigconnection.com**
Website:	**https://www.honigconnection.com/**

Die “HonigConnection” ist eine Umweltbildungsinitiative, hervorgegangen aus dem Kölner Imkerverein von 1882 e. V. Sie wurde zunächst allein von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert und hat inzwischen Sponsoren und ein eigenes Spendenaufkommen. Angesichts des dramatischen Bienensterbens wird die Öffentlichkeit einerseits über die Ursachen informiert und gleichzeitig für Maßnahmen zur Erhaltung von Honigbienen, Wildbienen und anderen Insekten aktiviert.

Dazu werden verschiedene Aktivitäten innovativ und medial bewegt: Mit Aktionen wie dem „Pflanz-eine-Blume-Tag“ oder „Blüten statt Böller“, die „Süßeste Fluggesellschaft der Welt“ oder „Imkern in der Nachbarschaft“ sowie Lesungen, Verkostungen, Fotowettbewerben, u. a. m. werden verschiedene Zielgruppen in Schulen, Nachbarschaften, städtischen Einrichtungen, Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmen oder Kirchen für den Insektenschutz motiviert. Die HonigConnection ist als Projekt der UN-Dekade für biologische Vielfalt 2018 ausgezeichnet worden.

Partner: Stadt Köln; Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, GAG Immobilien AG, Flughafen Köln-Bonn, Spichern Soul Kitchen, Quirin Bank.

HonigConnection
Wir brauchen Bienen!

TUFA

Ort: Trier/ Rheinland-Pfalz
Aktiv seit: 2010 - 2019
Größe: 650 m²
Kontakt: info@tufa-trier.de
Website: https://www.tufa-trier.de/tufatopolis.html

Kurzbeschreibung
Der TUFA-Gemeinschaftsgarten ist Teil von TUFA.topolis, der sogenannten Stadt der Kinder. Das Gelände dieser Kunst.Bau.Stelle wird von Kindern und Jugendlichen nach eigenen Vorstellungen und in Begleitung von Künstlerninnen und Künstlern gestaltet und von einem Gemeinschaftsgarten ergänzt, in dem die jungen Nutzerinnen und Nutzer, aber auch sonstige Bürgerinnen und Bürger selbstgezüchtetes Gemüse und Obst anbauen und ernten können. Die Kinder entwickeln dabei soziale Kompetenzen und lernen gleichzeitig etwas über gesunde Ernährung und Selbstversorgung, so dass die beiden Bereiche Kunstbaustelle und Gemeinschaftsgarten sich ideal ergänzen. 2020 soll neben einem Standortwechsel auch ein TUFA-Anbau umgesetzt werden
Partner: Transitions Trier e.V., Lokale Agenda Trier, BUND, AG Frieden Trier.

Biodiversity in Good Company

Ort: Mainz/ Rheinland-Pfalz
Aktiv seit: 2008
Größe: Firmengelände: 100.000 m²
Kontakt: presse@werner-mertz.de
Website: https://www.business-and-biodiversity.de/ueber-uns/mitglieder/werner-mertz/

Kurzbeschreibung
Zusammen mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Umweltstiftung WWF Deutschland hat das Unternehmen Werner & Mertz GmbH (Reinigungsmittel mit dem Frosch-Produktlogo) das Firmengelände ökologisch aufgewertet und durch kleine Maßnahmen attraktiver für Pflanzen und Tiere gemacht. Es sind z. B. Insektenhotels und bunte Blumenwiesen (naturnahe Gestaltung) inmitten der Industrielandschaft entstanden. Tafeln mit dem „Frosch“ klären Gäste und Angestellte über die heimische Artenvielfalt auf. Es wurden Mitmachstationen zu verschiedenen Themen eingerichtet. Die Rasenflächen werden nur selten gemäht.

Essbare Stadt Saarbrücken

Ort: Saarbrücken/ Saarland
Aktiv seit: 2015
Kontakt: stepanka.dittrichova@gmx.de
Website: https://saarbrueckendieessbarestadt.wordpress.com/

Kurzbeschreibung
Das Projekt Essbare Stadt Saarbrücken dient dazu, ungenutzte Flächen zu bepflanzen und so einen Beitrag zur Gestaltung, Artenvielfalt, Selbstversorgung u. v. m. zu leisten. Das Gärtnern hat ohne Einverständnis der Stadtverwaltung angefangen. Gegärtnert wurde anfangs im Echelmeyerpark, dessen Fläche von der katholischen Pfarrgemeinde zur Verfügung gestellt wurde. Seitdem das Gelände für die Erweiterung des Kindergartens gebraucht wird, ist der „Aktivisten-Garten“ auf den Karcherhof umgezogen. Dort wurde eine verwilderte Fläche dank vieler helfender Hände bepflanzbar gemacht, sodass dort nicht nur Blumen, sondern auch Gemüsesorten angebaut werden können.

Stadtbauernhof

Ort: Saarbrücken/ Saarland
Aktiv seit: Mai 2014
Kontakt: info@stadtbauernhof.org
Website: www.stadtbauernhof.org

Kurzbeschreibung
Ziel des Projektes ist es, einen Erlebnisraum für die nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln zu schaffen. Auf dem Stadtbauernhof werden dabei im Rahmen einer solidarischen Landwirtschaft nicht nur Obst und Gemüse angebaut, sondern auch Hühner und Bienen gehalten. Das Projekt richtet sich an Menschen aller Altersgruppen, um diesen Zusammenhänge zwischen Landnutzung, Umwelt und Nachhaltigkeit näher zu bringen. Neben der solidarischen Landwirtschaft beherbergt der Stadtbauernhof noch einen öffentlichen Stadtgarten, in dem alle mitgärtnern können, eine Gaststätte sowie verschiedene kleinere Projekte. Der Hof versteht sich als Plattform für Umweltbildung in Form von Workshops, Führungen oder pädagogischen Naturerfahrungsangeboten.

Kleiner Garten Strehlen

Ort: Dresden/ Freistaat Sachsen
Aktiv seit: September 2013
Größe: 850 m²
Kontakt: kontakt@kleiner-garten-dresden.de
Website: https://kleiner-garten-dresden.de/

Kurzbeschreibung
Beim „Kleinen Garten Strehlen“ handelt es sich um einen idyllisch am Kaitzbach gelegenen, nachbarschaftlichen Gemeinschaftsgarten, der sich auf einer ursprünglich brachliegenden Wiese befindet, welche privat angepachtet worden ist und nun von ca. 20 Personen gestaltet wird. Er ist Teil von acht Gemeinschaftsgärten, die über den Verein „Ufer-Projekte Dresden e.V.“ organisiert und unterstützt werden. Hauptaugenmerk liegt auf dem gemeinsamen Gärtnern und Entwickeln. Hier können alle Interessierten lernen, wie eigenes Obst und Gemüse angebaut wird.
Partner: UFER-Projekte Dresden e.V., Gartennetzwerk Dresden.

Urbane Farm Dessau

Ort: Dessau/ Sachsen-Anhalt
Aktiv seit: 2013
Größe: 400 m²
Kontakt: kontakt@urbane-farm.de
Website: http://www.urbane-farm.de/

Kurzbeschreibung
Die Urbane Farm Dessau mit dem Namen „Quartiershof“ ist eine Art Bauernhof mitten in der Stadt. Sie befindet sich im Quartier Am Leipziger Tor. Hinter dem Projekt steckt die Idee, Möglichkeiten der Nah- und Selbstversorgung in Form von solidarischer Landwirtschaft und Gärten zum Selbsternten zu eröffnen. Innerstädtische Flächen werden aufgewertet und dienen als Lernort, an dem ökonomische Wertschöpfung mit Bildungs- und Sozialarbeit verknüpft wird. Der Gemeinschaftsgarten fördert das soziale Miteinander ganz unterschiedlicher Stadtbewohner. Aktuell werden Felder mit Blauen Kartoffeln, Rotem Mangold und essbaren Blüten kultiviert, auch das Experiment einer Beweidung von Stadtflächen mit Ziegen wurde durchgeführt.
Partner: Schul-, Sozial- und Kindereinrichtungen, Dessauer Unternehmen, Energietisch Dessau e.V., Stadtteil AG Am Leipziger Tor, Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH

Moritzgarten

Ort: Halle (Saale)/ Sachsen-Anhalt
Kontakt: info@katholische-akademie-magdeburg.de
Website: http://www.katholische-akademie-magdeburg.de/

Kurzbeschreibung
Beim Moritzgarten handelt es sich um einen Garten, der sich rund um die St. Moritzkirche und an der Stadtmauer entlang in Halle befindet. Unter ihm befindet sich zudem eine Bunkeranlage aus dem 2. Weltkrieg. Die Gemeindemitglieder pflegen den Garten und den darin integrierten Weingarten. Des Weiteren dient er als Veranstaltungsort für zahlreiche Angelegenheit, wie z.B. Gemeindefeste, Tagungen, Empfänge usw.

Ossenmoorpark

Ort: Norderstedt/ Schleswig-Holstein
Aktiv seit: 1993
Größe: 12 ha Kerngebiet
Kontakt: info@ossenmoorpark.de

Kurzbeschreibung
Der Ossenmoorpark ist eine öffentliche Grünfläche im Stadtgebiet Norderstedt und soll gemäß des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes erhalten und weiterentwickelt werden. Er soll Teil eines „Grünen Leitsystems“ werden, indem er die Biotope der Stadt durchgängig vernetzt und zudem eine Wegverbindung für den Fuß- und Radverkehr darstellt. Geplant wird im regen Dialog mit der Öffentlichkeit, wobei verschiedenste Akteurinnen und Akteure sowie Nutzergruppen eingebunden sind. Weitere Unterstützung erhält der Park über den Förderkreis Ossenmoorpark e.V., der beispielsweise im Bereich Nachbarschaft und Kommunikation Feste und Pflanzentauschbörsen, Aktionen zum Müllsammeln und Springkrautentfernung organisiert und sich aktiv um Flora und Fauna im Park kümmert. Ein besonderes Juwel ist seit sieben Jahren der Naturgarten, in dem sich auf kleinem Raum unterschiedliche Pflanzenangebote bis hin zum Staudenbeet, zwei Teiche mit naturnaher Randvegetation und das nachgebildete kleine Ossenmoor dargestellt werden. Hier finden Vögel, verschiedene Insekten und Amphibien ein lebenswertes Biotop vor.

Bewegungstreffpunkt Humboldtwiese

Ort:	**Hansestadt Lübeck/ Schleswig-Holstein**
Aktiv seit:	**2012**
Größe:	**4,7 ha**
Kontakt:	**susanne.kasimir@luebeck.de**
Website:	**http://www.humboldtwiese.wissen-luebeck.de**

Kurzbeschreibung
Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort entwickeln die Hansestadt Lübeck in Kooperation mit der Interessengemeinschaft Dornbreite e.V. sowie vielen weiteren Akteuren auf einer vormals brachliegenden Fläche im Stadtteil St. Lorenz Nord einen Bewegungstreffpunkt für Jung und Alt. Herzstück ist ein Bewegungsparcours mit zehn Gerätepaaren, jeweils eines für Jung und Alt im unmittelbaren räumlichen Miteinander. Ziel ist die Vermittlung von Naturerfahrung durch Bewegung in der Natur. Der Raum ist offen für Veranstaltungen zur Kommunikation und zur Wissensvermittlung in den Themenfeldern Wissen(schaft), Bildung, Sport, Gesundheit, gesunde Ernährung und biologische Vielfalt. Die Humboldtwiese ist ein Erlebnisraum und ein grünes Labor und wurde im März 2019 als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet.
Partner: Hansestadt Lübeck – Stabstelle Wissenschaft, Bereich Umwelt, Natur und Verbraucherschutz in Kooperation mit der Interessengemeinschaft Dornbreite e.V.

7 Empfehlungen

Die "Grüne Charta von der Mainau" von 1961, die die Arbeitsgrundlage des DRL darstellt, forderte seinerzeit:

- „ausreichender Erholungsraum durch Bereitstellung von Gartenland, ... , stadtinnerer Freiraum in Wohnungsnähe für die tägliche Erholung, stadtnaher Erholungsraum für das Wochenende ...;
- verstärkte Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung eines gesunden Naturhaushaltes, insbesondere durch Bodenschutz, Klima- und Wasserschutz;
- die Schonung und nachhaltige Nutzung des vorhandenen natürlichen oder von Menschenhand geschaffenen Grüns;
- eine Umstellung im Denken der gesamten Bevölkerung durch verstärkte Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Bedeutung der Landschaft in Stadt und Land und die ihr drohenden Gefahren;
- die stärkere Berücksichtigung der natur- und landschaftskundlichen Grundlagen im Erziehungs- und Bildungswesen."

Ein beachtlicher Teil dieser Forderungen ist erfüllt worden, sonst wäre die Zufriedenheit vieler Bürgerinnen und Bürger mit ihren Grün- und Freiflächen nicht so hoch. Aber es gibt immer wieder Rahmenbedingungen und Details, die korrigiert oder weiter verbessert werden müssen.
Dazu sollen die folgenden Empfehlungen einen Beitrag leisten.

Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

- Wesentliches Ziel von Bildung und Öffentlichkeitsarbeit muss die Vermittlung des Wertes von städtischen Grün- und Freiflächen und danach die Begründung notwendiger Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung sein. Das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern wird am ehesten geweckt, wenn es um lokale und regionale Aspekte der unmittelbaren Umgebung geht und eine persönliche Betroffenheit gegeben ist. Aspekte der Vermittlung können hierbei sein: Gesundheit (Mikroklima), Biodiversität (Stichwort Insektensterben), Nutzen (Nutzpflanzen wie Obststräucher, Küchenkräuter) oder Ästhetik/Attraktivität (Blütenreichtum). Bildung betrifft hier sowohl Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene sowie Seniorinnen und Senioren. Am erfolgreichsten können sich Bildung und Wissen durch partizipative Ansätze verankern. Das kleine Kräuterbeet im Kindergarten, der Schulgarten mit Wildblumenwiese und Gartenteich mit Tierbeobachtung bis hin zum Anlegen eines Nachbarschaftsparks für Familien und Menschen aller Generationen veranschaulichen beispielhaft, wie die Projekte mit den Generationen wachsen und entstehen können.
- Netzwerke und Kooperationen mit Bildungseinrichtungen und Kompetenzzentren sind anzustreben (Botanische und Zoologische Gärten, Naturschutzakademien, Volkshochschulen, Vereine/Verbände, Imkerinnen und Imker, ...). Hier stellen Vortragsreihen und die Vermittlung von Fachwissen wertvolle Quellen für die Sensibilisierung und das Wissen zum Thema dar. Menschen, die bereits für das allgemeine Thema sensibilisiert sind, können Fachwissen für Spezialfragen erwerben.
- Beim Urban Gardening wird heute vielfach unter Nutzung sozialer Medien kommuniziert; vieles läuft aber auch

nach wie vor über direkte Kommunikation mit Nachbarinnen und Nachbarn und anderen Interessierten. Beides sind gute Medien und Methoden, um öffentlichkeitswirksam zu speziellen Anlässen zu kommunizieren. Damit ein gemeinschaftliches Projekt erfolgreich laufen kann, bedarf es jedoch einer Kerngruppe, die direkt miteinander kommuniziert, sich zusammen setzt und das „Gesicht des Projektes" darstellt. Mitunter ist der erste Kontakt nach Außen, zu neuen Partnerinnen und Partnern sowie Mitwirkenden schwierig, da oftmals eine gewisse Scheu vor dem neuen Unbekannten besteht. Durch Feste, Mitmachaktionen, Möglichkeiten zum Verweilen, etc. werden erste Kontakte ermöglicht und Menschen an die Projekte herangeführt. Durch anschließende Gespräche können Mitmachperspektiven gezeigt und die Lust am Mitmachen geweckt werden. So können Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewonnen werden.

- Durch die Öffentlichkeitsarbeit von Ämtern sollen insbesondere Jugendliche motiviert werden, sich zu engagieren, da diese sehr viel Energie mitbringen und ihre Umwelt mitgestalten wollen. Erfahrene ehrenamtlich Tätige können hierbei als Vorbilder und Moderatorinnen oder Moderatoren mitwirken, damit es zügig zu Erfolgserlebnissen kommt. Das setzt aber voraus, dass Ämter über soziale Medien verfügen und sie regelmäßig bespielen können.

- Auf kommunaler Ebene sollte es überall selbstverständlich werden, im Internet Plattformen zu entwickeln, damit Bürgerinnen und Bürger online recherchieren können, welche jeweiligen Möglichkeiten sich für ein Engagement vor Ort anbieten. Trotz Internet bleibt die direkte Kommunikation auf verbaler Ebene nach wie vor wichtig.

- Behörden und Ämter sollten auch über mögliche Probleme mit Neophyten und Neozoen aufklären und sich dafür einsetzen, auf öffentlichen und halböffentlichen Grün- und Freiflächen ausschließlich heimische Arten zu verwenden. Generell sollten die Kommunen mehr Aufklärungsarbeit leisten und dafür sensibilisieren, was jeder und jede Einzelne leisten kann. Dafür müssen Medien und Formate genutzt werden, die einen Großteil der Bevölkerung niederschwellig erreichen. Jedwede Information darf nicht „mit erhobenem Zeigefinger" vermittelt werden, sondern unter Herausstellung des Potenzials, was jede und jeder Einzelne für eine gesündere Umwelt tun kann.

- Bei jedem Vorhaben mit Auswirkungen auf die Grün- und Freiflächen müssen genügend Mittel für eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation über Sinn und Zweck der geplanten Maßnahmen − rd. 5%-10% der Gesamtsumme − vorgesehen werden, um Akzeptanz und Interesse für eventuelle Mitwirkung herzustellen.

- Vor allem alteingesessene Mieterinnen und Mieter von Wohnungsbauunternehmen sind nicht ohne weiteres für Engagement bzw. Veränderung zu begeistern, viele halten an alten Zuständen und Bildern ihres Wohnumfeldes fest und sind misstrauisch. Feste Ansprechpartnerinnen und -partner sowie Kommunikation und Aufklärungsarbeit auf Augenhöhe sind hier wichtig, um Vertrauen zu gewinnen, Vorurteile abzubauen und Zutrauen in eigene Fähigkeit zu entwickeln. Sachgerechte Kommunikation ist das A und O. Es sollte verantwortliche Ansprechpartnerinnen und -partner bei der Grünpflege geben, an die Bedürfnisse und auch Unmut der Bewohnerinnen und Bewohner adressiert werden können, die aber auch im Gegenzug erklären können, warum bestimmte Dinge notwendigerweise so durchgeführt werden müssen oder ggf. auch sich selbst überlassen werden können. Es muss Grundlagenwissen des Naturschutzes vermittelt werden, z. B. dass eine Wildblumenwiese kein Unkraut ist.

- Ehrenamt setzt den Willen und die Kompetenz zum Lernen, zum Mitmachen, zur Geduld und zur konstruktiven Diskussion voraus. Dafür muss für alle, die sich in Vorhaben engagieren möchten, die Möglichkeit geschaffen werden, sich frühzeitig und dauerhaft einbringen zu können. D. h. alle möglichen Mitwirkenden müssen z. B. die Sprache verstehen, an den Ort des Geschehens gelangen können etc. Dazu müssen entsprechende Formate und auch praktische Lösungen entwickelt und vermittelt werden, die niemanden ausgrenzen. Von Bedeutung ist dabei insbesondere die Einbindung und Berücksichtigung von Migrantinnen und Migranten sowie mittellosen Bürgerinnen und Bürgern. Auch müssen geeignete Formate entwickelt werden, um „ungeübte" interessierte Menschen zu erreichen und einzubinden. Eine externe Moderation kann bei konfliktbeladenen Situationen zur Klärung beitragen.

Behörden und Ämter

- Frei- und Grünflächen können nur wirkungsvoll erhalten und gepflegt werden, wenn in den Stadtverwaltungen genügend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ausreichende Mittel vorhanden sind, um notwendige Grundlagenuntersuchungen, Planungen und Pflegekonzepte durchführen zu können.

- Das Verhältnis zu anderen Fachämtern (z. B. Verkehr, Tiefbau, Energieversorgung) muss verbessert werden; auch diese sollten auf ihren Flächen in die Verantwortung für das Stadtgrün eingebunden werden und ihren Umgang damit verbessern.

- In einem nicht unerheblichen Teil öffentlicher Grünflächen kann die Pflegeintensität deutlich herabgesetzt werden. Dadurch könnten sich siedlungstypische Pflanzengesellschaften und die an sie gebundenen Tierarten besser entwickeln. Zur Herabsetzung der Pflegeintensität gehört auch der Verzicht auf die Verwendung von Pflanzenbehandlungsmitteln und Mineraldüngern. Intensivere Pflege ist tolerierbar bei unter Denkmalschutz stehenden historischen Gartenanlagen (Gartendenkmäler) und bei Flächen, die einer hohen Freizeit- und Erholungsbelastung ausgesetzt sind. Es muss jedoch mit dem Irrtum aufgeräumt werden, dass die Akzeptanz von mehr sich selbst überlassenen Flächen (Wildnis) bedeutet, dass Ämter Personal einsparen können. Es sind im Gegenteil sehr diffizile Managementpläne hierfür notwendig.

- Bei der Planung und Gestaltung von Freiräumen sollten die Bürgerinnen und Bürger z. B. über kommunale Programme für mehr Nachhaltigkeit (Agenda 21-Prozesse) mit einbezogen werden, damit ihre unterschiedlichen Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden können. Dies wirkt sich positiv auf die spätere Nutzung aus. Durch eine breite Beteiligung gesellschaftlicher Akteu-

rinnen und Akteure können eventuell bestehende Nutzungskonflikte bereits im Vorfeld geklärt werden. Sie ist Voraussetzung für eine hohe Akzeptanz und Zufriedenheit mit den Freiräumen und fördert gleichzeitig die Kommunikation zwischen den Menschen.

- In Behörden und Ämtern ist die Zusammenarbeit mit praktisch arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern zu fördern und am besten auch durch eigens dafür zuständige, kompetente und ausgebildete Ansprechpartnerinnen und -partner zu qualifizieren (Modell Freiburg). Die Motivationsfaktoren für Ehrenamt/ Engagement sind dabei zu berücksichtigen. Bürgerinnen und Bürger investieren oftmals eigenes Kapital und Zeit – dies sollte und muss von den Kommunen gewürdigt werden und ist auch ein Aspekt bei Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Kommunen. In Deutschland bedarf das Ehrenamt im Bereich Naturschutz und Grün- und Freiflächen nach wie vor einer deutlichen Aufwertung. Es muss im wahrsten Sinne des Wortes eine Ehre sein und gebührend anerkannt werden. Bürgerinnen und Bürger müssen auch über mögliche Versicherungs- und Haftungsfragen informiert werden.

- Bei jeglicher Form der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern müssen die Rahmenbedingungen klar sein. Es sollten vorab die Leitplanken und die Spielräume definiert sein, in denen sich die Bürgerinnen und Bürger bewegen können. So können von Anfang an Enttäuschungen vermieden werden.

- Für Behörden und Ämter ist es oftmals leichter, mit eingetragenen Vereinen zusammenzuarbeiten, da hier klare Strukturen mit Verantwortlichen aus Vorständen bestehen. Dies ist wichtig für das Abschließen von Nutzungs-/ Pachtverträgen.

- In der Vergangenheit ist das Planen und Bauen allzu häufig auf den öffentlichen Straßenraum ausgerichtet worden; ihm galt vor allem die gestalterische Aufmerksamkeit, während sich die den öffentlichen Straßenraum begleitenden (nicht repräsentativen) Freiräume nur geringer Wertschätzung erfreuten und oftmals vernachlässigt wurden. Grünstreifen entlang öffentlicher Straßen und Wege, auch sog. „Eh da"-Flächen, sollten wo immer möglich für Naturschutzzwecke oder als Vorgartenverbreiterung oder ggf. als Hausgartenverlängerung in die Obhut der Anliegerinnen und Anlieger gegeben werden.

- In Behörden und Ämtern sollten bei Neuplanungen von Kleingärten Flächen so ausreichend groß bemessen werden, dass sie sowohl Möglichkeiten für Urban Gardening als auch andere öffentliche Nutzungen (Spazieren gehen, sich sportlich betätigen) eröffnen. Daraus können sich Win-Win-Effekte ergeben, denn in Kleingärten Aktive und am Urban Gardening Interessierte können voneinander lernen und miteinander arbeiten; auch die Allgemeinheit profitiert vom vielfältig gestalteten Ergebnis.

Bürgerschaftliches Engagement

- Engagement ist im besten Falle ansteckend: durch erfolgreich durchgeführte Projekte können auch ehemals skeptische Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen bewegt werden. Eine erfolgreiche Umgestaltung des Abstandgrüns bei den Wohnungsbauunternehmen kann z. B. Anreiz sein beim nächsten Mal auch selbst mitzumachen, oder sogar auf dem eigenen Balkon/ Terrasse aktiv zu werden.

- Projekte enden oft, weil ehemals genutzte Flächen nicht mehr verfügbar sind; viele Projekte, v. a. beim Urban Gardening, starten als Zwischennutzung und sind von Anfang an temporär geplant. In einigen Fällen entwickeln sich aber auch neue Perspektiven, ein neues Grundstück kann gefunden werden und ein öffentlichkeitswirksamer Umzug kann gelingen. Zwischennutzungen sollen daher positiv gesehen werden und von Anfang an sollen Planungsideen mobil gedacht werden (Container-Pflanzungen, mobile Bauten etc.).

- Der langfristige Aufwand für die Erhaltung und Umsetzung von Projekten wird häufig unterschätzt; es mangelt teils an langfristigen und konstanten ehrenamtlich Tätigen, die sich um Projekte kümmern. Es gibt oft eine hohe Fluktuation innerhalb der Initiativen, v. a. bei Studierendenprojekten, da die jungen Leute wegziehen. Das Engagement einer Gruppe ist oft abhängig von einer einzelnen Person, die als Motor und Gesicht des Projektes wirkt. Fällt diese weg, ist es oft schwierig das Projekt weiter erfolgreich zu tragen (Problem des Generationenwechsels). Hier muss rechtzeitig nach Lösungen gesucht werden, um eine Kontinuität sicherzustellen.

- Es ist hilfreich, wenn Bürgerinitiativen Verantwortliche für bestimmte Aufgaben benennen, z. B. für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit oder für die Zusammenarbeit mit Verwaltungen. Es kann auch überlegt werden, ggf. eine Organisationsform (Verein) mit kompetentem Vorstand zu wählen, da dies die Zusammenarbeit mit Verwaltungen erleichtern kann.

Wohnungsbauunternehmen

- Das Bewusstsein der Wohnungsbauunternehmen über die Qualitäten und Möglichkeiten sowie Steigerung der Wohnqualität durch sog. PikoParks ist noch zu gering. Die vorhandenen Flächen bieten ein hohes Potenzial für naturnahe Gestaltung, Entwicklung von nachbarschaftlichem Miteinander und Verhinderung von Vandalismus. Wohnungsunternehmen sollen sich künftig mehr öffnen und auch ggf. finanziell mehr einbringen, um eine Mitwirkung von Mieterinnen und Mietern zu ermöglichen. Befragungen (HÖLZER 2020) haben ergeben, dass Mieterinnen und Mieter unter bestimmten Umständen auch bereit sind, eine geringfügig erhöhte Miete für qualitätsvolles Grün in Kauf zu nehmen bzw. sich selbst mit Zeit und körperlichen Einsatz zu beteiligen. Wichtig wären Ansprechpartnerinnen und -partner bzw. besondere Beauftragte für Mieterinnen- und Mieteraktivitäten zur Koordination (Satzungen lassen das häufig zu), Stichwort ist hier „Quartiersmanagement".

Biologische Vielfalt

- In städtischen Grün- und Freiflächen sollten lockerere Maßstäbe an den Naturschutz und die Erhaltung der biologischen Vielfalt angelegt werden, da sie häufig Mehrfachfunktionen haben. Bürgerschaftliches Engagement sollte neben allen notwendigen Maßnahmen zur Vermittlung von Wissen und praktischen Vorschlägen (Infomaterial, Lernerfahrungen, Anleitungen) kreativ und initiativ bleiben können; gerade die Umsetzung eigener Vorstellungen von Natur und Vielfalt hat die Urban

Gardening-Bewegung charmant und bekannt gemacht sowie zur Akzeptanz geführt.

- Die Unterstützung mit geeignetem Pflanz- oder Saatgut oder Beratungsangeboten durch die zuständigen Behörden kann allerdings positiv steuernd helfen. Angebote sollten möglichst unbürokratisch erfolgen.

- Bei der Vergabe von Pflegemaßnahmen wird häufig nicht bedacht, dass die Qualifikation der beauftragten Stellen mitunter nicht ausreicht, weil dort nicht selten mit ungelerntem oder schlecht ausgebildetem Personal gearbeitet wird. Die Forderung des Masterplans (BMU 2019) nach einer verbesserten gärtnerischen Ausbildung mit Kenntnissen über Grundlagen des Naturschutzes ist unbedingt zu unterstützen. Ausgebildete müssen dann aber auch beschäftigt und bezahlt werden.

- Spezielle öffentliche Grünflächen, wie z. B. Friedhöfe, Kleingärten, Schulgärten, Botanische und Zoologische Gärten, können neben ihren speziellen Aufgaben gleichzeitig Aufgaben des Arten- und Biotopschutzes übernehmen, wenn ihre Pflege und Unterhaltung in bestimmten Bereichen entsprechend extensiviert wird, und leisten damit einen wichtigen Beitrag als grüne Infrastruktur (BfN 2017b).

- Die Kenntnis über wertvolle Biotope im städtischen Raum ist oft unzureichend. Es besteht ein erhebliches Daten- und Informationsdefizit. Die Biotopkartierungen auf kommunaler Ebene sind vielfach veraltet und müssten aktualisiert werden, wie dies auch im Masterplan gefordert ist (BMU 2019). Wünschenswert wären in regelmäßigen Abständen (10 Jahre) stattfindende Kartierungen. Sie bilden die Grundlage für aus Naturschutzsicht zu schaffende Vernetzungen.

Die Erhaltung eines ausreichenden, qualitativ hochwertigen Grün- und Freiraumangebotes für Stadtbewohnerinnen und -bewohner aber auch für die Biologische Vielfalt bleibt eine Herausforderung.

Eine lebendige Beziehung des Menschen zur Natur und insbesondere zur Stadtnatur, die ihre Anerkennung als Lebensgrundlage der menschlichen Gesellschaft einschließt, also eine neue Werthaltung, kann einerseits nur durch systematische Natur- und Umwelterziehung in Familie, Kindergarten, Schule und später Hochschule und Erwachsenenbildung begründet werden, und benötigt andererseits ständige und regelmäßige Informations- und Kommunikationsangebote und -möglichkeiten durch Kommunen, Wohnungsunternehmen, Kirchen oder Natur- und Umweltschutzverbände mit dem Ziel des Mitmachens.

Durch den Personal- und Mittelabbau bei den zuständigen Fachämtern wird die für eine nachhaltige Nutzbarkeit der Freiflächen erforderliche Pflege und Unterhaltung immer stärker eingeschränkt. In Zeiten knapper kommunaler Kassen können bestimmte Pflege- und Nutzungsformen öffentlicher und halböffentlicher Grün- und Freiräume durch Fördervereine oder Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ehrenamtlichen Engagements übernommen werden. Auch wenn viele dieser praktisch arbeitenden Initiativen erfolgreich sind, sind sie risikobehaftet (z. B. Personalfluktuation, wechselnde Strukturen bei Ansprechpartnerinnen und -partnern). Es bedarf sowohl weiterhin des Fachwissens und der Erfahrung von zuständigen Fachverwaltungen als auch gezielter Ansprechpartnerinnen und -partner für Bürgerinnen und Bürger, um die anstehenden Aufgaben und Aktivitäten zu organisieren, zu koordinieren und eine Umsetzung sicherzustellen. Alle handelnden Personen müssen auf Augenhöhe, offen und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Eines kann in jedem Fall festgehalten werden: Das Zusammenwirken von Kommunen, Wohnungsunternehmen, Kirchen und Unternehmen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern auf Grün- und Freiflächen ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung lebendiger, lebenswerter, zukunftsfähiger und nachhaltiger Städte. Die aktuelle Diskussion über Klimawandel, Nachhaltigkeit, Natur- und Umweltschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Wandel ist eine große Chance, gerade das Thema Stadtnatur prioritär zu behandeln.

8 Summary[1]

Cities are places for living and for working. In order to live well in them and also be able to relax, special qualities are needed. In addition to a broad range of arts, communication, leisure activities, shopping opportunities and a good infrastructure, this includes above all an attractive living environment, high-quality and large quantities of a variety of green and open spaces that are close to nature, minimal air pollution and unpolluted soil and water. The variously designed and natural green and open spaces should be both easily accessible and usable, and also fulfil social and ecological demands and functions.

The social, economic and ecological importance of green and open spaces in cities has long been known; nevertheless, the threat of the disappearance or deterioration of public and semi-public green and open spaces has changed little in recent decades. The causes include the lack of staff and funds, but also a lack of understanding by other authorities, not least political pressure and, more recently, the demand for more living space due to the influx of people.

At the municipal level, neither the necessary public relations and communications for valorising the city green spaces nor complex differentiated maintenance by the offices responsible for them – usually green space or parks administrations – can be guaranteed everywhere satisfactorily. Maintenance measures sometimes have to be reduced to a minimum, with the risk that neglected parks and green spaces cause social problems.

Administrators of public green and open spaces soon call for civic engagement. The involvement of citizens can certainly make a significant contribution to remedial measures because many of them are aware of the value of green and open spaces; but it is not a sure-fire success. Citizens don't want to be seen as "stopgaps" and carry out administrative actions. They have traditionally taken initiatives to create green spaces and have been involved in maintenance and upkeep; more recently they've expressed the need to use existing green spaces according to their own ideas, needs and ideals, for example in the form of community gardens. They thus contribute to different uses of designed and near-natural areas, to intensifying social interactions, to nature experiences and environmental education.

The wishes of the administration do not necessarily match the demands of the citizens. A satisfactory form of cooperation and administrative support is needed.

The Grün in der Stadt (Green in the City) initiative, a complex dialogue process by the former Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety with associations, foun-

1 Faith Ann Gibson, Englischer Sprachdienst, Philadelphia

dations, business and civil society, recently demonstrated that the importance of city green spaces that are variously designed and adequately dimensioned for the demands and maintenance of quality of life is recognised in politics, administration and society at the highest political level. As a result, a "Master Plan for Urban Nature" was presented in 2019 with the aim of enhancing the urban green areas. It also supports the implementation of the EU Strategy on Green Infrastructure and the German strategy for adapting to the consequences of climate change.
On the basis of various projects nationwide, the project examined the experiences in the cooperation of municipal administrations/ green space administrations/ lower nature conservation authorities in public relations/ valorisation of the urban green and in the involvement of the private sector and civic engagement in certain maintenance tasks of diverse urban green spaces. The potentials and possible obstacles to further civic involvement were also explored. In addition, examples were identified of particularly good integration of maintenance concepts drawn up at local level and of civic engagement.

Finally, perspectives and recommendations for good public relations work and improved and differentiated use of urban green and open spaces were formulated. This is intended to provide suggestions on how joint cooperation can be further improved and increased, what further potential is available and under what conditions it can be mobilised. The goal is on the one hand variously maintained and on the other hand near natural, largely untended green areas as contributions to the improvement of the urban environment and the preservation of biological diversity in the creation of urban green infrastructure.

The project was carried out jointly by the German Council for Land Stewardship and the Bund Heimat und Umwelt.

Freiburg, 27. März 2020

Der Sprecher

Prof. Dr. sc. agr. Werner Konold

Nachtrag:

Als die Stellungnahme verabschiedet wurde, gab es noch keine Corona-Pandemie und keinen mit erheblichen Folgekosten verbundenen Lock-down, die zur Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger notwendig sind. In den Monaten März bis Mai 2020 hat sich gezeigt, dass der Stellenwert und die Nutzung von wohnungsnahen Grün- und Freiflächen für alle Bevölkerungsgruppen enorm gestiegen sind. Viele Freizeitaktivitäten haben sich auf die Grün- und Freiflächen verlagert, auch weil viele Menschen kaum Möglichkeiten hatten und weiter haben werden, in den Urlaub zu fahren. Dies zeigt einmal mehr die Bedeutung vielfältig gestalteter Grün- und Freiflächen im wohnungsnahen Umfeld und die Notwendigkeit, sie zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln und wo immer möglich vor Nachverdichtung und Bebauung zu schützen. Bund, Länder und Kommunen bewegen derzeit viele Milliarden Euro, um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, die in den kommenden Jahren wieder erwirtschaftet werden müssen; um so wichtiger wird es sein, dass die für die Grün- und Freiflächen zuständigen Ämter und die Bürgerinnen und Bürger, die organisierten Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände sich hier gemeinsam dafür einsetzen, dass die Mittel und Fördermittel für die Flächen erhalten bleiben, um ihren ökologischen und sozialen Wert und Nutzen zu erhalten.

Abb. 1: Die Kirschbaumallee in der Stadt Bonn hat sich inzwischen zu einem Touristenmagneten entwickelt (Foto: B. Denkel).

9 Literatur

Abrahamisches Forum in Deutschland e. V. (20178): Dialogforum „Religionen und Naturschutz“. – https://abrahamisches-forum.de/wp-content/uploads/2018/02/Bericht_Dialogforum-2017.pdf – abgerufen August 2019.

ANDRITZKY, Michael & SPITZER, Klaus (Hg.) (1981): Grün in der Stadt, von oben, von selbst, für alle, von allen. – Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. 478 S

Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Gliedkirchen in der EKD, Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen (Erz-) Diözesen, Beauftragter für Umweltfragen des Rates der EKD, Zentraler Ansprechpartner der Deutschen Bischofskonferenz für Umweltfragen (Hg.) (2013): Biodiversität und Kirchen – eine Empfehlung der kirchlichen Umweltbeauftragten. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/BIODIV_Kirchen_agu_bf_publ.pdf – abgerufen: Februar 2019.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2018): Urbane Freiräume. Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume. Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis. 52 S. – https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2019/urbane-freiraeume-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3) – abgerufen: Januar 2020.

Berliner Unternehmen fördern Biologische Vielfalt: https://www.berlin.de/senuvk/natur_gruen/naturschutz/downloads/publikationen/Leitfaden_BiologischeVielfalt_BerlinUnternehmen.pdf – abgerufen: Februar 2019.

BfN – Bundesamt für Naturschutz (2015): Religionen für Biologische Vielfalt. Infoblatt. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/presse/2015/Dokumente/Religionen_fuer_biologische_Vielfalt.pdf – abgerufen: Februar 2019.

BfN – Bundesamt für Naturschutz (2016a): Natur in der Stadt – für Mensch und Biologische Vielfalt. – Schwerpunktheft Natur und Landschaft, H. 7.

BfN – Bundesamt für Naturschutz (2016b): Schutz gebäudebewohnender Tierarten vor dem Hintergrund energetischer Gebäudesanierung in Städten und Gemeinden. Hintergründe, Argument, Positionen. 40 S. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/planung/siedlung/Dokumente/Gebaeudebruetende_Tierarten_2016_-_Positionspapier.pdf – abgerufen: Januar 2020.

BfN – Bundesamt für Naturschutz (2017a): Bundeskonzept Grüne Infrastruktur. Grundlagen des Naturschutzes zu Planungen des Bundes, Kap. B 2.3 Siedlungsgebiete, S. 38 ff. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/planung/bkgi/Dokumente/BKGI_Broschuere.pdf – abgerufen: Mai 2019.

BfN – Bundesamt für Naturschutz (2017b): Urbane Grüne Infrastruktur. Grundlage für attraktive und zukunftsfähige Städte. Hinweise für die kommunale Praxis, 32 S. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/planung/siedlung/Dokumente/UGI_Broschuere.pdf – abgerufen: Mai 2019.

BGL – Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (Hg.) (2014): Charta Zukunft Stadt und Grün. – 14 S.

BHU – Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (Hg.) (2009): Historische Nutzgärten. Bohnapfel, Hauswurz, Ewiger Kohl – Neue Rezepte für alte Gärten. Bonn: Bund Heimat und Umwelt, 132 S.

BHU – Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (Hg.) (2013): Grün modern. Gärten und Parks der 1950er bis 1970er Jahre. Ein Kulturerbe als Herausforderung für Denkmalpflege und Vermittlungsarbeit. Bonn: Bund Heimat und Umwelt, 168 S.

BHU e. V., GALK e. V. und TUB – Bund Heimat und Umwelt, Deutsche Gartenbauamtsleiterkonferenz und Technische Universität Berlin (Hg.) (2016): Öffentliche Grünanlagen der 1950er- und 1960er-Jahre. Qualitäten neu entdecken. Projektbericht. 170 S.

BHU e. V., GALK e. V. und TUB – Bund Heimat und Umwelt, Deutsche Gartenbauamtsleiterkonferenz und Technische Universität Berlin (Hg.) (2016): Öffentliche Grünanlagen der 1950er- und 1960er-Jahre. Qualitäten neu entdecken. Leitfaden zum Erkennen typischer Merkmale des Stadtgrüns der Nachkriegsmoderne. 54 S. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.

Biodiversity in Good Company: https://www.business-and-biodiversity.de/ – abgerufen: Februar 2019.

BION (2019): Assessment der Bildungsangebote hinsichtlich Biodiversität und Ökosystemleistungen im Raum Bonn im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Bearb.: NÖSKE, N., ZEDDA, L. (BIO-Diverse), WISSMANN, N. (NABU Bonn). – https://www.researchgate.net/publication/331993909_Assessment_der_Bildungsangebote_hinsichtlich_Biodiversitat_und_Okosystemleistungen_im_Raum_Bonn_im_Sinne_einer_Bildung_fur_nachhaltige_Entwicklung_BNE/link/5c9a415d45851506d72d9249/download – abgerufen: November 2019.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2007): Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt, Abschnitt „Urbane Landschaften“, S. 42 ff. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/biologischevielfalt/Dokumente/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf – abgerufen: Mai 2019.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2017): Biologische Vielfalt in Deutschland. Fortschritte sichern – Herausforderungen annehmen. Rechenschaftsbericht 2017 der Bundesregierung zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt, vom Bundeskabinett beschlossen am 2. August 2017. 112 S. – https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/biologische_vielfalt_bf.pdf – abgerufen: August 2019.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2019): Masterplan Stadtnatur – Maßnahmenprogramm der Bundesregierung für eine lebendige Stadt. Vom Bundeskabinett am 6. Juni 2019 beschlossen. 24 S. – https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/masterplan_stadtnatur_bf.pdf – abgerufen: Juli 2019.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015a): Naturbewusstsein 2015. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt, Kap. 3 „Stadtnatur“„ S. 42 ff. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/Naturbewusstseinsstudie2015.pdf – abgerufen: Mai 2019.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015b): Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. – Grünbuch Stadtgrün. 100 S. – https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMUB/VerschiedeneThemen/2015/gruenbuch-2015-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 – abgerufen: Mai 2018.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015c): Gemeinschaftsgärten im Quartier. Handlungsleitfaden für Kommunen. 36 S. – https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/soziale-stadt-gemeinschaftsgaerten.pdf?__blob=publicationFile&v=3 – abgerufen: Mai 2019.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015d): Naturschutz-Offensive 2020. Für Biologische Vielfalt! Kap. 7 „Grün in der Stadt erleben“, S. 25 ff. – https://biologischevielfalt.bfn.de/fileadmin/NBS/documents/Veroeffentlichungen/Naturschutz_Offensive_2020_bf_CPS.pdf – abgerufen: Mai 2019.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016): Umweltgerechtigkeit in der sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage, 44 S. – https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/soziale-stadt-umweltgerechtigkeit.pdf?__blob=publicationFile&v=2 – abgerufen: Mai 2019.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2017): Weißbuch Stadtgrün. Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. 53 S. – https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/weissbuch-stadtgruen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 – abgerufen: Mai 2018.

BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2012): Stadtnaturschutz. Reihe Standpunkte, 27 S. (Bearb.: FAENSEN-THIEBES, A. et al.). Berlin: Natur & Umwelt Verlag. – https://digital.zlb.de/viewer/rest/image/15641918/120627_bund_stadtnatur_stadt-naturschutz_standpunkt.pdf/full/max/0/120627_bund_stadtnatur_stadtnaturschutz_standpunkt.pdf – abgerufen: Januar 2020.

BUVKO – Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress (2019): Berliner Appell. Städte in Zukunft: urban + mobil + grün! – https://www.buvko.de/component/content/article.html?id=47:berliner-appell – abgerufen: Oktober 2019.

DBG – Deutsche Bodenkundliche Gesellschaft (2010): Boden des Jahres 2010 – die Stadtböden. – https://www.dbges.de/de/system/files/Steckbrief%20Stadtboeden.pdf – abgerufen Januar 2020.

DGGL – Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur (2019): Bürgerschaftliches Engagement – Netzwerk Garten und Mensch. – DGGL-Themenbuch 14, 148 S. Calbe: Grafisches Centrum Cuno.

Die Bundesregierung (2016): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland. Neuauflage. Berlin, 260 S. (vgl. auch die Fortschrittsberichte). – https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/730844/3d30c6c2875a9a08d364620ab7916af6/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-neuauflage-2016-download-bpa-data.pdf?download=1 – abgerufen: Juni 2019.

DIETRICH, K. (2014): Urbane Gärten für Mensch und Natur. Eine Übersicht und Bibliographie. BfN-Skript 386, hrsg. vom Bundesamt für Naturschutz, 91 S.

difu & BfN (Deutsches Institut für Urbanistik & Bundesamt für Naturschutz) (2002): Lokale Agenda 21 und Naturschutz. Praxisleitfaden. Ergebnisse aus dem F+E-Vorhaben 899 81 001. Berlin/Köln und Bonn. 287 S.

DRL – Deutscher Rat für Landespflege (1980): Wohnen in Gesunder Umwelt. – Schr.-R. des DRL, Heft 35, 370-448.

DRL – Deutscher Rat für Landespflege (1985): Flächensparendes Planen und Bauen. – Schr.-R. des DRL, Heft 47, 556-740.

DRL – Deutscher Rat für Landespflege (1992): Natur in der Stadt. – Schr.-R. des DRL, Heft 61, 135 S.

DRL – Deutscher Rat für Landespflege (2006):

Freiraumqualitäten in der zukünftigen Stadtentwicklung. − Schr.-R. des DRL, Heft 78, 128 S.

DUH − Deutsche Umwelthilfe (2017): Grün. Sozial. Wertvoll. Gemeinsam Natur in Sozial benachteiligte Quartiere holen! Empfehlungen und Beispiele für Kommunen. 48 S. − https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Kommunaler_Umweltschutz/Umweltgerechtigkeit/Gruenflaechen/Gruen.Sozial.Wertvoll._Gemeinsam-Natur-in-sozial-benachteiligte-Quartiere-holen.pdf https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Kommunaler_Umweltschutz/Umweltgerechtigkeit/Gruenflaechen/Gruen.Sozial.Wertvoll._Gemeinsam-Natur-in-sozial-benachteiligte-Quartiere-holen.pdf abgerufen: Januar 2020.

ERMER, K. et al. (1994): Stadt und Umwelt. – BUCHWALD, K./ENGELHARDT, W. (Hg.): Umweltschutz – Grundlagen und Praxis, Bd. 12. Bonn: Economica Verlag.125 S.

European Christian Environmental Network (2011): Gesegnete Vielfalt. Kirchen in Europa aktiv für Artenschutz. − https://www.ekd.de/agu/download/gesegnete-vielfalt-ecen-agu-zweitefassung.pdf − abgerufen Februar 2019.

FirmenGärten: https://www.firmengaerten-berlin.de/start/ − abgerufen: Februar 2019.

FLL (Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V.) (2004): CD-ROM Qualitätsbilder für Grün- und Parkanlagen.

GALK − Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz (2016): Grün in der Stadt. Positionspapier zum Weißbuchprozess der Bundesregierung.

GALK − Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz (2018): Grünflächenmanagement. Planen, bauen, bewirtschaften − Grünflächen effizient und effektiv steuern. 16. S. − https://www.galk.de/component/jdownloads/send/33-ak-orga/427-broschuere-gruenflaechenmanagement − abgerufen: August 2019.

GALK − Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz e. V. (2014): Wie zufrieden sind die Bürger mit den städtischen Grünflächen? − Ergebnisse der vierten bundesweiten Internetbefragung. Arbeitskreis Organisation und Betriebswirtschaft. 23 S. − https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/GALK%20Zusammenfassung.pdf − abgerufen: Mai 2019.

Grün statt Grau − Gewerbegebiete im Wandel: http://gewerbegebiete-im-wandel.de/ − abgerufen: Februar 2019.

GSTACH, D. (2006): Freiräume auf Zeit. Zwischennutzung von urbanen Brachen als Gegenstand der kommunalen Freiraumentwicklung. − Dissertation am Fachbereich 8 − Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung der Universität Kassel. − https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2006082214468/gstach_diss.pdf;jsessionid=D671FE4AE20FE85C01F6B213D90FE6A7?sequence=3

HAUFFE, H.-K. (2016): Biologische Vielfalt auf kommunalen Grünflächen. Erläuterungsbericht. − https://www.biosphaerengebiet-alb.de/images/lebensraum/foerderung/2016-11-25_Kommunen%20und%20Biologische%20Vielfalt%20Bericht.pdfHauffe − abgerufen: Februar 2019.
HUHN, P. (2011): Mit Spaten, Pflanzen und Visionen. Guerilla Gardening als Nutzung von Brachflächen. Uelvesbüll: Der Andere Verlag.

HMUKLV − Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2018): Information zum Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün". Förderung von städtebaulichen Maßnahmen für mehr und besseres Stadtgrün. 7 S. − https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/media/programminformation_zsg_web.pdf − abgerufen: Januar 2020.

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH (2019): Partizipation in der Grünflächenplanung – Für mehr Biodiversität und eine bessere Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Ein Leitfaden. (Teilergebnis des Projekts „Stadtgrün wertschätzen – Bewertung, Management und Kommunikation als Schlüssel für eine klimaresiliente und naturnahe Grünflächenentwicklung"). 86 S. − https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2019/Leitfaden_Partizipation_in_der_Gr%C3%BCnfl%C3%A4chenplanung.pdf − abgerufen: August 2019.

JAHNKE, J. (2007): Guerilla Gardening. Master Thesis an der Humboldt Universität Berlin, Fakultät Urbaner Gartenbau.

KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung) (2004): Bundesweite Internetbefragung zur Messung der Bürgerzufriedenheit mit den kommunalen Grünflächen. Abschlussbericht. Köln, 102 S. – https://www.galk.de/component/jdownloads/send/34-internetbefragung/294-ergebnisse-2004 − abgerufenngerufen: Mai 2019.

KLAFFKE, K. (2005): Kommunale Freiraumplanung. − Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Handwörterbuch der Raumordnung, 4., neu bearbeite Auflage. Hannover: Verlag der ARL. 340-345.

KLEMP, H. (1983): Mehr Natur in Dorf und Stadt. Das Buch zur Kampagne. (Hg: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland − BUND − Landesverband Schleswig-Holstein). Kiel: Selbstverlag

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (1992): Agenda 21. − https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf − aufgerufen: November 2019.

KORTH, K. (2019): Zukunft Stadtgrün − eine Zwischenbilanz. − Stadt + Grün, H. 1, 13-18.

KOWARIK, I. (1992): Das Besondere der städtischen Vegetation. − Schr.-R. des Deutschen Rates für Landespflege, Heft 61, S. 33-47.

MANGOLD, C. (2018): Lebensform mit Zukunft − der Kleingarten. − Kölner Stadt-Anzeiger, 25.10.2018.

MATHEY, J. et al. (2011): Noch wärmer, noch trockener? Stadtnatur und Freiraumstrukturen im Klimawandel. − Naturschutz und Biologische Vielfalt, H. 111, Münster: BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag GmbH, 220 S.

Möbel Martin Naturschutzpreis: https://www.moebel-martin.de/naturschutzpreis/ − abgerufen: Februar 2019.

MÜLLER, C. (Hg.) (2011): Urban Gardening: Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: Oekom Verlag, 349 S.

MÜLLER, R. & MOHAUPT, F. (2019): Stadtgrün ist weder Luxus noch Verhandlungsmasse. Policy Paper für kommunale Akteure, die sich für Grünflächen und Begrünung in der Stadt einsetzen. 10 S. (Teilergebnis im Rahmen des Projekts „Stadtgrün wertschätzen – Bewertung, Management und Kommunikation als Schlüssel für eine klimaresiliente und naturnahe Grünflächenentwicklung" des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)). − https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2019/Stadtgr%C3%BCn_-_Policy_Paper_f%C3%BCr_kommunale_Akteure.pdf − abgerufen: September 2019.

MÜLLER, R., BRENDEL, R., SCHULZ, L. & KLEIN, M. (2018): Klimaangepasstes, naturnahes öffentliches Grün. Konzeptvorlage für den Planungs- und Erarbeitungsprozess einer integrierten Kommunalstrategie zur Anpassung an den Klimawandel und Förderung der Biologischen Vielfalt. 32 S. (Teilergebnis im Rahmen des Projekts „Stadt-grün wertschätzen – Bewertung, Management und Kommunikation als Schlüssel für eine klimaresiliente und naturnahe Grünflächenentwicklung" des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)). − https://www.ioew.de/publikation/klimaangepasstes_naturnahes_oeffentliches_gruen/ − abgerufen: September 2019.

MÜLLER, R.; MOHAUPT, F.; SCHULZ, S.; BOßMEYER, C.; PRACEJUS, L.; ROHKEMPER, M. (2015): Wege zum naturnahen Firmengelände. 21 Ideen für mehr Artenvielfalt auf Unternehmensflächen: von einfach bis aufwendig. Broschüre, 64 S., Bonn. − https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2015/NATURWERT_M%C3%BCller__Mohaupt__Schulz_et_al.__2015__Wege_zum_naturnahen_Firmengel%C3%A4nde.pdf − abgerufen: September 2019.

Natur in graue Zonen: https://www.wilabonn.de/abgeschlossene-projekte/374-natur-in-graue-zonen.html − abgerufen: Februar 2019.

Naturkapital Deutschland − TEEB (2016): Ökosystemleistungen in der Stadt − Gesundheit schützen und Lebensqualität erhöhen. Hg. KOWARIK, I. et al. Berlin, Leipzig: Technische Universität Berlin, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ.

Naturnahe Betriebsgelände (Hamburg): https://hamburg.nabu.de/natur-und-landschaft/stadtnatur/unternehmensnatur/index.html − abgerufen: Februar 2019.

NATURWERT – Naturnahe Firmengelände: https://www.globalnature.org/de/themen---projekte/unternehmen---biodiversitaet/naturwert − abgerufen: Februar 2019.

NOHL, W. (2002): Freiraumplanung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Gesellschaftliche Bedingungen und ihr Einfluss. – Stadt und Grün, H. 8, 9-16.

Nomadisch Grün (Hg.) (2012): Prinzessinnengärten. Anders gärtnern in der Stadt. – Dumont, 248 S.

Orte der Biologischen Vielfalt (Bremen): https://www.umwelt-unternehmen.bremen.de/themen/biologische_vielfalt/kampagne_orte_der_biologischen_vielfalt-9491 − abgerufen: Februar 2019.

RASPER, M. (2012): Vom Gärtnern in der Stadt. Die neue Landlust zwischen Beton und Asphalt. München: Oekom Verlag, 206 S.

REIDL, K. & HAUFFE, H.-K. (Hg.) (2016): Biologische Vielfalt auf kommunalen Grünflächen. Erläuterungsbericht. 49 S. − https://www.biosphaerengebiet-alb.de/images/lebensraum/foerderung/2016-11-25_Kommunen%20und%20Biologische%20Vielfalt%20Bericht.pdf. − abgerufen: November 2019.

RICHTER, G. (1995): Trends im Freizeitverhalten. Ansprüche an kommunale Freiräume für Freizeit und Erholung. – Stadt und Grün, H. 5, 318-324.

RIOUSSET, P., SCHULZ, L. & MOHAUPT, F. (2019): Partizipation in der Grünflächenplanung – Für mehr Biodiversität und eine bessere Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Ein Leitfaden. 86 S. (Teilergebnis im Rahmen des Projekts „Stadt-grün wertschätzen – Bewertung, Management und Kommunikation als Schlüssel für eine klimaresiliente und naturnahe Grünflächenentwicklung" des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). – https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2019/Leitfaden_Partizipation_in_der_Gr%C3%BCnfl%C3%A4chenplanung.pdf – abgerufen: September 2019.

RITTEL, K. et al: (2014): Grün, natürlich, gesund: Die Potenziale multifunktionaler städtischer Räu-

me. BfN-Skripten Nr. 371, 178 S. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript371.pdf – abgerufen: Januar 2020.

RÖßLER, S. et al. (2018): Biologische Vielfalt und Naturschutz im Förderprogramm Stadtumbau. – BfN-Skripten Nr. 493, 266 S. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript493.pdf – abgerufen: Januar 2020.

ROSOL, M. (2006): Gemeinschaftsgärten in Berlin – Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin: Mensch & Buch Verlag, 406 S.

SAAN-KLEIN, B. von, SCHWEIZER, R. (2013): Vielfalt als Gewinn. Aktualisierte und erweiterte Projektberichte Biodiversität und Kirche. – http://www.fest-heidelberg.de/images/publikation/vanSaan-Klein_Schweizer_2013_Vielfalt-als-Gewinn.pdf – abgerufen: FebruarAugust 2019.

SCHEMEL, H.-J. et. al. (2005): Naturerfahrungsräume im besiedelten Bereich: Ergebnisse eines interdisziplinären Forschungsprojektes. – Naturschutz und Landschaftsplanung, H. 1, 5-14.

SCHOLZ, C. (2012): Klare Strategie für eine grüne Stadt. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung sucht die Balance zwischen Siedlungsdichte und Freiraum, wobei die Entstehung von Hitzeinseln durch optimale Grünplanung vermieden werden muss. – Städte- und Gemeinerat, H. Nr. 6, S. 6/7.

STIERAND, P. (2014): Speiseräume. Die Ernährungswende beginnt in der Stadt. München: oekom verlag, 224 S.

STOPKA, I. & RANK, S. 2013: Naturerfahrungsräume in Großstädten. Wege zur Etablierung im öffentlichen Freiraum. – BfN-Skripten Nr. 345, 242 S. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript345.pdf – abgerufen: Januar 2020.

SUKOPP, H. & WITTIG, R. (Hg.) (1998): Stadtökologie. 2. Auflage. – Stuttgart, Jena, Lübeck, Ulm: G. Fischer, 474 S.

Universität Regensburg – Fakultät für katholische Theologie (Prof. Dr. Bernhard Laux) 2018): Artenreiche Landwirtschaft auf Kirchengrund. Eine Handreichung zur Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen auf kircheneigenem Land. – https://www.uni-regensburg.de/theologie/theologische-anthropologie-wertorientierung/medien/handreichung_artenreiche_landwirtschaft_auf_kirchengrund_2018_08_30.pdf – abgerufen: August 2019.

Unternehmen als Partner - Nachhaltigkeitsstrategie Hessen: https://www.hessen-nachhaltig.de/de/artenpatenschaften-fuer-unternehmen.html?file=files/NHS/downloads/Biologische%20Vielfalt/Broschuere_Unternehmen%20als%20Partner%20der%20Biologischen%20Vielfalt%20in%20Hessen.pdf – abgerufen: Februar 2019.

Unternehmen Biologische Vielfalt 2020: https://biologischevielfalt.bfn.de/unternehmen-2020/ueber-ubi-2020.html – abgerufen: Februar 2019.

VRUCAK, B. (2018): Mikroprojekte zur Förderung der Arbeit mit Geflüchteten in Umwelt- und Naturschutz. In: FROHN, H.-W. & WICHERT, F. (Hg.): Naturschutz: natürlich sozial, interkulturell und inkludierend?! – BfN-Skripten Nr. 514, S. 103-104. – https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript514.pdf – abgerufen: Januar 2020.

10 Webseiten zum Thema Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün

http://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/bundesprogramm.html/: Das Bundesprogramm zur Biologischen Vielfalt unterstützt seit Anfang 2011 die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Gefördert werden Vorhaben, denen im Rahmen der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt eine gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung zukommt oder die diese Strategie in besonders beispielhafter und maßstabsetzender Weise umsetzen. Neuer Förderbereich wird „Stadtnatur“

http://eh-da-flaechen.de/: Eh da-Flächen sind „eh da“. Diese saloppe Formulierung drückt aus, dass diese Flächen „sowieso“ vorhanden sind. Die Idee dahinter ist, Flächen ohne erkennbare wirtschaftliche Nutzung im Siedlungsraum oder in der freien Landschaft für die Förderung der Biodiversität verfügbar zu machen.

http://essbare-stadt.net/: Die Terra Concordia gGmbH realisiert Projekte rund um das Thema Stadtfrüchte. Zusammen mit mundraub.org ist es die größte Community-Plattform für die Entdeckung und Nutzung essbarer Landschaften weltweit. Damit wird ein nachhaltiges Bewusstsein für essbare Landschaften, Regionalität und Saisonalität geschaffen.

http://m-einenglischergarten.de/: Seit fast 50 Jahren durchschneidet der Mittlere Ring das Münchner Gartendenkmal Englischer Garten. 110.000 Autos durchqueren täglich den Park. Wird die Stadtautobahn in diesem Bereich in einen knapp 400 Meter langen Tunnel gelegt, kann einer der weltweit größten Stadtparks an der Oberfläche wiedervereinigt werden. Die Stiftung setzt sich dafür ein, diesen Mittleren Ring auf als Tunnel zu gestalten und damit den Englischen Garten aufzuwerten.

http://naturblick.naturkundemuseum.berlin/: Grüne Städte bieten Raum für Erlebnis, Erholung und Begegnungen. Doch erst ein bewusster Zugang zur Natur in der Stadt ermöglicht, sie zu schätzen und zu fördern. Im Projekt „Stadtnatur entdecken“ wird zur Stärkung der Aufmerksamkeit für Natur in der Stadt beigetragen und Umweltbildung digital vermittelt. Mit der App „Naturblick“ werden junge Erwachsene angesprochen, die Berliner Natur zu erkunden. In einem interdisziplinären Team aus Biologie, Informatik, Stadtökologie und Sozialwissenschaften wird zu digitaler Umweltbildung für eine erwachsene Zielgruppe geforscht, es werden Methoden der individuellen Naturerfahrung in der Großstadt getestet und die Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Stadtnatur untersucht. Dazu wird digitale Technologien nicht nur angewendet, sondern weiterentwickelt.

http://stadtstattstrand.de/: Stadtstattstrand setzt sich für kreative Freiräume in der Stadt ein. Es soll über die oft komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen und zugrundeliegenden Strategien bei der Aneignung von Stadträumen aufgeklärt werden. Die Plattform fungiert als Inspirationsquelle und Vermittler zukünftiger innovativer Kooperationsformen zwischen Zivilgesellschaft, Stadtverwaltung und Politik.

http://www.rosarose-garten.net/: Nachbarschaftsgarten in Berlin-Friedrichshain, welcher inklusive Umzüge bereits seit 2004 existiert und Gegenstand zahlreicher Berichterstattungen ist.

https://anstiftung.de/: Die anstiftung fördert, vernetzt und erforscht Räume und Netzwerke des Selbermachens. Dazu gehören Interkulturelle und Urbane Gärten, Offene Werkstätten, Reparatur-Initiativen, Open-Source-Projekte ebenso wie Initiativen zur Belebung von Nachbarschaften oder Interventionen im öffentlichen Raum.

https://berolina.info/generationengarten/: Generationengarten in Berlin, der anlässlich des "Wissenschaftsjahres 2012 – Zukunftsprojekt Erde" gegründet wurde. So entstand eine Gemeinschaft zwischen Jung und Alt in Verbindung mit Natur und Gärtnern.

https://de.thegreencity.eu/: Urbanisierung und Klimaveränderungen erfordern heute neue Lösungen, um die Lebensqualität in unseren Städten zu erhalten und langfristig weiter zu verbessern. Öffentliche Grünanlagen wirken sich positiv auf die Biodiversität, das Klima, die Luftqualität und die Gesundheit aus. Sie sorgen dafür, dass es sich in den Städten besser leben und arbeiten lässt. „Grüne Städte für ein nachhaltiges Europa“ stellt eine Plattform dar, die das Thema Stadtbegrünung fördern möchte, indem sie innovative Ideen und Informationen auf Grundlage wissenschaftlicher Arbeit und technischer Expertise bereitstellt. Zu den Hauptthemen der Kampagne gehören Gesundheit, Klima, Wirtschaft, Biodiversität und sozialer Zusammenhalt.

https://elpalito-stuttgart.tumblr.com/: “El Palito” ist ein gemeinnütziger Verein, der 2013 von jungen Erwachsenen gegründet wurde. Der Wirkungsstandort ist ein 3500 m² großer Garten im Herzen Stuttgarts, der Garten der Begegnungen, in dem konsequent inklusive und ökologische Ansätze verfolgt werden. Der Verein beschäftigt sich mit den Themen Partizipation, Nachhaltigkeit, Soziokulturelles, Kunst und Kultur, Lebensmitteln, Vernetzung und natürlich mit der Pflanzen- und Tierwelt, Permakultur.

https://essbaresheidelberg.wordpress.com/: Urban-Gardening-Projekt, bei dem mehrere Beete über die gesamte Stadt verteilt sind und gemeinschaftlich bewirtschaftet werden.

https://gruenanteil.net/: Schwerpunkt der Website ist die Sichtbarmachung und Vernetzung von bestehendem Engagement in Bezug auf den urbanen Lebensraum. Aktionen und Projekte im Bereich Umweltbildung, urbanes Gärtnern, Naturschutz und Ernährungswende sollen durch ein stetig wachsendes, lokales Netzwerk von Akteuren und Interessierten nachhaltig gestärkt werden. Im Zentrum steht das eigene Handeln im urbanen Lebensraum im Sinne einer biologischen Vielfalt.

https://gruen-berlin.de/park-am-gleisdreieck: Der Park am Gleisdreieck in Berlin ist ein neuartiger City-Park, der sowohl Möglichkeiten zur Naherholung, als auch für sportliche Aktivitäten anbietet und somit ein Knotenpunkt für viele Nutzergruppen darstellt.

https://kidsgardenberlin.wordpress.com/garten/: Beim kids' Garden handelt es sich um einen NaturSpielGarten in Berlin Neukölln, der Kinder die Möglichkeit bietet, mitten in der Stadt Natur zu erleben, zu spielen und eigenes Obst und Gemüse anzubauen.

https://letsact.de/de/: Lets Act ist eine Freiwilligenorganisation, die jungen Leuten die Möglichkeit gibt, Einsatzgebiete für ehrenamtliche Tätigkeiten auch im Natur- und Umweltbereich zu vermitteln.

https://mundraub.org/: Mundraub ist die größte deutschsprachige Plattform für die Entdeckung und Nutzung essbarer Landschaften. Sie ermöglicht es, Fundorte von wildwachsenden und jedermann zugänglichen Obstbäumen zu kartieren, Aktionen anzulegen und Gruppen zu gründen. mundraub.org schafft Bewusstsein für Regionalität und Saisonalität und will Bürgerinnen und Bürger motivieren, ihre Umgebung kulinarisch wahrzunehmen und zu nutzen.

https://o-pflanzt-is.de/: Gemeinschaftsgarten in München, bei dem nicht nur gegärtnert wird, sondern auch 3 Bienenvölker betreut werden.

https://staedtische-agrikultur.de/: Bei der Städtischen Agrarkultur stehen Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Sie sollen mitforschen, eigene

Konzepte innerhalb des Forschungsbereichs Agrikultur entwickeln, eine eigene urbane Nahrungsproduktion starten oder ausbauen und somit zu einer regen städtischen Agrikultur beitragen.

https://urbangardeningmanifest.de/: Das Manifest soll die politische Verortung der urbanen Gartenbewegung zum Ausdruck bringen und einen Diskurs über die Bedeutung von Stadtnatur und Gemeinschaftsgärten auf öffentlichen Flächen anregen.

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/exwost_node.html/: Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt). Mit dem Forschungsprogramm "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" (ExWoSt) fördert der Bund in Form von Forschungsfeldern, Studien, Initiativen und Modellvorhaben innovative Planungen und Maßnahmen zu wichtigen städtebau- und wohnungspolitischen Themen. Aus den Erfahrungen sollen Hinweise für die Weiterentwicklung der Städtebau- und Wohnungspolitik abgeleitet und der Wissenstransfer unterstützt werden. Das Forschungsprogramm "ExWoSt" ist ein Programm des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) und wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) betreut.

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ReFo/Staedtebau/2013/Gemeinschaftsgaerten/GemeinschaftsgaertenQuartier_node.html: Forschungsprojekt, bei dem untersucht wird, welche Wirkungen Gemeinschaftsgärten in v. a. benachteiligten Quartieren haben und welchen Beitrag sie somit zur Stadtentwicklung leisten.

https://www.biodiversity-premises.eu/de/eu-life-projekt.html/: Das Projekt von sieben europäischen Partnern fördert die naturnahe Gestaltung von Firmengeländen zum Schutz der Biologischen Vielfalt als Teil grüner Infrastrukturen in Europa. Die Projektpartner verfolgen den Ansatz, dass die naturnahe Gestaltung gleichzeitig die Aufenthaltsqualität und das Wohlbefinden der Mitarbeiter verbessert.

https://www.bmu.de/stadtnatur/: Die Website informiert über aktuelle und laufende Aktivitäten des Ministeriums in Zusammenhang mit Stadtnatur und mit der Umsetzung des Weißbuches zur Stadtnatur. Es werden Forschungs- und Umsetzungsvorhaben vorgestellt und wichtige Fragen beantwortet.

https://www.buergergesellschaft.de/: Der Wegweiser Bürgergesellschaft ist ein Projekt der Stiftung Mitarbeit. Die Stiftung Mitarbeit ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts. Sie hat sich die Förderung von Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und Selbsthilfeaktivitäten zum Ziel gesetzt.

https://www.business-and-biodiversity.de/: In der Biodiversity in Good Company-Initiative haben sich Unternehmen zahlreicher Branchen zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der weltweiten Biodiversität zu engagieren. Damit leisten sie einen Beitrag zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD). Ziel ist es, den dramatischen Verlust an Ökosystemen, Arten und genetischer Vielfalt aufzuhalten.

https://www.cittaslow.de/: Die Bewegung wurde 1999 in Italien gegründet. Sie ist inspiriert von der Slow-Food-Bewegung. Hauptziele sind die Verbesserung der Lebensqualität in Städten und das Verhindern der Vereinheitlichung und Amerikanisierung von Städten, in denen Franchise-Unternehmen dominieren. Die Unterstützung und Betonung von kultureller Diversität und den eigenen und speziellen Werten der Stadt und ihres Umlandes sind ebenfalls zentrale Cittàslow-Ziele. Im weiteren Sinne kann Cittàslow dem Trend der sogenannten Slow-Bewegung (vgl. Entschleunigung) zugerechnet werden. Cittàslow ist eine Mitgliedschaftsorganisation: Nur Städte mit einer Bewohnerzahl von unter 50.000 sind erlaubt. Die Kriterien für die Mitgliedschaft erstrecken sich auf die Themenbereiche Umweltpolitik, Infrastrukturpolitik, urbane Qualität, Aufwertung der einheimischen Erzeugnisse, Gastfreundschaft, Bewusstsein und landschaftliche Qualität. In Deutschland sind folgende Städte Mitglied: Bad Essen, Bad Schussenried, Bad Wimpfen, Berching, Bischofsheim an der Rhön, Bliskastel, Deidesheim, Hersbruck, Lüdinghausen, Maikammer, Meldorf, Michelstadt, Nördlingen, Penzlin, Schneverdingen, Spalt, Schwetzingen, Überlingen, Waldkirch, Wirsberg, Zwingenberg, Schwarzenbruck.

https://www.ekd.de/agu/download/gesegnete-vielfalt-ecen-agu-zweite-fassung.pdf: Broschüre der Gruppe Artenschutz des Europäischen Christlichen Umweltnetzwerks (ECEN). Ziel dieser Projektgruppe ist es, auf Kirchengeländen Lebensräume für Pflanzen und Tiere zu schaffen und somit einen Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt zu leisten.

https://www.firmengaerten-berlin.de/start/: Wettbewerb, bei dem Firmengärten ausgezeichnet werden und diese somit eine Plattform bekommen. Die ökologische Bedeutung von Gärten auf Firmengeländen soll auf diesem Wege kommuniziert werden.

https://www.galk.de/: Die Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz ist ein Zusammenschluss der kommunalen Grünflächenverwaltungen, die den Deutschen Städtetag (DST) über die Fachkommission Stadtgrün in seinen Aufgaben unterstützt.

https://www.gruen-in-der-stadt.de/: Urbanes Grün ist prägendes Element unserer Städte und übernimmt vielfältige soziale, gesundheitliche, wirtschaftliche, ökologische und klimatische Funktionen. Diese gilt es auch in Zukunft zu stärken. Die Website informiert über die Weiterentwicklung und Umsetzung des Weißbuchs Stadtgrün.

https://www.kartoffelkombinat.de/blog/: Das Kartoffelkombinat ist eine genossenschaftlich organisierte Gemeinschaft mit über 1.500 Münchner Haushalten, die ihr Gemüse, zusammen mit ausgewählten Partnern, selbst anbaut. Ziel dabei ist der Aufbau einer selbstverwalteten und nachhaltigen Versorgungsstruktur sowie ein gemeinwohlorientiertes Wirtschaften. Dieser eigene Versorgungsweg führt zu einer Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, einem Wirtschaften ohne Vermarktungsdruck, zu einer Verbesserung des Ökosystems und zu einem gemeinwohlorientierten Handeln. Mit dem Konzept lehnt man sich an die Prinzipien der solidarischen Landwirtschaft an, d. h. man kümmert sich selbst um den Anbau von regionalem, saisonalem Biogemüse und teilen die wöchentliche Ernte dann entsprechend auf. Ziel ist der Aufbau einer gemeinwohlorientierten Struktur für die regionale, saisonale Lebensmittelversorgung.

https://www.kleine-plaetze.de/home/: Kleine Plätze wurde im Jahr 2016 gegründet. Die Stiftung wurde ins Leben gerufen, um Menschen bei der Gestaltung und Pflege von öffentlichen Grünanlagen zu unterstützen. Kleine Plätze möchte aktiven Bürgern bei der Arbeit auf öffentlichen Plätzen professionelle Hilfestellung geben. Gartenkünstlerische Planungen und Anleitung zur professionellen Pflege stehen dabei im Mittelpunkt. Kleine Plätze soll auch zur Vernetzung vieler privater Initiativen beitragen.

https://www.kommbio.de/home/: Urbane Grünflächen wie Parks, Gärten, Gewässer, Stadtwälder oder Brachflächen mit ihrer Vielfalt an Nutzungsarten und -intensitäten bilden ein buntes Mosaik unterschiedlichster Lebensräume und somit beste Voraussetzungen für großen Artenreichtum. Außerdem tragen sie zur Lebensqualität der Menschen bei und ermöglichen wertvolle Naturerfahrungen im unmittelbaren Arbeits- und Wohnumfeld. Jede neue Straße und Stadtentwicklungsmaßnahme hat direkte Auswirkungen auf Boden, Vegetation und Mikroklima. Werden biodiversitätsrelevante Gesichtspunkte frühzeitig berücksichtigt, können negative Einwirkungen minimiert und neue Strukturen zum Erhaltung der biologischen Vielfalt geschaffen werden. Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ will die Kommunen dabei unterstützen, dieses Potential für Mensch und Natur zu fördern.

https://www.mitarbeit.de/: Die Stiftung Mitarbeit will mit ihrer Arbeit die Demokratieentwicklung von unten unterstützen und die politische Teilhabe von allen Menschen, die in Deutschland leben, stärken. Wir möchten Menschen ermutigen, Eigeninitiative zu entwickeln und sich an der Lösung von Gemeinschaftsaufgaben zu beteiligen. Ziel der Arbeit ist es, Engagement und Beteiligung in unserer Gesellschaft umfassend zu ermöglichen und dazu beizutragen, eine alltagstaugliche Beteiligungskultur in allen gesellschaftlichen Bereichen zu etablieren.

https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/bauen/index.html?ref=nav/: Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) entwickelt Ideen und Konzepte, berät und begleitet Projekte und Initiativen, die Urbanität und Dorfleben wieder erlebbar, das direkte Umfeld attraktiv und lebenswert und die Gebäude zukunftsfähig machen – und zugleich Natur und Landschaft erhalten.

https://www.nachhaltigkeitspreis.de/: Seit 2008 sucht der Deutsche Nachhaltigkeitspreis jedes Jahr kreative Lösungen für die Herausforderungen von morgen: Europas größte Auszeichnung für ökologisches und soziales Engagement würdigt Spitzenleistungen der Nachhaltigkeit – in so unterschiedlichen Kategorien wie Wirtschaft, Forschung, Architektur und Kommunen. Mit dem Preis fördert die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. gemeinsam mit der Bundesregierung und weiteren Partnern mutige Akteur/innen und Akteure und Ideen mit Vorbildfunktion.

https://www.netzwerk-immovielien.de/: Das Netzwerk Immovielien ist ein Bündnis von Akteurinnen und Akteuren aus Zivilgesellschaft, Öffentlicher Hand, Wirtschaft, Wohlfahrt und Wissenschaft, die sich für eine Gemeinwohlorientierung in der Immobilien- und Quartiersentwicklung einsetzen. Das Netzwerk Immovielien will die Rahmenbedingungen für die Entstehung und den Betrieb von Immovielien in allen relevanten Handlungs- und Politikfeldern verbessern. Immovielien sind demnach zivilgesellschaftliche Initiativen, die in Städten und ländlichen Räumen selbstorganisiert, solidarisch und in Kooperation mit Partnern Immobilien für sich und ihre Nachbarschaft entwickeln, nehmen eine besondere Rolle in der Entwicklung lebendiger und zukunftsfähiger Stadtteile ein. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Immovielien sind jedoch in verschiedener Hinsicht ungünstig: kaum bezahlbare Grundstücke, wenig passende Finanzierungs- und Förderinstrumente, Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit von Initiativen und Kommunen auf Augenhöhe.

https://www.sielmann-stiftung.de/fuer-unternehmen/naturnahe-firmengelaende/: Die Heinz Sielmann Stiftung bietet Firmen Unterstützung bei der naturnahen Gestaltung ihrer Geländes an. Dafür bietet die Stiftung gezielt Lösungspakete an, bei denen auch die Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt wird, und führt zudem ein Erfolgsmonitoring durch.

https://www.stadtgruen-naturnah.de/home/: Mit dem Label „StadtGrün naturnah“ wird die Umsetzung eines ökologischen Grünflächenmanagements und vorbildliches Engagements auf kommunaler Ebene ausgezeichnet. Der Blick wird damit auf die positiven Effekte naturnaher Grünflächen im Siedlungsbereich gelenkt, es werden Handlungsspielräume gezeigt verschiedene Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort vorgestellt.

https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/32308/: Ziel von Animal-Aided Design ist es, Tiere dauerhaft in städtischen Freiräumen anzusiedeln. Daher werden Planern und Gestaltern konkrete Anhaltspunkte für eine artgerechte Planung über den gesamten Lebenszyklus hinweg gegeben. Eine wichtige Rolle spielen dabei Gestaltungselemente, Bäume, Sträucher oder zum Beispiel auch Sandbadeplätze, die Tieren als Rückzugsgebiet und Nahrungsquelle dienen.

https://www.undekade-biologischevielfalt.de/soziale-natur/materialien-soziale-natur/gruene-orte/: Der Website sind wichtige Literaturhinweise zu den Themen Sport, Kinderspiel, Bürgergärten, Grün in der Stadt und Freiraum zu entnehmen.

https://www.wilabonn.de/projekte/374-natur-in-graue-zonen.html/: Der Wissenschaftsladen berichtet über seine mehrjährige Kampagne zur Entsiegelung und naturnahen Begrünung innerstädtischer Gewerbeflächen.

Abb. 2: Urban Gardening in einem Innenhof (Foto: D. Gotzmann).

Anhang 1: Übersicht der Vorträge anlässlich der Fachtagung „Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün – erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft“ am 3./4. Juni 2019

Begrüßung und Einführung

Dr. Christiane Schell, Bundesamt für Naturschutz, Bonn

Prof. Dr. Werner Konold, Sprecher des Deutschen Rates für Landespflege, Freiburg

Dr. Inge Gotzmann, Geschäftsführerin, Bund Heimat und Umwelt Deutschland, Bonn

Vorträge

Dr. Inge Gotzmann, BHU:
Tradition des Engagements und aktuelle Aktivitäten von Bürgern, Stiftungen, Natur- und Umweltschutz sowie Heimatverbänden

Michaela Shields, Wissenschaftsladen Bonn e. V.:
Bürgerwünsche an das öffentliche Grün

Markus Radscheit, Technischer Leiter der Botanischen Gärten der Universität Bonn:
Volunteering at the Royal Horticultural Society/UK und Einsatz von Ehrenamtlern in den Botanischen Gärten der Universität Bonn

Fabian Paf, Afdellingshooft Vrijwilligers, Delft:
Aktivitäten aus einem Nachbarland: Zuid-Hollands Landschap – De Groene Motor

Stefan Grundei, Bundesverband Deutscher Gartenfreunde, Berlin:
Kleingärten und Öffentlichkeit

Dr. Corinna Hölzer, Stiftung Mensch und Umwelt, Berlin:
Herausforderungen bei der Neugestaltung von halböffentlichen Räumen am Beispiel von Wohnungsbaugesellschaften

Rudolf Wittmann, Sachgebiet Grünanlagenpflege, Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, Ingolstadt:
Bauen und Pflegen für Mensch und Tier (Animal Aided Design)

Dr. Christa Müller, anstiftung, München:
Soziologische Aspekte im städtischen Grün

Dr. Nicole Nöske, Dr. Luciana Zedda, BIO-Diverse, Bonn:
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit für Grün- und Freiflächen

Gute Beispiele der Beziehung Verwaltung und Bürger

Julia Gossenberger, Global Nature Fund, Bonn:
EU-Life BooGI-BOP: Ein Europäisches Projekt zur naturnahen Gestaltung von Firmengeländen

Stephanie Breil, Iris Pinkepank, Honig Connection, Köln:
Blüten statt Böller

Denise Kemper: Regionalverband Ruhr, Essen:
CoProGrün – wie Kommunen, (Land)wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Grünflächen gestalten

Kristina Gehm (BHU), Ronja Leicher (DRL), Bonn:
Gute Beispiele erfolgreicher Zusammenarbeit – erste Ergebnisse der Auswertung

Monika Borodko-Schmidt, Garten- und Tiefbauamt Freiburg:
Freiburg packt an – Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Bürgerschaft

Marcus Weiß, LWL-Gartendenkmalpflege, Praktische Denkmalpflege, Gartenkultur, Münster, Philipp Sattler, Stiftung DIE GRÜNE STADT, Berlin:
Gartendenkmalpflege und Bürgerschaftliches Engagement

Anhang 2: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Friedhelm Anderl, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Dornbreite, Lübeck

Marina Anderl, Interessengemeinschaft Dornbreite, Lübeck

Dipl.-Geograph Thomas Arndt, FG II 4.1 Landschaftsplanung, Räumliche Planung und Siedlungsbereich, Bundesamt für Naturschutz, Leipzig

Susanne Arnold, Aachener Stadtbetrieb, GB 4 Grünflächen- und Friedhofswesen, Bereichsleitung Stadtgrün und Stadtbezirke, Aachen

Katja Beczicczka, Bezirksamt Harburg, Abschnittsleitung Stadtgrün, Hamburg

Ute Borchers, DLR Projektträger | Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit | Abteilung Leben, Natur, Vielfalt, Bonn

Monika Borodko-Schmidt, Garten- und Tiefbauamt, Freiburg

Stephanie Breil, HonigConnection, Köln

Kristina Gehm, Mitarbeiterin des Bundes Heimat und Umwelt Deutschland e.V. (BHU), Bonn

Julia Gossenberger, Global Nature Fund, Geschäftsstelle Bonn

Dirk Gotzmann, Civilscape, Bonn

Dr. Inge Gotzmann, Geschäftsführerin des Bundes Heimat und Umwelt Deutschland e.V. (BHU), Bonn

Stefan Grundei, Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V., Berlin

Prof. Dr.-Ing.Thomas Grünebaum, Deutscher Rat für Landespflege e.V. (DRL), Leiter d. Gesch.-Ber. Zentrale Technische Abteilungen, Ruhrverband, Essen

Dr. Corinna Hölzer, Stiftung für Mensch und Umwelt, Berlin

Prof. Adrian Hoppenstedt, Deutscher Rat für Landespflege e.V. (DRL), Hannover

Denise Kemper, Team Konzeption Emscher Landschaftspark, Ref. Regionalpark/ ELP/Freiraumsicherung, Essen

Prof. Dr. Werner Konold, Sprecher des Deutschen Rates für Landespflege, Freiburg

Ronja Leicher, Mitarbeiterin des Deutschen Rates für Landespflege e. V. (DRL), Bonn

Dr. Christa Müller, anstiftung, München

Lisa Neu, Mitarbeiterin des Bundes Heimat und Umwelt Deutschland e.V. (BHU), Bonn

Dr. Nicole Nöske, Bio-Diverse, Bonn

Fabian Paf, Coördinator De Groene Motor, Afdellingshooft Vrijwilligers, Zuid Hollands Landschap, Delft

Iris Pinkepank, HonigConnection, Köln

Markus Radscheit MSc., Techn. Leiter, Botanische Gärten der Universität Bonn

Philipp Sattler, Stiftung DIE GRÜNE STADT, Berlin

Dr. Christiane Schell, Abt. I 2 Grundlagen des Naturschutzes, Bundesamt für Naturschutz, Bonn

Dr. Jennifer Schulz, Institut für Umweltwissenschaften & Geografie, Universität Potsdam

Urte Seiffert-Schollmeyer, Sachkundige Bürgerin Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Stadtentwicklung, Rheinbach

Michaela Shields, Internationale Beteiligungsprojekte, Living Knowledge, Wissenschaftsladen Bonn e.V., Bonn

Dipl.-Ing. Marcus Weiß, LWL-Gartendenkmalpflege, Praktische Denkmalpflege, Gartenkultur, Münster

Rudolf Wittmann, Sachgebiet Grünanlagenpflege, Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, Ingolstadt

Angelika Wurzel, Stv. Geschäftsführerin, Deutscher Rat für Landespflege, Bonn

Dr. Luciana Zedda, Bio-Diverse, Bonn

Christiane Schell & Thomas Arndt

Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün - erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft

Grußwort

Stadtnatur und Biologische Vielfalt haben hohe Bedeutung für uns alle. Sie sind Grundlage für unser Überleben, man denke nur an die positiven Effekte städtischer Grünstrukturen für die Lebensqualität, die Möglichkeit der Naturerfahrung oder – ganz konkret – die Anpassung an den Klimawandel. Diese Aspekte sind in den letzten Jahren intensiv unter dem Stichwort „Ökosystemleistungen" diskutiert worden.

Stadtnatur und Stadtgrün haben dadurch stark an Bedeutung gewonnen. Dies hat auch der Bund aufgegriffen, etwa im Rahmen der Bundesinitiative „Grün in der Stadt". Als konkretes Ergebnis dieser Initiative legten Bund und Länder im Jahr 2017 das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün" auf und unterstützen die Kommunen seitdem mit rund 100 Mio. jährlich bei der Entwicklung der urbanen grünen Infrastruktur[1]. Dies ist sehr erfreulich, zeigt aber auch, aus welcher Perspektive die Entwicklung von Stadtnatur und Stadtgrün betrachtet wird.

Über viele Jahrzehnte hinweg wurde Stadtnatur vor allem als Angebot der Stadt- und Freiraumplanung an die Stadtgesellschaft wahrgenommen. Mit der Weiterentwicklung von Planungsperspektiven im Rahmen des communicative turn wurden die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft zwar zunehmend berücksichtigt, beschränkten sich aber weiterhin vor allem auf Aspekte der Bereitstellung von (öffentlich) nutzbaren, das heißt konsumierbaren Grün- und Freiräumen, wie sie bspw. Parkanlagen oder kleinere Grünflächen darstellen. Wenngleich diese Flächen immense Bedeutung für die Stadtgesellschaft, etwa für Erholung, Bewegung oder Naturerfahrung haben, sind sie doch formellen Ordnungen und Zuständigkeiten unterworfen. Sie formulieren einen Rahmen für den Gebrauch, um Pflege und Unterhaltung zu vereinfachen und nutzungsbezogene Konflikte zu vermeiden. Problematisch an dieser konsumorientierten Perspektive ist, dass gesellschaftlich-emanzipatorische Aspekte nur ansatzweise berücksichtigt werden können.

Gleichzeitig sind in den letzten Jahren Initiativen bürgerschaftlichen Engagements entstanden, die sich vielfältigen Aspekten städtischer Natur widmen und diese mit sozialen Aspekten verbinden. Dies kann als Ausdruck des Wunsches nach einer aktiven Mitgestaltung der Stadt, aber auch als Bekenntnis zu einer ökologischen und sozial orientierten Entwicklung der Stadt und damit auch der Gesellschaft gewertet werden.

Beispiele solcher bürgerschaftlichen Initiativen findet man aktuell sehr prominent in der Urban-Gardening Szene. Hier haben sich in den letzten Jahren mehrere hundert neue Initiativen, vor allem in den größeren Städten, gegründet[2]. Dass diese (Bottom-Up) Initiativen vor allem in Großstädten entstehen, kommt nicht von ungefähr. Denn gerade dort stehen das wachsende Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger an aktiver Gestaltung privater und öffentlicher Grünräume und der Wunsch nach Naturerfahrung einer zunehmenden Kommerzialisierung des öffentlichen Raums gegenüber[3].

Allerdings ist diese Perspektive nicht vom Himmel gefallen. So hat sich das deutsche Kleingartenwesen bereits vor über hundert Jahren aus ganz ähnlichen Intentionen entwickelt. Diesem Anspruch auf das „Recht auf Stadt" und sozialer Teilhabe folgen aber auch andere Projekte. Zu nennen wären hier vor allem die verschiedenen Maßnahmen, die in den letzten Jahren im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt" umgesetzt worden sind. Daran wird deutlich, dass es möglich ist, soziale und ökologische Ziele miteinander zu verbinden und dadurch lebenswerte Stadtquartiere für Mensch und Natur zu schaffen. Dazu könnte ich Ihnen jetzt etliche Beispiele nennen, möchte Sie aber stattdessen auf die Arbeiten der Kolleginnen und Kollegen der DUH hinweisen, die sich mit dieser Thematik intensiv beschäftigt haben[4]. Darüber hinaus existieren weitere prominente Beispiele, bei denen Kommunen in den Dialog mit der Stadtgesellschaft getreten sind und es gemeinsam geschafft haben,

Projekte der ökologischen Stadtentwicklung umzusetzen. Zu nennen ist hier die „Essbare Stadt" Andernach, aber auch das von der Stadt Leipzig unterstütze Gartenprogramm, das es geschafft hat, bürgerschaftliches Engagement zu bündeln und damit aktiv zur Entwicklung einer lebenswerten, grünen Stadt beizutragen. Unterschlagen möchte ich aber auch nicht die vielfältigen Aktivitäten wohnungswirtschaftlicher Akteure und Akteurinnen, etwa in Berlin oder Ingolstadt, die Mieterinnen und Mietern gärtnerischen Aktivitäten in ihrem direkten Wohnumfeld ermöglichen. Die verschiedenen Beispiele zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement vor allem dann gedeihen kann, wenn die dafür notwendigen Strukturen und Kommunikationsangebote geschaffen werden.

Unserem Selbstverständnis nach wollen wir mit unserer Arbeit einen (finanziellen und fachlichen) Beitrag zur Entwicklung lebenswerter Städte und Gemeinden leisten. Dies schlägt sich zum einen in den verschiedenen bundespolitischen Agenden wieder. Angefangen bei der NBS im Jahr 2007, über die Naturschutz-Offensive 2020, das integrierte Umweltprogramm 2030 bis hin zur Initiative „Grün in der Stadt" sowie dem daraus abgeleiteten „Masterplan Stadtnatur", der vor wenigen Wochen in Berlin veröffentlicht wurde, und der im Juni 2019 vom Kabinett verabschiedet werden soll.

Aber wir unterstützen diese Perspektive

1 Die Städtebauförderung ist eine Drittelförderung von Bund, Ländern und Kommunen (1/3 Bund, 1/3 Länder, 1/3 Kommunen). Der Verpflichtungsrahmen des Bundes beträgt 50 Mio. Euro. Mit den Länderbeihilfen in selber Höhe ergibt das 100 Mio. Euro die jährlich in die Kommunen fliesen. Die Finanzierung des Programms „Zukunft Stadtgrün" bis 2021 gesichert.

2 Vgl. https://anstiftung.de/urbane-gaerten/gaerten-im-ueberblick.

3 Vgl. Rosol (2017): gemeinschaftlich gärtnern in der neoliberalen Stadt? In: Kumnig, Rosol & Exner (2017): Umkämpftes Grün, zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten, transcript.

4 Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat im Projekt „Grünflächen in der Sozialen Stadt" die Umsetzung von Grün- und Freiräumen im Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt" untersucht und Workshops in drei Modellquartieren mit lokalen AkteurInnen durchgeführt. Ziel war die gezielte Verbreitung des gewonnen Wissens an relevante AkteurInnen und MultiplikatorInnen (z.B. an das Quartiersmanagement). Im Ergebnis wurde ein Handlungsleitfaden für Kommunen zur Kompetenzstärkung und erfolgreichen Umsetzung von Beteiligungsprojekten im Grünbereich entwickelt. Das Projekt wurde von BMU/UBA gefördert. BfN war im Rahmen der PAG beteiligt. Weitere Informationen zum Projekt sowie die Ergebnisbroschüre finden Sie auf der Projekthomepage der Deutschen Umwelthilfe unter https://www.duh.de/gruensozial/.

auch ganz praktisch, etwa durch die finanzielle und fachliche Unterstützung im Bundesprogramm Biologische Vielfalt, in der Ressortforschung oder in der Verbändeförderung.

Unser Ziel ist es, unsere Städte und Gemeinden zu lebenswerten Orten zu machen. Dazu reicht es aber nicht aus, Grünflächen naturnah zu gestalten. Wichtig ist auch die Möglichkeit der Mitgestaltung, denn erst dadurch entsteht Identifikation und gesellschaftliche Teilhabe, welche die Grundlagen für ein gutes Leben darstellen. Und ganz ehrlich: Ohne die Mithilfe von Ihnen, also den Bürgerinnen und Bürgern und Naturschutzaktiven, die sich seit Jahren in Verbänden und Initiativen engagieren, wären wir nicht dort, wo wir jetzt sind. Von daher ist es erfreulich, dass der Deutsche Rat für Landespflege (DRL) und der Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU) sich des Themas annehmen und dazu mit Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Verbänden diskutieren wollen. Ich denke, wir können viel voneinander lernen und dieses Wissen nutzen, um unsere Städte und Gemeinden zu lebenswerten Orten für uns alle zu machen.

Anschriften der Verfasser:

Dr. Christiane Schell
Bundesamt für Naturschutz
Konstatninstr. 110
53179 Bonn
E-Mail: Christiane.Schell@BfN.de

Thomas Arndt
Bundesamt für Naturschutz
Alte Messe 6
04103 Leipzig

Paulstr. vorher (Foto: B. Denkel)

Paulstr. nachher (Foto: B. Denkel)

Michaela Shields

Treffpunkt Vielfalt - PikoPark: Naturnahe Gestaltung von Freiflächen in Wohnquartieren

Zusammenfassung

Das bundesweite Modellprojekt „Treffpunkt Vielfalt – PikoPark" gestaltet gemeinsam mit Wohnungsunternehmen und Mieterinnen und Mietern fünf naturnahe Parks – mit Mehrwert für Menschen, Pflanzen und Tiere. Als Erholungs- und Begegnungsorte in städtischen Wohnquartieren tun sie dem sozialen Miteinander gut, fördern die Artenvielfalt und helfen bei der Klimaanpassung.

Das Projekt zielt darauf ab, Bürgerinnen und Bürger durch Informations-, Bildungs- und Beteiligungsveranstaltungen selbst in die Lage zu versetzen, ihre Umgebung naturnah zu begrünen, nach ökologischen Gesichtspunkten zu pflegen und aktiv mit zu gestalten. So entstehen – ganz im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung – Modellflächen für kleine, mit heimischen Pflanzen naturnah gestaltete Parks, in denen die Menschen die Natur vor ihrer Haustür erleben und wertschätzen können. Wohnungsunternehmen können auf den von ihnen verwalteten Flächen maßgeblich dazu beitragen, die städtische Lebens- und Wohnqualität zu verbessern. So können sie insbesondere grüne Abstandsflächen in blühende und attraktiv gestaltete Außenflächen verwandeln und sie nach ökologischen Gesichtspunkten pflegen.

In dem Projekt arbeitet der Wissenschaftsladen Bonn e. V. (WILA) mit Wohnungsunternehmen zusammen, die Teile ihrer verwalteten Flächen für den neuen naturnahen Grünflächentyp „Piko Park" zur Verfügung stellen. („Piko" abgeleitet von „piccolo" soll anzeigen, dass es sich um einen kleinen Park handelt). Diese Flächen werden gemeinsam mit Mieterinnen und Mietern des Wohnungsunternehmens entwickelt und umgesetzt und können von den Bewohnerinnen und Bewohnern wohnungsnah als Orte der Begegnung, Erholung und Integration genutzt werden.
Für die Erstellung des PikoParks stellt das beteiligte Wohnungsunternehmen eine (halb)öffentliche Fläche von ca. 300 m² zur Verfügung.

Hintergrund und Ziele des Projektes

Das Projekt „Treffpunkt Vielfalt – PikoPark" ist Teilprojekt des bundesweiten Modellprojekts „Treffpunkt Vielfalt – naturnahe Gestaltung und Pflege von Freiflächen in Wohnquartieren", welches der WILA Bonn zusammen mit der Berliner Stiftung für Mensch und Umwelt durchführt. Gefördert wird das Projekt im Bundesprogramm für biologische Vielfalt mit Mitteln des Bundesumweltministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. In Erfurt, Bonn und Dortmund sind in 2018 die ersten PikoParks entstanden. Zwei weitere entstanden im Mai 2019 in Remscheid und Speyer. Die gesamte Projektlaufzeit ist 3,5 Jahre bis März 2021.

Mit dem Verlust von Grünflächen als Lebensräumen rückt der Schutz und Erhalt der heimischen Artenvielfalt im urbanen Raum immer stärker in den Fokus. Ein enormes Potenzial bieten hier die Grün- bzw. Freiflächen der städtischen Wohnquartiere, auch in ihrer Erholungsfunktion für Anwohner. Naturnah gestaltet und gepflegt, könnten diese Rückzugsorte für heimische Pflanzen und Tiere sein und den Menschen Natur vor die Haustüre bringen.

Der Projektansatz richtet sich an Mieterinnen und Mieter und Quartiersbewohner und möchte diese für eine naturnahe Gestaltung ihres Wohnumfeldes gewinnen. Hierzu wird ein neuer Grünflächentyp eingeführt – „PikoPark".

Der PikoPark wird ausschließlich mit heimischen, standortgerechten Stauden, Sträuchern und Bäumen bepflanzt. Schmetterlinge, Bienen und Vögel finden in exotischen und hochgezüchteten Pflanzen wie zum Beispiel Thuja oder Forsythien nicht das, was sie zum Leben brauchen. Heimische Bäume,

Pflanzaktion mit Anwohnerinnen und Anwohnern (© WILA Bonn).

Sträucher und Blumen wie Kornelkirsche, Holunder oder Wildrose dagegen versorgen Vögel, Wildbienen, Käfer und andere Tiere mit nahrhaften Beeren, Blütennektar und Lebensraum. Sie stärken die Vielfalt der standorttypischen Natur.

Durch Pflanzmodule wie Trockenmauern, Kalkschotterhügel, Blumenschotterrasen, Totholz (z. B. als Beetumrandung oder Sitzgelegenheit) erfährt der Park auf der kleinen Fläche eine naturnahe Vielfalt an Gestaltungselementen und Lebensräumen für Tiere und Insekten.

Zielgruppen

Die Wohnungsunternehmen sind in diesem Projekt ein starker Partner bei der Gestaltung nachhaltiger lebenswerter städtischer Freiräume. Sie stellen ca. 300 m² ihrer (halb)öffentlichen Fläche zur Anlage eines PikoParks zu Verfügung und sind mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Quartiers-/ Sozialmanagement eine wichtige Schnittstelle zwischen dem Wissenschaftsladen, den Naturgärtnern und den Mieterinnen und Mietern im Wohnquartier.

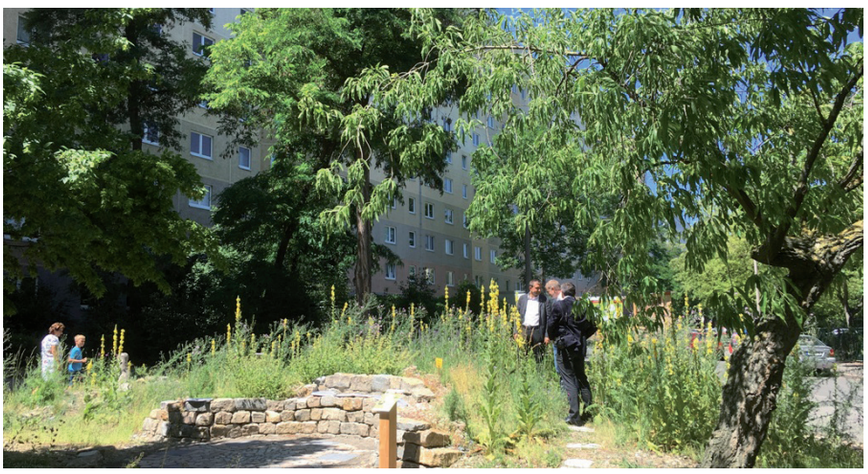
Die Zielgruppe „Mieterinnen und Mieter/ Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner“ zeichnet sich besonders durch ihre Vielfalt bezüglich Altersstruktur, Bildungsstand und kulturellem Hintergrund aus.
Um einer so „breitgefächerten“ Personengruppe einen Zugang zur Erholung in Natur vor der Haustür zu eröffnen, wird den Mieterinnen und Mietern eine naturnahe Grünfläche angeboten, die einen klar zu erkennenden persönlichen Nutzen (Erholungsnutzung, Begegnungsort, Naturerlebnis) bietet. Sie werden von Beginn an bei der Planung und Gestaltung des Parks mit einbezogen, um einen engeren Bezug zu dem Park herzustellen und eine nachhaltige Pflege zu ermöglichen.

Aufbau von Strukturen zur nachhaltigen Pflege des PikoParks

Mit der Planung, Anlage und Pflege von PikoParks wird der Aufbau lokaler Strukturen erprobt, mit denen die Identifikation der Mieterinnen und Mieter/ Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner mit ihrem Wohnviertel langfristig verbessert werden und ihnen gleichzeitig auch die naturnahe Gestaltung nahegebracht, der Hintergrund und den Nutzen vermittelt und sie letztlich für den Schutz der biologischen Vielfalt gewonnen werden können.
Dies wird umgesetzt, in dem das Wohnungsunternehmen die Fläche zur Verfügung stellt und die interessierten Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner des Wohnquartiers unter fachlicher Anleitung ihre Wünsche und Ideen für die Gestaltung des PikoParks einbringen und beim Bau der Trockenmauer und der Pflanzung aktiv beteiligt werden. Auch bei der Pflege werden die Mieterinnen und Mieter des Wohnungsunternehmens einbezogen.

Ziel ist es, anhand konkreter Beispiele und einer intensiven Kommunikations- und Bildungsarbeit die Akzeptanz für das ökologische Grünflächenmanagement bei den Wohnungsunternehmen, der Mieterschaft und den für Gartenpflege zuständigen Dienstleistungsbetrieben zu fördern und ihre Handlungsbereitschaft zu mobilisieren. Informationsveranstaltungen, Schulungen, Planungs- und Umsetzungsworkshops sowie Mitmachaktionen für die Zielgruppen und begleitende Projektmaterialien ergänzen das Angebot.

Gestaltungsplan gemeinsam mit Mieterinnen und Mietern.(© WILA Bonn).



Eröffnungsfeier PikoPark Erfurt. (© WILA Bonn).

Netzwerk im Quartier für den Piko-Park

Um Mieterinnen und Mieter/ Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner zu informieren und sie für eine aktive Teilnahme an der Gestaltung und auch Pflege des kleinen Parks zu gewinnen, ist es notwendig, einen zivilgesellschaftlichen Akteur, einen sogenannter „Anker“, im Wohnquartier zu gewinnen.
Dieser bildet eine Schnittstelle zu Mieterinnen und Mietern, Anwohnerinnen und Anwohnern und weiteren Multiplikatoren im Wohnquartier. Daher wurden zunächst entsprechende Akteure ermittelt, wie z. B. Vereine, Initiativen, Quartiersmanagements, gut vernetzte und engagierte Einzelpersonen etc. Dieser „Anker“ im Quartier bildet die Basis für einen weiteren Netzwerkaufbau.

Meilensteine zur Entstehung des Parks

In Absprache mit den kooperierenden Wohnungsbauunternehmen erfolgte die Festlegung der Flächen für die PikoParks. Die Standorte wurden möglichst halböffentlich gewählt um die „Strahlkraft“ im Quartier zu erhöhen. Auf diese Weise profitieren nicht nur die Mieter, sondern auch weitere Quartiersbewohner von der naturnahen Erholungsfläche.

(© WILA Bonn)

Anwohnerinnen und Anwohner sind eingeladen, unter fachlicher Leitung an der Entstehung des kleinen Parks in ihrem Wohnquartier mitzuwirken. Sie bekommen dabei keine vollendete Planung vorgesetzt, sondern können sich von Beginn an bei der Planung, Gestaltung und Pflege der Fläche aktiv einbringen. Verschiedene Mitmachaktionen laden dazu ein, altbekannte oder neue Nachbarinnen und Nachbarn zu treffen und mehr über den Wert der heimischen Natur zu erfahren.

Im Rahmen des Projektes werden mehrere Pflegeworkshops durchgeführt, so dass alle Beteiligte ein Grundwissen erhalten, was das Besondere an einer naturnahen Gestaltung und Pflanzung ist und wie dieser naturnahe Treffpunkt der Vielfalt zu pflegen ist.
Sehr schnell wird klar, dass Insektengift und Dünger unerwünscht sind, da die Zusammensetzung von Boden und Bepflanzung und die Auswahl der Pflanzen optimal auf einander abgestimmt sind.
Während der Projektlaufzeit werden zweimal pro Jahr Pflegeworkshops angeboten, bei denen die Beteiligten mehr über den Wert der heimischen Pflanzen und Tiere in ihrem PikoPark erfahren und lernen, wie er zu pflegen ist.

Pilotprojekt für weitere naturnahe Flächen in Wohnquartieren

Die Erfahrungen aus den Beteiligungs- und Umsetzungsprozessen fließen in einen neuen praxisorientierten Handlungsleitfaden ein. Dieser liefert Wohnungsunternehmen, Mieterinnen und Mietern, Gartenbaubetrieben und anderen Interessierten künftig konkrete Hilfestellungen zur naturnahen Flächenumgestaltung.

Anschrift der Verfasserin:

Michaela Shields
Wissenschaftsladen Bonn e. V.
Reuterstr. 157
53113 Bonn
E-Mail: michaela.shields@wilabonn.de

Stefan Grundei

Kleingärten bei der Stadtplanung mit- und neugedacht: Ein Weg zu mehr Lebensqualität bei gleichem Flächenbedarf

Der Zug in die „Schwarmstädte“ bzw. in die prosperierenden Ballungszentren wird auf absehbare Zeit eine der Konstanten sein, mit der Stadt- und Regionalplanung in Deutschland rechnen müssen.

In der Praxis führte und führt dies in den Ballungszentren zur Planung komplett neuer Stadtteile (z. B. Öjendorf (Hamburg), Elisabeth-Aue (Berlin)) sowie der steten Suche nach baulichem Nachverdichtungspotenzial.

Eine der größten Herausforderung für die Stadtplaner lautet in diesem Zusammenhang: Wie kann für die neuen Bewohner trotz des steigenden Bedarfs an Wohnfläche auch noch in ausreichendem Umfang qualitativ hochwertige Grünfläche zur Verfügung gestellt werden?

Das Dilemma dabei ist offensichtlich: Um Wohnraum zu schaffen, nimmt man oftmals innerstädtische Freiflächen in Anspruch. Gleichzeitig liegt auf der Hand, dass steigende Einwohnerzahlen auch zu einem steigenden Bedarf an Frei- und hier insbesondere an Grünflächen führen.

Im Hinblick auf die oft schwierige Haushaltslage der großen Städte, schwingt dabei auch immer die Frage mit: Wie können die eingeplanten Grünflächen so gestaltet werden, dass sie für die Nutzer zwar abwechslungsreich und attraktiv sind, aber für die kommunale Verwaltung keinen untragbaren Pflegeaufwand bedeuten?

Zusammengefasst lautet die Gretchenfrage bei zukünftigen Stadtplanungen also:

Wie können die zu planenden Grünflächen abwechslungsreich gestaltet werden, dabei auf beschränkter Fläche einer möglichst großen Anzahl von Nutzern zugute kommen und gleichzeitig möglichst geringe Pflegekosten verursachen?

Einen möglichen Beitrag zur Lösung des Problems kann ein ebenso altes, wie bei vielen Stadtplanern oftmals vergessenes Instrument bieten: Kleingärten!

Denn intelligent gestaltete Kleingärten können in verschiedensten Bereichen zu einer effizienteren Nutzung der in unseren Städten nur begrenzt vorhandenen Grün- und Freiflächen beitragen. Dies gilt bei:

1. der Neuplanung von ganzen Stadtquartieren

2. der Umgestaltung und Weiterentwicklung von Stadtquartieren im Sinne von Städtebaumaßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in Stadtquartieren

3. der projektbezogenen Suche nach möglichen Grünflächen für bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün.

Um also mit einer provokanten These zu starten: Eine modern gestaltete Kleingartenanlage, eingebettet in einen öffentlichen Park und angrenzend an Geschosswohnungsbau ist die effizienteste Art eine Grünfläche zu nutzen!

Kleingärten in der modernen Stadtentwicklung? Das ist leider immer noch für manche Stadtplaner und Landschaftsarchitekten erst einmal ein Widerspruch. Denn machen wir uns nichts vor! Woran denken viele Menschen, wenn sie das Wort „Kleingarten“ hören?

An eine Ansammlung von rechteckigen Parzellen! Die Wohlmeinenden denken dann „quadratisch, praktisch, gut“! Die Kleingartenskeptiker denken dazu noch an hohe Hecken, eine abgeschlossene Anlage, die sich wie eine grüne Trutzburg in einer abgeschotteten Randlage der Stadt verschanzt! Im Zusammenhang mit einer städtischen Grünfläche sähe das dann schematisch so aus:

Abb. 1 © BDG.

Merkmale bei dieser Planung sind:

- die Anlage ist am Stadt(quartiers)rand gelegen;
- die Anlage bildet eine Sackgasse;
- für Nichtvereinsmitglieder sind die Wohlfahrtseffekte, die Kleingartenanlagen für die angrenzenden Stadtquartiere haben (positiver Einfluss auf die Klimaresilienz der Stadt, positiver Einfluss auf die Biodiversität, Freizeitangebot für die Stadtbewohner, etc.), eher selten unmittelbar erlebbar.

Eine andere Möglichkeit bei gleichem Flächenverbrauch könnte so aussehen:

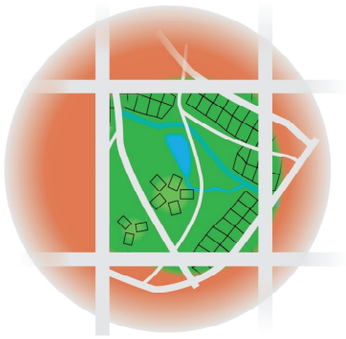


Abb. 2 © BDG.

Allgemeine Merkmale hier sind:

Offenheit, großzügige Sichtachsen, eingebettet in großzügiges Gemeinschaftsgrün mit fließenden Übergängen zum öffentlichem Grün, das zusätzlich auch dem angrenzenden Stadtquartier dient (Spielplätze; Sitzgelegenheiten; großzügige Spazierwege, die entlang gepflegter Parzellen Stadtquartiere miteinander verbinden und zum Flanieren einladen).

Flächen sind knapp; daher lohnt es sich zu vergegenwärtigen:

Eine modern, gestaltete Kleingartenanlage, eingebettet in einen öffentlichen Park und angrenzend an Geschosswohnungsbau ist die effizienteste Art eine Grünfläche zu nutzen. Denn mehrere Nutzungsarten überlappen sich hier nicht nur konkurrenzlos; sondern sie ergänzen sich vielmehr. Öffentliches Grün und individuelle Nutzung ergänzen sich: Der Wunsch nach „Grün ansehen“ und „Grün anpflanzen und pflegen“ ergänzt sich so, dass sich bei intelligenter Planung

Ein ehemals mit Fördermitteln erichteter Schulgarten (Foto: S. Grundei).

eine Win-win-Situation für die gesamte Stadtgesellschaft ergibt!

Selbst in Innenstadtbereichen wird ein großer Teil der Flächen in öffentlichen Parks nicht als Verkehrs- oder Aufenthaltsfläche für die Anwohner benötigt, sondern um den Nutzern des Parks optisch etwas zu bieten.

Denn was will der Spaziergänger sehen? Gärtnerisch abwechslungsreich gestaltetes Grün. Wenn er dabei noch beobachten kann, wie andere Menschen dieses Grün pflegen und nutzen, dann tut das seinem Nutzengewinn keinen Abbruch – im Gegenteil.
Und was bekommt er oftmals beim Grün in der Stadt zu sehen:

- Beim (im Alter nicht mehr gewollten) Hausgarten?
- Bei der vernachlässigten Parkfläche im hinteren Winkel des ungepflegten Parks?
- Bei der von Wohnungsbaugesellschaften „erduldeten" Abstandsfläche (permanenter Pflegeaufwand bei oftmals geringer Aufenthaltsqualität) zwischen Geschosswohnungsbauten?

Im Kleingarten liegt die Verantwortung für das Grün bei dem, der es nutzen und pflegen will; ansonsten wird es weitergegeben. Effizienter geht es hinsichtlich der Pflege(kosten) nicht.

Vorteile für die Stadt sind:

- Pachteinnahmen statt Pflegekosten für weite Teile des Grüns.
- Dauerhafte und nachhaltige Bereitstellung und Verwaltung sozialer Infrastruktur durch die örtliche Kleingärtnerorganisation, von der bei intelligenter Planung andere Einrichtungen profitieren können: Schulgärten; Kindergartengärten; Gemeinschaftsgärten.
- Soziale Quartiersarbeit – Stichwort Integration – wird quasi nebenbei durch den Verein geleistet.

Zwei Dinge haben die meisten Städte nicht im Überfluss und daher im Regelfall nicht zu verschenken: Geld und Platz; sprich: Flächen!

Daher folgt eine – nicht einmal vollständige – Sammlung von Vorschlägen möglicher Flächen, die im Sinne multicodierter Räume kleingärtnerisch genutzt werden können:

- Bereits genannt: intelligent genutzte Flächen öffentlicher Parks im Sinne multicodierter Räume.
- Abstandsgrün zwischen Geschosswohnungsbau: Als moderne Form von Mietergärten, die kostengünstig von der Kleingärtnerorganisation gemanagt werden. Die Gärten sollten so gestaltet sein, dass sie flexibel bei Bedarf einzelnen Wohnungen zugeordnet werden können (so z. B. den „Terrassenbereich" im Erdgeschoss erweitern), aber auch an Externe vergeben werden können.
- So wird kein Mieter, keine Mieterin/ kein Eigentümer , keine Eigentümerin mehr zu „lebenslanger Gartenpflege verurteilt". Dadurch fallen Effizienzgewinne bei der Nutzung „auf der Zeitachse" an: Der zu Ineffizienz führende Wunsch, die Wohnung im Alter zu behalten, zwingt nicht mehr dazu, einen Garten zu blockieren" entfällt.
- Intelligent gestaltete Verzahnung von Stadtplanung und Eingriff-Ausgleichs-Regelungen könnte gerade für die Stadtstaaten interessant sein: Anstatt weit entfernt vom Eingriffsort (Bremen weicht z. B. nach Niedersachsen aus) Ersatzmaßnahmen vorzunehmen, könnten dauerhaft ökologisch aufgewertete Flächen in das (Gemeinschafts-)Grün der Kleingartenparks integriert werden. Statt Umsetzung der „reinen Lehre in der Ferne" könnte so in unmittelbarer Nähe des Eingriffs ein Ausgleich geschaffen werden.

Als Schlussfolgerung kann man das Plädoyer eigentlich kurzhalten: Entsprechende Grünflächen bei der Neuplanung von Stadtquartieren mit einplanen! Das bringt bei intelligenter Planung zahlreiche Vorteile für die Stadt und das angrenzende Stadtquartier.

Flächen für Bürgerschaftliches Engagement nachhaltig planen

Dieselben Überlegungen, die im Zusammenhang mit der Neuplanung von ganzen Stadtquartieren gelten, haben natürlich auch hinsichtlich der Umgestaltung und Weiterentwicklung von Stadtquartieren im Sinne von Städtebaumaßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität ihre Gültigkeit. Auch hier lohnt es sich also, für intelligente Stadtplanung das Instrument modern gestalteter Kleingartenanlagen mit zu berücksichtigen.

Einen Sonderfall stellt die projektbezogene Suche nach möglichen Grünflächen für bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün dar:

Neben sehr vielen gelungenen Projekten findet hier nicht selten ein sehr ineffizienter Umgang sowohl mit öffentlichen Mitteln als auch mit öffentlichen Flächen statt. Im Extremfall werden mit öffentlichen Mitteln Grünflächen für ein bestimmtes Projekt hergerichtet. Nicht selten werden für dieses Projekt dann für eine begrenzte Laufzeit hauptamtliche Kräfte eingestellt, um das Projekt zu managen und am Laufen zu halten. Mit dem Auslaufen der im Regelfall zeitlich begrenzten und projektbezogenen Verträge der hauptamtlichen Kräfte wird dann oftmals die Grünfläche auch dem öffentlichen Verfall preisgegeben.

Nicht immer muss das Ergebnis dann so extrem aussehen wie dieser ehemals mit öffentlichen Mitteln geförderte Schulgarten in Berlin, der aktuell Bestandteil einer ver-

wahrlosten öffentlichen Grünfläche ist.

Für findige Kommunalverwaltungen liegt es natürlich auf der Hand: Wenn für ein Projekt bürgerschaftlichen Engagements im öffentlichen Grün eine Grünfläche gesucht wird, sollte im ersten Schritt zumindest gemeinsam mit der örtlichen Kleingärtnerorganisation geprüft werden, ob eine solche Fläche sich nicht auch im Verwaltungsbereich der Kleingärtnerorganisation finden lässt, bzw. ob sich eine solche Fläche nicht auch in Kooperation mit der örtlichen Kleingärtnerorganisation schaffen lässt.
Dies dürfte im Regelfall bei langfristiger Betrachtung der effizientere Weg sein, eine Fläche zu nutzen: Die örtliche Kleingärtenorganisation bietet ohnehin die notwendigen Strukturen für eine Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und bürgerschaftlichem Engagement – im Zweifelsfall zu deutlich geringeren Kosten als sie für den Aufbau von temporären Parallelstrukturen anfallen.

Denn das wird auch gerne vergessen, wenn man im grünen Bereich von „Bottom-up-Initiativen" redet, die auf „Self-Empowerment" setzen und dabei im Bereich „Urban Gardening" bzw. „Urban-Farming" unterwegs sind: Reduziert man diese Marketingschlagworte auf ihren Wesenskern, dann sind die Kleingärtnervereine mit ihren örtlichen Dachorganisationen genau das, was mit diesen Schlagworten hoch gelobt wird: Die Vereine und Organisationen stellen selbstverwaltet und selbstorganisiert in unseren Städten und Gemeinden seit Jahrzehnten den Menschen Flächen zum Gärtnern zur Verfügung.

Ein wesentlicher Unterschied zu manchen mit öffentlichen Geldern geförderten Projekten, ist – neben der bei den Kleingärtnerorganisationen oft geringer ausgeprägten Marketing-Fähigkeit – der Umstand, dass diese Organisationen des Kleingartenwesens tatsächlich selbstverwaltet sind und nebenbei Pachteinnahmen für die Kommunen generieren.

Das bewährte Bundeskleingartengesetz, das die Flächen vor Bebauung und die Pächter vor willkürlichen Pachtpreiserhöhungen schützt, bietet hier einen immer noch zeitgemäßen Rahmen, innerhalb dessen grundsätzlich auch verschiedene externe Projekte integriert werden können.

Notwendige Voraussetzung, um das Potenzial von Kleingärten auszuschöpfen ...

Was sind die Voraussetzungen, um bei den oben betrachteten drei Herausforderungen (Neuplanung, Umgestaltung und Weiterentwicklung, projektbezogene Suche nach Grünflächen für bürgerschaftliches Engagement) langfristig erfolgreich das Potenzial, das Kleingärten der Stadtgesellschaft bieten, auszuschöpfen?

Bei allen drei Projektfeldern müssen folgende Gruppen Voraussetzungen für einen dauerhaften Erfolg der Projekte mitbringen:

1. Stadtplanung: Hier muss in Ausbildung und Praxis wieder das Instrument „Kleingärten" in den Fokus genommen werden. Die zahlreichen und qualitativ oftmals hochwertigen Beiträge zum BDG -Wissenschaftspreis 2019 stimmen dabei optimistisch, dass zumindest beim akademischen Nachwuchs das Potenzial von Kleingärten wieder stärker in den Fokus rückt.

2. Kommunale Entscheidungsträger und Verwaltung: Grundsätzliche Voraussetzung hier ist natürlich auch ein Bewusstsein für das Potenzial von Kleingärten. Darüber hinaus ist in der aktuellen Situation teilweise die personelle Ausstattung der mit den Themen „Stadtplanung" und „Kleingartenflächen" betrauten Verwaltung ein Problem. Denn klar ist: Verwaltungen, die personell am Anschlag arbeiten, werden in der Regel deutlich mehr Mühe bzw. deutlich weniger Motivation haben, innovative Projekte mit hohem Abstimmungsbedarf anzupacken und erfolgreich durchzuführen. In der ein oder anderen Kommune wäre schon viel damit getan, wenn man kritisch überprüfen würde, ob die Relation der Ressourcenaufteilung innerhalb der Verwaltungsstrukturen sinnhaft ist: Nicht immer scheint das Verhältnis der Ressourcenaufteilung zwischen „Verwaltung klassischer Kleingartenflächen" einerseits und „Verwaltung vermeintlich modernerer Garten-Formen" in einem zwingend schlüssigen Verhältnis hinsichtlich betreuter Fläche oder betreuter Nutzer zu stehen.

3. Analog zu Politik und Verwaltung müssen auch die Kleingärtnerorganisationen selbst, die professionelle Ansprechpartner auf Augenhöhe für die kommunalen Verwaltungen sein müssen, auf ausreichende personelle Ausstattung ihrer Strukturen achten. Passen die personellen Ressourcen zu den immer komplexer und herausfordernder werdenden Aufgaben, die die professionelle Verwaltung und die notwendige Weiterentwicklung der ihnen anvertrauten Flächen bringt? Dazu zählt auch die Fähigkeit, neue Varianten des Gärtnerns in der Stadt mit unter den Schutz des bewährten Bundeskleingartengesetzes zu stellen.

Bei allen drei Punkten geht es letztendlich natürlich auch um Ausstattung der einzelnen planenden und ausführenden Akteure: z. B. entsprechende Stellenschlüssel in der Verwaltung oder auskömmliche Beitragsstrukturen bei den Kleingärtnerorganisationen.

Es liegt auf der Hand, dass, je professioneller und besser ausgestattet die einzelnen Akteure sind, desto größer die Wahrscheinlichkeit ist, dass sie auch die Planungsvorbereitungen für innovative Projekte erfolgreich angehen.

… ist auch die Weiterentwicklung der Städtebauförderung

In der Planungsphase entsprechender Vorhaben (Neuplanung, Umgestaltung, projektbezogene Suche nach Grünflächen für bürgerschaftliches Engagement) können im Einzelfall fehlende Ressourcen der oben genannten Gruppen noch durch Idealismus, Enthusiasmus für das Projekt notfalls ausgeglichen werden; auch wenn die Chance auf Initialisierung entsprechender Projekte bei zu knapper Ressourcenausstattung rapide sinkt. Spätestens aber, wenn es zur baulichen Umsetzung der Maßnahmen kommen soll, steht und fällt der Erfolg mit der möglichen Finanzierung. Umso verwunderlicher ist es, dass bisher die Verwaltung von Bund und Ländern das Instrument der Städtebauförderung nicht so ausgestaltet, dass es zweifelsfrei für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Modernisierung von Kleingartenflächen genutzt werden kann.

Eigentlich erstaunlich, denn das riesige Potenzial, das die bisher von der Städtebauförderung „vergessenen" Kleingartenareale für die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden haben könnten, wird auch in einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) deutlich. Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Studie „Kleingärten im Wandel – Innovationen für verdichtete Räume" wird der Leiter des BBSR, Dr. Markus Eltges, wie

folgt zitiert:

„Kleingärten sind Orte gemeinschaftlicher Erlebnisse, der Erholung und Freizeitgestaltung. Sie stärken das Miteinander und fördern die Integration. Sie tragen zu einem besseren Stadtklima und einer vielfältigen Stadtnatur bei. Das bürgerschaftliche Engagement der Vereine fördert den Erhalt von Grün- und Freiräumen. Die Studie zeigt, wie sich die grünen Oasen auch in den dicht bebauten Städten entwickeln lassen, damit möglichst viele Menschen davon profitieren.“
(siehe: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Service/Medien/2019/kleingaerten-2019.html)

Was die sehr gelungene Studie naturgemäß nicht aufzeigt, sind Finanzierungsmöglichkeiten für die gewünschte Weiterentwicklung dieser sich überwiegend im kommunalen Besitz befindlichen Flächen.

Der BDG drängt darauf, die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Modernisierung von Kleingartenflächen als mögliche Maßnahme bei der Neuordnung der Städtebauförderung explizit aufzunehmen.Durch die bisherigen Erfahrungen steht für den BDG fest, dass nur die explizite Nennung von Kleingartenflächen dazu führen kann, dass Städtebaufördermittel auch für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Kleingartenflächen eingesetzt werden. Ohne diese Nennung – mindestens im Rahmen der anstehenden Verwaltungsvereinbarung – wird das große Potenzial, das Kleingartenflächen beispielsweise für die Klimaresilienz der Städte bieten, weiterhin nicht durch die Städtebauförderung aktiviert werden.

Aus fachlicher Sicht müsste dieses Ziel zumindest im Sinne der Bundesregierung liegen, da sich im Zusammenhang mit den in der Bundestags-Drucksache 19/10365 „Stadtentwicklungspolitik und Städtebauförderung ab 2020“ formulierten möglichen Zielen der Städtebauförderung die Einbeziehung von Kleingartenflächen geradezu aufdrängt. In der Drucksache 19/10365 wird unter Verweis auf „Ökologie“ und die „Aktivierung, Beteiligung und partnerschaftliche Zusammenarbeit von und mit Bürgerinnen und Bürgern“ als Querschnittsthemen eine mögliche Konzentration der Förderung auf drei Themen gesehen:

- dem Erhalt von Stadt- und Ortskernen als identitätsstiftende Bereiche (Sicherung und Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen und Stärkung der Funktionsvielfalt; (…); Konzentration auf die Innenentwicklung etc.),

- der sozialen Stadtentwicklung und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Förderung der sozialen Quartiersentwicklung zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts für alle Bevölkerungsgruppen; Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität und Nutzungsvielfalt in Stadt- und Ortsteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf; Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit, Integration, Bildung und Teilhabe, Schaffung von Orten für Begegnung und Austausch; demografische Anpassung),

- der nachhaltigen Modernisierung der Städte und Gemeinden (klimagerechter Umbau/Klimaanpassung; Umstrukturierung einschließlich Brachenrevitalisierung und Leerstandsbeseitigung/Abriss; (…); Stadtgrün, demografische Anpassung; Mobilität; bedarfsgerechte Anpassung und Modernisierung der städtischen Infrastruktur etc.).

Im Zusammenhang mit diesen Zielen wird offensichtlich, welch großes Potenzial die Flächen von Kleingartenarealen für die Stadtentwicklung und dabei die Erreichung der im Zusammenhang mit den Städtebauförderprogrammen genannten Ziele haben können: Gut formulierte Programme der Städtebauförderung könnten wesentlich dazu beitragen, durch Modernisierung, Aufwertung der Gemeinschaftsflächen sowie eine noch bessere öffentliche Zugänglichkeit der Gemeinschaftsflächen von Kleingartenanlagen einen noch größeren Nutzen für alle Menschen im angrenzenden Stadtquartier zu schaffen. Die Schaffung von Kleingartenparks mit einem großen Anteil von frei zugänglichem, öffentlichem Grün ist hier ein konkretes Beispiel. So könnten eben auch in größerem Maße Grünflächen für bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün entstehen, die ebenso dauerhaft wie nachhaltig genutzt werden.

Eingangsbereich der Kleingartenanlage Castrop-Rauxel Nord, Castrop-Rauxel (Foto: Th. Wagner).

Fazit

Klar ist: Kleingartenanlagen leisten bereits jetzt überall in unserem Land einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in Städten und Gemeinden. Aber gerade in wachsenden Schwarmstädten mit großem Flächennutzungskonkurrenzdruck gibt es zahlreiche nicht modernisierte Altanlagen, durch deren Modernisierung und konzeptionelle Weiterentwicklung auch erheblich die Lebensqualität in den angrenzenden Stadtquartieren verbessert werden kann. Es ist eigentlich erstaunlich, dass dieses erhebliche Potenzial für mehr Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden bisher oftmals nicht ausgeschöpft wird. Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Modernisierung von Kleingartenanlagen sollte auch im ureigensten Interesse verantwortlicher Stadtplanung liegen.
Dabei macht die oben zitierte Studie Hoffnung, dass bei allen Beteiligten die Bereitschaft steigt, dieses Thema zukünftig noch aktiver anzugehen. Es ist allen Verantwortlichen in Planungswissenschaften, Politik, Verwaltung und Kleingärtnerorganisationen zu wünschen, dass sie diesen Weg konsequent weitergehen – im Sinne der Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden.

Anschrift des Verfassers:

Stefan Grundei
Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V.
Platanenallee 37
14050 Berlin
E-Mail: grundei@kleingarten-bund.de

Corinna Hölzer

Treffpunkt Vielfalt - Naturnahe Gestaltung und Pflege von Wohnquartieren

Mit dem neuen Modellprojekt „Treffpunkt Vielfalt“[1] etablieren die Stiftung für Mensch und Umwelt, Berlin, und der Wissenschaftsladen Bonn e. V. mit ausgewählten Wohnungsunternehmen ein Grün- und Freiflächenmanagement, das nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet ist. Es entstehen attraktive Orte zur Erholung sowie Naturerfahrungsräume, die mit heimischen nektar- und pollenreichen Pflanzen, Wasserstellen, Totholz und Steinen gestaltet werden.

Abb. 1: Barbystraße 6 (© Stiftung für Mensch und Umwelt).

Ein Projekt – zwei Grundideen

Teilprojekt 1. Vom Abstandsgrün zum Naturgarten – Profis lernen dazu

Die Stiftung für Mensch und Umwelt nimmt in fünf Quartieren von drei Wohnungsbaugenossenschaften in Berlin jeweils 2000 Quadratmeter aus dem konventionellen, nicht naturnahen Anlage- und Pflegeregime heraus und gestaltet vorhandene Flächen ökologisch um. Die Grünflächenmatrix umfasst dabei repräsentative Rasenflächen an der Häuserfront, Beete zwischen Hauseingängen, großes Abstandsgrün (= Rasen) zwischen Häuserblocks, Innenhöfe, Mülltonnenstellplätze und Fahrradstellplätze. Die Auswahl orientiert sich somit an typischen Situationen urbaner Wohnquartiere. Begleitende Maßnahmen der Kommunikations- und Bildungsarbeit sollen die Akzeptanz und das Verständnis für das ökologische Grünflächenmanagement im Wohnungsbau fördern. Neben der Mieterschaft und den Vorständen stehen dabei die Gartendienstleister der Genossenschaften im Fokus der Bemühungen.

An insgesamt fünf Standorten, verteilt auf drei unterschiedliche Berliner Bezirke, werden Staudenbeete, Blumenwiesen, Säume und Gehölze angelegt. Die Pflanzkonzepte beruhen auf organisch wirkenden Kompositionen heimischer Wildpflanzen, welche überwiegend Bio-Qualität nach EG-Öko-Verordnung aufweisen. Ein wichtiges Ansinnen ist dabei, ein ganzjähriges Blühangebot, von Frühjahrsblühern bis zur Herbstblüte, zu schaffen, um möglichst vielen Tierarten Nahrung zu bieten.

Daneben bereichern Gartenstrukturen die neu aufblühenden Außenflächen. Trockenmauern mit offenen Fugen, stehendes und liegendes Totholz, Lesesteine sowie ober- und unterirdische Nisthilfen für Wildbienen, Vögel, Eidechsen, Igel und Fledermäuse bilden neue Lebensräume für die heimische Tierwelt als Winterquartiere und Kinderstuben. Die Umsetzung wird durch einen lokalen Naturgartenfachbetrieb realisiert.

Ermittlung der Akzeptanz bei Mietern, Vorständen und Gartendienstleistern

Zur Ermittlung der Bewohnerakzeptanz werden in beiden Teilprojekten sozialempirische Erhebungen in Form von Vorher-Nachher-Befragungen durchgeführt. Die Anwohner werden hierzu bei den jeweiligen Informationsveranstaltungen und mittels Postwurfsendungen befragt.
Die Fragebögen ergründen dabei den Kenntnisstand zur Biologischen Vielfalt, das subjektive Empfinden der vorhandenen Grünräume und das Nutzerverhalten in den jeweiligen Wohnquartieren. Auch die Einstellungen gegenüber gartenbaulichen Veränderungen oder etwaigen Betriebskostenerhöhungen werden erfragt. Neben der Mieterschaft werden auch die Vorstände und Gartendienstleister in die Akzeptanzstudie einbezogen.
Die Befragungen werden von einer externen Landschaftsarchitektin mit Forschungsschwerpunkt zu Ökosystemdienstleistungen im urbanen Management konzipiert und durchgeführt.

Monitoring von Wildbienen und Tagfaltern

Um die ökologische Wirksamkeit der Umgestaltungen qualitativ und quantitativ zu erfassen, sind externe Entomologen in das Teilprojekt 2 eingebunden. Diese führen ein projektbegleitendes Monitoring auf allen ökologisch aufgewerteten Berliner Standorten durch. Dabei werden während der Aktivitätsphasen von Wildbienen und Tagfaltern in den Monaten von April bis September alle Tiere der Flächen erfasst und bei Bedarf im Labor taxonomisch nachbestimmt. Die Untersuchungsergebnisse im Vergleich zu nachbarschaftlichen Kontrollflächen lassen Aussagen zur Wirksamkeit der Neupflanzungen und der Lebensraumstrukturen für Insekten und andere Tiere zu.

Multiplikationseffekte und Nachahmungen sind ausdrücklich erwünscht

Durch gelungene Umsetzungsbeispiele sollen andere Wohnungsunternehmen zur eigenständigen Umsetzung ähnlicher Maßnahmen angeregt werden. Dazu werden im nächsten Jahr Infoveranstaltungen auf umgestalteten Flächen und Weiterbildungsseminare durchgeführt.

Nach der Planungsphase und vor der Umsetzungsphase werden die Mieter der jeweiligen Wohneinheit zu ihrem speziellen Informationsabend eingeladen. Hier bekommen sie einen Überblick zur Bedeutung der Biologischen Vielfalt, dem geförderten Gesamt-

1 Das Projekt wird gefördert im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Abb. 2: Pflegeworkshop (© Stiftung für Mensch und Umwelt).

projekt sowie zum konkreten Vorhaben vor ihrer Haustür. Dabei werden die geplanten Pflanzkonzepte und Gartenstrukturen grob vorgestellt. Bedenken der Anwohnerinnen und Anwohner werden in diesem Rahmen adressiert. Eine Mitgestaltung im engeren Sinne findet jedoch nicht statt.

Um die Bewohnerakzeptanz weiter zu steigern, finden kurz nach der Umsetzung Mieterfeste zur Einweihung der Modellflächen statt. Dabei wird den Bewohnerinnen und Bewohnern die Möglichkeit gegeben, mit den Projektbeteiligten ins Gespräch zu kommen. Besonders die Fragen zur weiteren Entwicklung auf der Fläche und deren Pflege sind dabei von Interesse.

Im Sinne einer niedrigschwelligen Umweltbildung werden Schautafeln in die Beete aller Modellflächen unaufdringlich integriert. Auf diesen finden sich in wenigen Worten und attraktiven Bildern Informationen zum Sinn und Zweck der Umgestaltung, zur Tier- und Pflanzenwelt sowie zu den neu geschaffenen Lebensraumstrukturen (Totholz, Lesesteine etc.).

Der beauftragte lokale Naturgartenfachbetrieb übernimmt gemeinsam mit der Stiftung die Pflege der umgestalteten Flächen für die Dauer der Projektlaufzeit, die sogenannte Entwicklungspflege. Für die Dauerpflege der Modellflächen sind nach dem Ende des Projektes die von den Wohnungsbauunternehmen regelmäßig beauftragten Gartendienstleistungsbetriebe zuständig. Da sich die Pflege von naturnahen und herkömmlich gepflegten Flächen maßgeblich unterscheidet, werden spezielle *Gartenseminare* bzw. *Pflegeworkshops* durchgeführt. Die dazu eingeladenen, von den jeweiligen Genossenschaften seit Jahren beauftragten, Gartendienstleister werden dabei unter sachkundiger Anleitung von Fachberatern und der Stiftung geschult.

Die Ergebnisse aus den Planungs-, Beteiligungs- und Umsetzungsprozessen der beiden Teilprojekte werden in einem praxisorientierten, modern gestalteten und als E-Book veröffentlichten Handlungsleitfaden verbreitet. Neben Pflanzplanungen, Gartenstrukturen und Pflegeanleitungen werden Empfehlungen zur kommunikativen Akzeptanzförderung und die Ergebnisse des Monitorings einfließen.

Wenn es gelingt, mit Hilfe von Wohnungsunternehmen mehr naturnahen Erlebnisraum vor die Haustür von Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu bringen, sind wir dem Ziel, die biologische Vielfalt in den Städten zu fördern, einen großen Schritt nähergekommen (Vorher-Nachher-Vergleich Modellfläche Berlin-Reinickendorf: siehe Abbildung 1 und 2).

Teilprojekt 2. Die PikoParks – ein neuer Flächentypus, mit Mietern gestaltet

Der WILA Bonn führt in seinem Teilprojekt einen neuen naturnahen Grünflächentyp in städtische Wohnquartiere ein: Die sogenannten PikoParks werden unter Einbeziehung der Mieterschaft auf geeigneten Flächen mit einer Größe von etwa 300 Quadratmetern modellhaft in den Städten Bonn, Dortmund, Erfurt, Remscheid und Speyer angelegt. Die Mieterinnen und Mieter sind ausdrücklich eingeladen, sich aktiv an der Entstehung der kleinen Parks in ihrem Wohnquartier zu beteiligen. Dabei werden noch während des Gestaltungsworkshops Ideen der Anwohnerinnen und Anwohner direkt vor Ort von der Fachreferentin in eine Planskizze eingezeichnet.

Gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern werden unter fachlicher Leitung und in Absprache mit dem gartenbaulichen Fachbetrieb verschiedene partizipative Veranstaltungen durchgeführt. Es werden z.B. gemeinsam Trockenmauern gebaut, Nisthilfen oder Kreativelemente wie z.B. Pflastersteine aus Kieselsteinen hergestellt, die in den Wegebau integriert werden können, und es wird gemeinsam gepflanzt.

Gewünscht ist, dass sich durch diese und weitere Pflege-Aktionen eine Anwohnergruppe entwickelt, die langfristig die Pflege „ihres“ kleinen Parks übernimmt, und dass in den Wohnquartieren, die häufig durch typisches Einheitsgrün geprägt sind, eine Wertschätzung für naturnahe Flächen entsteht.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Corinna Hölzer
Stiftung für Mensch und Umwelt
Hermannstr. 29
14163 Berlin
E-Mail:
hoelzer@Stiftung-Mensch-Umwelt.de

Christa Müller

Die Urban-Gardening-Bewegung: Auf der Suche nach einem neuen Natur-Kultur-Verhältnis[1]

Kernidee beziehungsweise zentrales Handlungsfeld der Urban-Gardening-Bewegung sind kommerzfreie Naturräume für alle. Die Aktivistinnen und Aktivisten verwandeln Brachflächen, Parkgaragendächer und andere vernachlässigte Orte in eigener Regie in grüne, lebensfreundliche Umgebungen. Aus Europaletten, Industrieplanen und Bäckerkisten bauen sie mithilfe einer oftmals breiten Beteiligung aus dem Viertel mobile Gemeinschaftsgärten mitten in der Stadt. Sie halten Hühner und Bienen, imkern, säen, ernten, kochen, reproduzieren Saatgut, bauen Lehmöfen und Lastenfahrräder aus Schrottteilen, funktionieren Hafencontainer zu Werkstätten und Gartenbars um, eignen sich handwerkliches Wissen an und kultivieren Formen der Begegnung, die Pflanzen ebenso wie Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkünfte einschließen.

Dem Gemüseanbau kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Er ermöglicht milieu- und kulturübergreifenden Austausch und dient zugleich dazu, die industrielle Nahrungsmittelproduktion und ihre Handelsketten zu hinterfragen, zu unterlaufen, zu verändern. Die Beschäftigung damit, wie Lebensmittel wachsen, welche Umgebungen und Formen der Zuwendung sie benötigen und wie sie verarbeitet werden können, wird kombiniert mit gesellschaftspolitischen Fragen: Wem gehört eigentlich der Boden? Welchen Vorstellungen von Teilhabe und Wohlstand soll er dienen? Und – eine zukunftsweisende Frage – von wo sollen die Nahrungsmittel und die Ressourcen für den Massenkonsum in Zukunft kommen? Die urbane Gartenbewegung greift damit Fragen einer nachhaltigen Umgestaltung von Gesellschaft auf. Sie tut dies in bemerkenswert unideologischer Weise und bearbeitet sie unmittelbar vor Ort. Urban Gardening ist damit nicht Ausdruck einer Verklärung von Landleben, sondern vielmehr der Suche nach einer anderen Stadt.

Ich verstehe unter Urban-Gardening-Projekten urbane Gärten neuen Typs, Gärten also, die nicht nach einem Refugium jenseits der lauten Stadt suchen, wie es die für die Epoche der Industriemoderne so typischen und in ihrer damaligen Funktion so wichtigen Kleingärten tun. Vielmehr wollen die Protagonisten und Protagonistinnen der neuen Gärten mit der Stadt, mit der umgebenden Nachbarschaft kommunizieren und eigene Beiträge zu einer nachhaltigen Quartiersentwicklung leisten (MÜLLER 2011).

Der erste Gemeinschaftsgarten des neuen Typs entstand in Deutschland Mitte der 1990er Jahre in Göttingen und war eine Folge des Jugoslawienkrieges: Bosnische Frauen in den Migrationszentren vermissten vor allem ihre Gärten, mit denen sie zu Hause große Familien ernährt hatten. Hier ging es erstmals (auch) darum, über das Medium des gemeinschaftlichen Gärtnerns gesellschaftliche Themen zu bearbeiten, in diesem Fall, einen ressourcenorientierten Ansatz und neue Formen der Beheimatung zu erproben (MÜLLER 2002; MÜLLER & WERNER 2003).

Seit Mitte der nuller Jahre differenziert sich das gemeinschaftliche Gärtnern kontinuierlich weiter aus. In großen Städten tauchen Guerilla-Gardening-Aktionen sowie von Anwohnerinnen und Anwohnern betriebene Nachbarschafts- und Kiezgärten in hochverdichteten Stadtvierteln auf, wie 2004 der Gemeinschaftsgarten Rosa Rose in Berlin-Friedrichshain. Den Initiatorinnen und Initiatoren dieses Gartens ging es dabei vor allem um die Besetzung und die Aneignung von brachliegenden Flächen, um sie selbst zu nutzen und um sie den wenig privilegierten Menschen des grünarmen Kiezes als Ort für gemeinsames Tätigseins zur Verfügung zu stellen. Als das Grundstück an einen Investor verkauft und bebaut wird, muss der Garten weichen. Dies geschieht in Form einer Umzugsparade, die einen Einblick in die performativen Politikformen des Urban Gardening gibt (WERNER 2011). Heute zeugt eine in den Boden eingelassene rosafarbene Gedenktafel in der Kinzigstraße von Rosa Rose.

2009 schließlich tritt der Prinzessinnengarten mit dem Prinzip des nomadischen Gärtnerns in mobilen Behältnissen auf die städtische Bühne. Mit dieser paradoxen Intervention erzielt der auf einer 6.000 m² großen Brachfläche am Kreuzberger Moritzplatz angelegte Garten große mediale Aufmerksamkeit. Maßgeblich verantwortlich für die Faszination, die der Ort bei vielen Besucher*innen auslöst, ist die Ästhetik des Unfertigen, die nicht zuletzt durch „Reuse“ und „Upcycling“ gebrauchter, häufig irgendwo gefundener Gegenstände entsteht. Hier geht es darum, Dinge ohne Geld- und Energieeinsatz wieder in Wert zu setzen, die gemäß der industriellen Logik des Produzierens, Konsumierens und Wegwerfens verbraucht und wertlos sind.

Zunehmend entstehen auch Gärten an Museen und Theatern. Hochreglementierte Räume werden durch offene und verspielte Räume ergänzt und auch relativiert. Die verwandelten Räume des DIY (Do it yourself) und DIT (Do it together) heben die Schranken zwischen Hochkultur, Institutionen und dem Alltagshandeln urbaner Akteur*innen auf. Das gilt in jeweils spezifischer Weise auch für Gemeinschaftsgärten an Flüchtlingsunterkünften, Firmengärten und offenen Studierendengärten an Hochschulen.

Urbane Gärten: offen für unterschiedliche soziale Herkünfte und Generationen

Die mehr als 650 urbanen Gemeinschaftsgärten gehören zu den wenigen Orten in Deutschland, an denen Menschen verschiedener sozialer Herkünfte und Generationen zusammen aktiv sind. Gegründet werden viele der Projekte oft von zumeist gut ausgebildeten, jungen, ökologisch sensibilisierten und vernetzten Akteur*innen. Sie haben nicht zuletzt im Internet Erfahrungen von Machbarkeit gesammelt und sind – im Vergleich zu den Vorgängergenerationen der Nachkriegsjahrzehnte – in demokratischen Settings aufgewachsen. Familie, Schule und Web 2.0 vermitteln ihnen, dass alles möglich, die Zukunft offen und sie selbst aufgefordert sind, gestaltend einzugreifen. Wirk- und Handlungsmacht ist die Erfahrung ihres Lebens. Sie wollen die Stadt, in der sie leben, mitgestalten. Das im Internet praktizierte Teilen von Kenntnissen und die hieraus resultierende Wirksamkeitserfahrung migriert in die analogen Räume und wird dort zur Herausforderung für die etablierten Institutionen.

Die Akteurinnen und Akteure nehmen die Schließung des öffentlichen Raums in den Blick und erweitern mit ihren Architekturen und Aktivitäten vorgefertigte und vorgeplante Stadträume. Sie leiten aus ihrer gemein-

1 Dies ist die gekürzte Fassung des gleichnamigen Beitrags Müller, Christa (2017)

schaftlichen Praxis Anforderungen an eine zeitgemäße, demokratische Stadtplanung ab: Raum geben für Interaktionen zwischen Stadtnatur und Menschen, entsiegeln statt weiter versiegeln, Platz lassen für Begegnung und produktive Raumaneignungen. Diese Botschaften senden die Stadtgärtnerinnen und -gärtner an die Stadtplanung, und sie tun dies nicht (nur) mit Worten, sondern mit ihren „Installationen". Der Ort selbst ist die Botschaft; in ihm scheint eine konkrete Utopie auf. Man könnte auch sagen, hier wird mit der normativen Kraft des Faktischen gearbeitet, es werden öffentlich begehbare Tatsachen geschaffen, die vielleicht noch nicht von der Rechtsordnung anerkannt, von der politischen Ordnung jedoch durchaus wahrgenommen werden und dort die Routinen zunächst einmal stören.

Gartendeck Hamburg 2011 (Foto C. Müller).

Viele der nach 1980 Geborenen sind gegenüber Autoritäten und Hierarchien kritisch eingestellt. Sie verlangen nach Transparenz, direkter Einflussnahme und freiem Zugang. Jedoch nicht allein für sich selbst. Die Reklamierung des öffentlichen Raums für Commons- und Subsistenzpraxen geht einher mit einer konsequenten Praxis des Öffnens. Der Zugang ist frei. Es muss weder Eintritt gezahlt noch konsumiert werden. Nicht zuletzt mittels der pluralen baulichen Settings fühlt sich eine breite Vielfalt von Menschen angesprochen. Durch ihre räumlichen Arrangements wirken urbane Gemeinschaftsgärten anziehend auch für jene Menschen, die biographisch vertraut sind mit urbaner Landwirtschaft und mit temporären und informellen Landnahmen aus der Tradition des Hands-on-Urbanism (KRASNY 2012); man denke nur an die Gastarbeiterinnen und -arbeiter der 1960er und 1970er Jahre, die auf Brachflächen deutscher Städte informellen Stangenbohnen- und Gemüseanbau betrieben. Für Menschen aus ärmeren Weltgegenden sind Gartenprojekte aber nicht nur wegen des Zugangs zu landwirtschaftlichen Produkten attraktiv. Sie gestalten auch gemeinsam mit anderen einen offenen Ort, der Aufmerksamkeit erfährt. In anderen Kontexten ist ihnen dieser Zugang häufig schon deshalb versperrt, weil sie die (unsichtbaren) Eingangshürden nicht überwinden können. Michael J. Sandel verweist mit seinem Begriff der „VIP-Logen-Gesellschaft" darauf, dass die Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkünfte im öffentlichen Raum immer seltener wird. Der amerikanische Philosoph sieht in dieser Entwicklung ein fundamentales Problem für die Demokratie (SANDEL 2012). Aus diesem Grund sind die urbanen Gärten keineswegs nur im Bereich der Stadtökologie oder des urbanen Aktivismus zu verorten, sondern auch als innovative Beiträge zu einer Neuorganisation des Zusammenlebens in einer immer stärker auf Milieuabgrenzung setzenden Gesellschaft zu verstehen.

Ein wichtiges Moment ist die Vernetzung der Projekte, denn erst so kann eine Bewegung entstehen. Überall bilden sich lokale und regionale Netzwerke von Gemeinschaftsgärten, zum Beispiel Solidarisches Gemüse in Hamburg, Grüne Oasen in Nordrhein-Westfalen oder das Netzwerk Urbane Gärten München. Vielerorts finden in urbanen Gärten Bauernmärkte statt, um die Bezüge zur regionalen Landwirtschaft sichtbar zu machen. Gleichzeitig ist die urbane Gartenbewegung international vernetzt und weist vielfache Anschlüsse zu anderen Bewegungen auf: der globalisierungskritischen Bewegung, der Kleinbauernbewegung, der Landlosenbewegung, der Recht-auf-Stadt-Bewegung, der Bewegung für Ernährungssouveränität und freies Saatgut und nicht zuletzt der Degrowth-Bewegung.

Viele der Projekte verstehen sich als offene Lern- und Bildungsräume, es finden Akademien, Webinare und praktische Kurse statt, zum Beispiel über Heilpflanzen, Lehmbau oder den Bau von kleinen Biogasanlagen. Vielerorts finden sich „Hands-on-Bibliotheken": Ausgediente Glasschränke oder Einkaufswagen beherbergen das notwendige Wissenskompendium, das von A wie Anbau über P wie politische Aktion bis Z wie Zusammenarbeit reicht.

Augenfällig ist die Bezugnahme auf die Ressourcenkrise, sie zeigt sich in informellen Formen des Bauens und der Wiederinwertsetzung bereits vorhandener, häufig lokaler Materialien. Man reagiert nicht mit Verzichtsstrategien, sondern mit Umdeutung und Weiterverwertung; häufig kommen die Gegenstände nur in einem anderen Kontext zum Einsatz. Es geht nicht lediglich um eine Einsparung von Ressourcen. Die Suchbewegungen gelten vielmehr einem anderen Umgang mit den Dingen – und sie gelten einem guten Leben, und zwar einem mit weniger Materialverbrauch. Man sieht im bereits vorhandenen Material verheißungsvolle Ausgangspunkte für kreative Neuschöpfungen. So trifft man in urbanen Gemeinschaftsgärten auf charmante Lampenkonstruktionen aus Senfeimern, bepflanzte Einkaufswagen, aus Althölzern gezimmerte Outdoor-Küchen, Hochseecontainer, die zu Gartenrestaurants umgebaut werden und die fast schon ikonographischen Reissäcke sowie Europaletten-Beete, in denen Bohnen, Salate und Maispflanzen wachsen. Von allem ist genug vorhanden, man muss nur die Potenziale der Dinge erkennen, die in der Stadt im Überfluss und frei verfügbar sind. In immer ausgefeilteren Produkten, in immer mehr Wachstum sehen die Akteure wenig Sinn, sie setzen auf Sichtung und Erschließung des Vorhandenen und bauen die Welten, in denen sie leben, in aller Ruhe um.

Überall entstehen experimentelle Räume, in denen im Vergleich zu den Mainstream-Repräsentationen anders gedacht und anders gehandelt wird. Wir sehen eine stetig wachsende Vielfalt von kleinen, wendigen, anlassbezogenen Bewegungen und Aktionen

auftauchen, die temporär oder lokal miteinander vernetzt sind, oder eben auch nicht. Sie hinterlassen eine räumliche Spur, weil sie Orte und Räume bespielen und diese dadurch verändern. In diesem Spiel stellt die sich stets ändernde Vielfalt der Akteurslandschaft ein riesiges Potenzial dar. Die einzelnen Aktivitäten wie Gärtnern, Bauen, Demonstrieren oder Reparieren sind eingebettet in ein vieldimensionales Geflecht, das größer ist als das jeweils eigene Projekt. Die Praxen des DIY und DIT in urbanen Gärten sind Ausdruck einer radikal-praktischen Erprobung neuer Lebensstile jenseits des noch hegemonialen industriellen Wachstumsparadigmas, das die in die Krise geratenen westlichen Gesellschaften nach wie vor kulturell und ökonomisch prägt. All diese Aktivitäten sind für sich genommen und besonders aber in ihrer Gesamtheit und Bezogenheit aufeinander Ausdruck einer zivilisatorischen Wende, die sich anbahnt. Sie alle versuchen, im Sinne des spekulativen Realismus – man verabschiedet den Konstruktivismus und wendet sich wieder stärker der Wirklichkeit zu, z. B. AVANESSIAN 2013 – neue Möglichkeiten in der Gegenwart zu entdecken; die Aktivitäten gehen davon aus, dass alles auf den Prüfstand gehört, und vor allem: dass alles immer auch anders sein könnte (ebd. und BAIER et al. 2013).

Dabei entstehen auch neue Konzepte und Stile von Politik. Politik manifestiert sich heute weniger in Theorien, Verlautbarungen, Forderungen und utopischen Formulierungen, sondern in den neu entstehenden Räumen selbst sowie in dem dort stattfindenden transformativen Handeln: im Gärtnern, Kochen, Lebensmittelretten, Machen, Reparieren, Umbauen, Wiederverwerten, Öffnen. Der neue Stil des Politischen besteht darin, die Welt zu reparieren, also praktisch zu transformieren (BAIER et al. 2016). Nicht mehr Kritik ist der dominierende Modus der Resonanz auf das, was anders sein sollte, sondern Diagnose des Problems, Ideen zur Behebung und praktische Umsetzung – und das alles nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen, mit vielen anderen. Man fühlt sich zuständig und „übernimmt“ (ebenda).

Oft wird gegen das Urban Gardening vorgebracht, dass eine Stadt auf diese Weise niemals ernährt werden könne. Abgesehen davon, dass dies noch nicht ausgemacht ist, geht es darum auch (vorläufig) gar nicht. Die Bedeutung der Gartenbewegung liegt in der Wertschätzung der kleinbäuerlichen Wirtschaft und der Subsistenzproduktion nebst Erfahrung und Einübung einer Logik, die nicht auf Verwertung, sondern auf Versorgung ausgerichtet ist. Urban Gardening ist – wie Degrowth – Plattform und Erfahrungsraum der Erkenntnis, dass die Nahrungsmittelfrage eine zentrale gesellschaftliche Frage ist, und im Übrigen eine, die keineswegs gelöst ist. Die Gartenbewegung macht deutlich, dass die Versorgung mit den lebensnotwendigen Dingen nicht mehr länger an die Industrie oder den Markt delegiert werden sollte. Urbane Gärten und viele andere Projekte der Urban-Food-Bewegung liefern alltagstaugliche Anregungen für eine nachhaltige und ethisch motivierte Praxis des Produzierens und Konsumierens.

Alle gemeinsam stellen die Bedeutung regionaler Versorgungszusammenhänge heraus, das kann man an den vielerorts stattfindenden Volxküchen (VoKüs) oder Küchen für alle (Küfas), veganen und vegetarischen Lebensstilen und einer Hinwendung zur regional-saisonalen Küche erkennen. Es geht darum, nach allen Seiten hin fruchtbare Anschlüsse zu finden und damit einen eigenen Beitrag zu leisten für eine plurale Ökonomie im unmittelbaren Umfeld sowie für eine solidarische und ökologische Weltwirtschaft. Dafür sind Reflexion, politische Debatten, aber vor allem eine Ausdifferenzierung der Praxen (etwa in Richtung Open Source Ecology) erforderlich. Ein Ansatz in diese Richtung war die gemeinsame Formulierung und Veröffentlichung des Urban-Gardening-Manifests, in dem sich urbane Gärten als Teil einer Commons-Bewegung positionieren. Das Manifest betont, wie wichtig ein frei zugänglicher öffentlicher Raum ohne Konsumzwang für eine demokratische Stadtgesellschaft ist und lässt keinen Zweifel daran, dass Urban Gardening mehr ist als die individuelle Suche nach einem hübsch gestalteten Rückzugsort. Der Appell ist vielmehr Ausdruck einer kollektiven Bewegung, die mit neuen Impulsen für die Zukunft der Städte auf sich aufmerksam macht.

Die Bedeutung einer Praxis, in der die vermeintlich „anderen“ einen Platz finden, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden – nicht zuletzt macht sie aus den Orten des DIY offene Räume und schafft allerbeste Voraussetzungen, Stadtbewohnerinnen und -bewohner unterschiedlicher Herkünfte und Bildungshintergründe in die Transformationsprozesse einzubeziehen. Gerade auch angesichts der aktuellen Migrationsbewegungen erweisen sich Räume, die einschließen und nicht ausschließen, als zentrale Ressource. Die modernen Stadtgesellschaften stehen vor der Aufgabe, entwurzelten Menschen das Ankommen und den Neuanfang zu erleichtern; (Interkulturelle) Gemeinschaftsgärten haben hier bereits Erfahrungen gesammelt und Konzepte entwickelt, die ohne Leitkulturphantastereien oder folkloristische Engführungen auskommen.

Sommercamp NeuLand Köln 2012 (Foto: C. Müller).

Literatur

AVANESSIAN, Armen (Hrsg.) (2013): Realismus. Jetzt. Spekulative Philosophie und Metaphysik für das 21. Jahrhundert. Berlin: Merve.

BAIER, Andrea, MÜLLER, Christa & WERNER, Karin (2013): Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself. Bielefeld: transcript.

BAIER, Andrea, HANSING, Tom, MÜLLER, Christa & WERNER, Karin (2016): Die Welt reparieren. Selbermachen und Openness als Praxis gesellschaftlicher Transformation. Bielefeld: transcript.

KRASNY, Elke (Hrsg.) (2012): Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Turia+Kant.

MÜLLER, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde, Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: oekom.

MÜLLER, Christa (Hg.) 2011. Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: oekom.

MÜLLER, Christa (2017): Die Urban-Gardening-Bewegung: Auf der Suche nach einem neuen Natur-Kultur-Verhältnis. – Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). S. 392-401, München: oekom.

MÜLLER, Christa & WERNER, Karin (2003): Von der Kultur zur Interkultur. Begriffliche Grundlagen der modernen Migrationsgesellschaft. Feature für den Hessischen Rundfunk.

SANDEL, Michael J. (2012): Was man für Geld nicht kaufen kann – die moralischen Grenzen des Marktes. Berlin: Ullstein.

WERNER, Karin (2011): Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstandes gegen die neoliberale Ordnung. – Urban Gardening. Müller, Christa (Hrsg.). Seite 54-75. München: oekom.

http://anstiftung.de/urbane-gaerten

http://urbangardeningmanifest.de/

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Christa Müller
Anstiftung
Daiserstr. 15, Rgb.
81371 München
E-Mail: christa.mueller@anstiftung.de

Monika Borodko-Schmidt

„Freiburg packt an“ Bürgerschaftliches Engagement und Stadtökologie – Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Bürgerschaft

1 Die Grundinformation: Was ist „Freiburg packt an“?

Es ist ein Programm des Garten- und Tiefbauamts (GuT) für Bürgerinnen und Bürger mit Aktionsvorschlägen und Patenschaften im Bereich der öffentlichen Grünflächen. Möglich sind sowohl einzelne praktische und pädagogische Arbeitseinsätze als auch die Übernahme von Patenschaften für Urbane Gärten, Grünanlagen, Baumscheiben und Spielplätze. Das GuT berät und unterstützt die Freiwilligen dabei organisatorisch und logistisch. Seit 2004 engagieren sich in diesem Rahmen Tausende von Bürgerinnen und Bürgern und tragen dazu bei, dass Freiburg im Breisgau noch grüner und schöner werden kann.

Wer kann sich engagieren?
Alle Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, nach ihren Möglichkeiten mit anzupacken. Es können Einzelpersonen, Familien, Vereine, Schulklassen oder andere Gruppen sein. Es gibt keine Altersbegrenzung. Jeder kann etwas zur Gemeinschaft und zur Verbesserung des eigenen Wohnumfelds beitragen.

Wo und wie kann angepackt werden?
Überall, wo geeignete, öffentliche Flächen sind und je nach Aufgabe, rund um das ganze Jahr. Für die Absprache mit dem „Freiburg packt an“-Team kann Kontakt per E-Mail oder Telefon aufgenommen werden.

Wo ist „Freiburg packt an“ (FPA) angesiedelt?
Im Dezernat V der Stadt Freiburg, Garten- und Tiefbauamt, Abteilung Grünflächen, Sachgebiet Grünflächenunterhaltung. Das Team besteht aus einer Sozialarbeiterin als Teilzeitkraft (50 %) und einer Mitarbeiterin im Freiwilligen Sozialen Jahr Kultur (100 %).

2 Die Entstehung von „Freiburg packt an“

„Freiburg packt an“ entstand 2004 im Garten- und Tiefbauamt als Antwort auf zahlreiche Fragen, Beschwerden, Ideen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der öffentlichen Flächen in der Stadt. Es wurde ein buntes Programm an Aktionen und Engagementmöglichkeiten von April bis Oktober zusammengestellt. Beteiligt waren alle städtischen Ämter, die im Bereich bürgerschaftliches Engagements tätig waren. Es gab Putzaktionen, Kunstausstellungen, Wald- und Gartentage oder Aktionen mit den Bachpaten.

Ab 2009 wurde das Programm stärker auf die Themen des Garten- und Tiefbauamts bezogen und auf das ganze Jahr ausgeweitet. So entstand das aktuelle Programm mit Patenschaften und Aktionen auf Grünflächen und Spielplätzen.

Ziel des Programms ist es, ein Angebot für kontinuierliches, bürgerschaftliches Engagement auf öffentlichen Flächen sowie einzelne Aktionen von Freiwilligen und Gruppen anzubieten. Wichtig ist dabei, dass die Freiwilligen eine Ansprechperson im Amt haben und in ihrem Engagement motiviert und gewürdigt werden. Hier gibt es u. a. regelmäßig „Dankeschön-Feste“ mit dem zuständigen Bürgermeister sowie Urkunden, Dankeskarten und fachliche Begleitung der Aktionen und Patenschaften.

3 Das Programm

In einem Faltblatt „Bürgerschaftliches Engagement und Stadtökologie“ wird das Programm von „Freiburg packt an“ zusammengefasst. Die Flyer werden gedruckt und digital verbreitet, um möglichst viele Freiwillige zu erreichen. Im Folgenden werden die einzelnen Angebote beschrieben. Außerdem ist es natürlich möglich, mit eigenen Ideen und Vorschlägen auf das Garten- und Tiefbauamt zuzugehen. Die Vielfalt ist groß und für jede und jeden ist etwas zu tun!

Beispiel Urbane Gärten: „Kraut und Rüben“ zum Genießen

Urbane Gärten sind kleine Oasen auf öffentlichen Grünflächen, die von ehrenamtlichen Gärtnerinnen und Gärtnern bepflanzt und gepflegt werden. Gemeinschaft und Ökologie stehen hier im Vordergrund. Die Gärten sind offen für alle, laden zum Mitmachen ein und bieten auch wichtige Lebensräume für Tiere, Vögel und Insekten in der Stadt. Es sind Orte der sozialen Begegnung, die in Absprache mit dem GuT in Parkanlagen oder auf freien Rasenflächen entstanden sind. Auch Kinder und Jugendliche sind in den Gärten aktiv. Sie lernen viel über den Anbau regionaler Nahrungsmittel, Selbstversorgung und Nachhaltigkeit. Urbane Gärten sind Räume für Naturerfahrung und Umweltbildung für alle.

Im Rahmen von „Freiburg packt an“ werden auch Obstbaumschnittkurse und andere thematische Veranstaltungen zum Thema Gärtnern angeboten. Rund 20 urbane Gärten bestehen bereits in Freiburg. Die aktiven Gärtnerinnen und Gärtner vernetzen sich miteinander, tauschen Pflanzmaterial und Ideen aus und werten so die Grünflächen mit ihrem Engagement auf.

Das GuT organisiert alljährliche Runde Tische der urbanen Gärten, die für Austausch und neue Informationen sorgen. Neu sind die Regiotreffen der Gemeinschaftsgärten und das Fortbildungsprogramm dazu, die in Kooperation mit dem Treffpunkt e. V. und großem Netzwerk seit 2 Jahren stattfinden.

© *Stadt Freiburg.*

© *Stadt Freiburg.*

Beispiel Baumpatenschaften: Bunte Baumscheiben – Blumen mit Pfiff

Viele der rund 21.000 Straßenbäume sind von einer Grünfläche umgeben. Diese sogenannten Baumscheiben werden von Bürgerinnen und Bürgern bepflanzt und gepflegt. Die Baumpatinnen und -paten kümmern sich auch um die Sauberkeit rund um den Baum. Die kleinen Flächen entwickeln sich oft zu wertvollen Biotopen mitten in der Stadt, die von Wildbienen und Vögeln gern besucht werden. Für die biologische Vielfalt (lokale Biodiversität) dieser Orte sorgt die fachliche Beratung durch die Ökostation.

Mit standortgerechten Samenmischungen und Pflanzmaterial kann Freiburg wahrlich aufblühen. Die betreuten Baumscheiben werden durch „Baumpatenschaft-Schilder" kenntlich gemacht. Wegen der Verkehrssicherheit sind Zäune, Gehölze oder Steine auf den Flächen nicht zugelassen. Viele hundert Baumpatenschaften tragen zu erhöhter Biodiversität in der Stadt bei, verbessern die Standortbedingungen für Bäume und sind einfach schön anzusehen.

Die aktiven Menschen identifizieren sich mit ihrem Wohnumfeld und stärken das nachbarschaftliche Miteinander. Weitere Informationen sind im Flyer „Baumpatenschaften für blühendes Grün vor Ihrer Haustür" zu finden.

Zu der 900-Jahr-Feier 2020 wird ein gemeinsames Projekt mit der Freiburger Bürgerstiftung und der Ökostation „900 Jahre – 900 blühende Baumbeete" vorbereitet. Die Freiwilligen werden mit Pflanzmaterial, Veranstaltungen und Beratung dazu angeregt, neue Baumscheiben anzulegen oder die bestehenden noch mehr aufblühen zu lassen. So blüht Freiburg zum Geburtstag richtig auf!

Beispiel Kastanienschutz: "Weg mit der Motte"

Der Schädling Kastanienminiermotte befällt das Laub der Rosskastanien und schwächt die Stadtbäume dadurch erheblich. Das Laub muss regelmäßig und gründlich gesammelt und gesondert entsorgt werden. Durch den kontinuierlichen Einsatz erholen sich die Bäume sichtlich und der Bestand der Miniermotte reduziert sich auf längere Sicht. Um natürliche Fressfeinde der Motte zu stärken, werden Nistkästen für Vögel aufgehängt.

Seit 2009 unterstützt „Freiburg packt an" Bürgerinnen und Bürger bei diesen Aktionen. Die Freiwilligen bekommen besondere Laubsäcke zur Entsorgung des Kastanienlaubs, die von der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH (ASF) abgeholt werden. Größere Gruppen bekommen vom GuT eine Einführung sowie Geräte, Container, Handschuhe etc. Die Bausätze aus Holz für Nistkästen können bei „Freiburg packt an" bestellt werden. Dies sind die einzigen wirksamen Maßnahmen gegen den Schädling. Weitere Informationen sind dem Flyer „Motte in den Sack" zu entnehmen.

Beispiel Spielplatzpatenschaften: Spielkisten zum Auspacken

Über 160 kleine und große Spielplätze laden in Freiburg zum Spielen und Verweilen ein. Auf einigen Plätzen engagieren sich Menschen besonders für ihren Spielplatz. Sie werden zu Spielplatzpatinnen und -paten. Zusammen mit dem Kinderbüro und dem Spielmobil e. V. begleitet „Freiburg packt an" diese Freiwilligen.

In Absprache mit dem GuT kann der Spielplatz verschönert und darauf gewerkelt werden. Neue Ideen und Anregungen entstehen in der Gruppe der Paten. Viele nutzen das Angebot der Stadt, eine große Spielkiste mit buntem Spielmaterial vor Ort aufzustellen. Die Kiste bereichert den Spielplatz mit zusätzlichen Spielsachen für die Kinder wie Schwungtuch, Schubkarren oder großen Rohren. Auf den Sitzbänken aus der Kiste werden Kontakte geknüpft und das nachbarschaftliche Miteinander bei gemeinsamen Festen gepflegt. Die Kinder lernen das bürgerschaftliche Engagement so schon im Sandkasten kennen. Weitere Informationen sind im Flyer „Ich ♥ meinen Spielplatz" zu finden. Aktuell gibt es 37 Spielkisten in der ganzen Stadt, die von über 100 aktiven Spielplatzpaten betreut werden.

Beispiel „Freiburg putzt sich raus!" – Frühjahrsputz für alle

Öffentliche Grünflächen werden leider oft zur Müllentsorgung missbraucht und verlieren dadurch ihren Charme als angenehme Erholungsorte. „Freiburg packt an" unterstützt alle, die sich an der Reinigung der Stadt beteiligen wollen.

In Zusammenarbeit mit Bürgervereinen, Ortsverwaltungen, Schulen und anderen Gruppierungen bieten das GuT und die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg (ASF) seit 2014 die Aktion „Freiburg putzt sich raus" an. Über 1.000 Menschen sammeln jedes Frühjahr überall in der Stadt viele Tonnen Abfall ein. Sie werden mit Handschuhen, Zangen und Säcken ausgerüstet.

Durch ihren gemeinsamen Einsatz tragen sie zur Verschönerung der Stadt bei.

Auch weitere Putzaktionen werden im Rahmen von Freiburg packt an organisatorisch unterstützt. Müllfreie und intakte Naturräume in der Stadt sind ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens. 2019 nahmen an der Aktion über 1200 Freiwillige teil.

Beispiele für weitere Projekte und Aktionen sind: „Schöne Bänke" mit Anstreichen von Sitzbänken, Programm-Angebote für Ferienpass-Kinder in den urbanen Gärten, Bienentisch und Wildbienen-Schutz; Wiesenpatenschaften, Anmalen und Gestalten von Mauern.

4 Fazit

Wie kann bürgerschaftliches Engagement auf öffentlichen Flächen gut funktionieren? Was ist wichtig?

- Eine oder mehrere hauptamtliche Ansprechpersonen für das Thema, die immer für die Freiwilligen da sind!

- Feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Patenschaften vor Ort (vor allem bei urbanen Gärten und Spielplätzen).
- Würdigung des Engagements durch Dankes-Feste mit dem Bürgermeister, Urkunden, regelmäßigen Kontakt mit der Verwaltung, Giveaways wie Mützen, Stifte etc., logistische Unterstützung der Aktionen, Dankeskarten, Getränke und Brezeln.
- Unterstützung des Engagements durch materielle Werte: z. B. durch Pflanzmaterial für die Baumscheiben, Spielmaterial für die Spielkisten, Ausleihe von Gartenwerkzeug.
- Aktuelle Homepage, Faltblätter zum Programm und verschiedenen Themen, gute Transparenz und Jahresplanung und Flexibilität auf der anderen Seite.
- Regelmäßiger Kontakt zu den Engagierten durch die Teilnahme an Aktionen, Rundbriefe, Informationen, Ortstermine.
- Gute Öffentlichkeitsarbeit mit Berichten in der Presse, Kontakt zu Medien.
- Bildungs- und Begegnungsangebote wie regelmäßige Runde Tische, Veranstaltungen und thematische Vorträge.
- Kooperation und Aufbau von nützlichen Netzwerken mit anderen Ämtern, Bürgervereinen, Umweltverbänden und -institutionen.
- Absicherung der finanziellen Ebene durch eine feste Stelle und ein klares Budget für die Ausgaben von „Freiburg packt an".
- „Politische Rückendeckung" durch den regelmäßigen Kontakt mit der Bürgermeisterebene, dem Gemeinderat und den Vorgesetzten (guter interner Informationsfluss, Planung und Austausch in regelmäßigen Besprechungen).
- Klare Verwaltungsabläufe: Abdeckung der Versicherung der Freiwilligen, schriftliche Absprachen und Vereinbarungen, Regeln und Kommunikation.
- Präsenz und Teilnahme an vielfältigen Veranstaltungen, um „Freiburg packt an" bekannter zu machen und neue Freiwillige zu finden z. B. Weltkindertag oder Tag der Ausbildung.
- Attraktives, nachhaltiges Programm und neue Impulse für bürgerschaftliches Engagement: z. B. Obstbaumschnittkurse für alle, Klimaschutz- oder Land-Art-Projekte.
- Wiederkehrende Veranstaltungen im Jahr wie „Freiburg putzt sich raus", die feste Teilnehmerinnen haben und immer größere Kreise ziehen.
- Die Verwaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger da!

Dezernat V
Garten- und Tiefbauamt
Freiburg
IM BREISGAU

© *Stadt Freiburg.*

Anschrift der Verfasserin:

Monika Borodko-Schmidt
Garten- und Tiefbauamt
Rathaus im Stühlinger
Fehrenbachallee 12
79106 Freiburg im Breisgau
E-Mail: Monika.Borodko-Schmidt@stadt.freiburg.de

Nicole Nöske & Luciana Zedda

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit für Grün- und Freiflächen

Einleitung

Die Bedeutung öffentlicher Grün- und Freiflächen für die Entwicklung zukunftsfähiger Städte ist grundsätzlich bei Politik und Gesellschaft anerkannt. Wichtig sind dabei der Erhalt und Schutz der Biodiversität im urbanen Raum, die Klimaanpassung als Antwort auf den Klimawandel und die Steigerung der Lebensqualität der dort lebenden Menschen. Der Bevölkerung sollen dabei grüne Naherholungsräume in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zur Verfügung stehen. Dennoch mangelt es jedoch in den Kommunen noch vielerorts an der praktischen Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Quantität und Qualität des Stadtgrüns und an der Beteiligung der Zivilgesellschaft, bspw. durch bürgerschaftliches Engagement. Neben der Umsetzung kommt es häufig auch zu Interessenkonflikten hinsichtlich traditioneller Pflegekonzepte und neuen Formen des Umgangs mit Grün- und Freiflächen zwischen Ämtern, Natur- und Umweltschutzverbänden, engagierten Bürgerinnen und Bürgern und der allgemeinen Öffentlichkeit. Gleichzeitig stehen beabsichtigte Baumaßnahmen, die die Flächenversiegelung vorantreiben, in Konkurrenz mit dem Stadtgrün. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation kann wesentlich dazu beitragen, Aufklärungsarbeit für notwendige Maßnahmen zu leisten und somit das Bewusstsein und die Wertschätzung für ein vielfältiges Stadtgrün zu steigern.

Wie wird der Wert von städtischen Grün- und Freiflächen vermittelt und wie werden notwendige Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung begründet?

Wichtige Werkzeuge zur Vermittlung des Wertes von Stadtgrün und notwendiger Maßnahmen sind eine umfassende Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Wichtiger Bestandteil der Kommunikation ist dabei auch eine Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Im Weißbuch Stadtgrün des Bundesumweltministeriums wird im Kapitel 10 auf die Bedeutung dieser drei Handlungsfelder hingewiesen, die dazu dienen, ein Fachpublikum und die interessierte Öffentlichkeit als Zielgruppe zu informieren und zu erreichen (BMUB 2017). Was bedeutet nun umfassende Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit bzw. BNE konkret für Grün- und Freiflächen? Hierzu wird im Folgenden eine kurze Übersicht über die Grundlagen dieser Begriffe geben:

Kommunikation: Kommunikation bedeutet der Austausch von Informationen zwischen einem Sender und einem oder mehreren Empfängern und ist ein Zusammenspiel zwischen Mitteilen, Verstehen und Feedback (SIMON 2004). Kommunikation kann einseitig (one-way) oder zweiseitig (two-way) sein. Die erste Variante führt zu Monologen und reiner Informationsvermittlung, ohne Interaktion mit der Zielperson oder Zielgruppe. Ein Beispiel dafür ist ein Zeitungsartikel. Zweiseitige Kommunikation ermöglicht im Gegensatz dazu, dass die Kommunikationspartner aufeinander eingehen und sich austauschen, wie bspw. bei einem Workshop oder durch Kommentare auf Sozialen Netzwerken (BOWATER & YEOMAN 2012).

Für eine erfolgreiche Kommunikation ist die Fokussierung auf die Zielgruppen von entscheidender Bedeutung. Die Kommunikation sollte so ausgerichtet sein, dass die Informationen verständlich vermittelt werden. Bei Botschaften für ein Nicht-Fachpublikum ist die Benutzung einer einfachen Sprache, welche Fremdwörter und schwierige Fachbegriffe vermeidet zu bevorzugen (BOWATER & YEOMAN 2012). Die Kommunikation kann verbal, also mit Hilfe von Sprache auf der Sachebene erfolgen oder non-verbal, mit Hilfe von Zeichen (Gestik, Mimik, Bilder, Filme), womit vor allem die emotionale Ebene der Zielgruppen angesprochen werden kann (SIMON 2004). Eine erfolgreiche Kommunikation schafft Transparenz, zeigt Empathie und bringt Geduld auf, d. h. ist auch wirklich interessiert an der Meinung der Empfänger und wendet aktives Zuhören an, was zum Aufbau von Vertrauen beiträgt. Hierzu ist ein intensiver und wiederholter Dialog und die Bereitschaft bzw. das Angebot zur Kooperation notwendig.

Erfolgreiche Kommunikation erreicht neben der Wissensvermittlung durch Aufklärung idealerweise auch eine Verhaltensänderung aus eigener Motivation bei den Zielgruppen. Dabei ist auch zu beachten, ob die Zielgruppe als personaler Akteur (Einzelperson) oder als kollektiver Akteur (eine Gruppe) anzusprechen ist.

Öffentlichkeitsarbeit: Ein geeignetes Mittel, um mit der allgemeinen Öffentlichkeit ins Gespräch zu kommen, ist die Öffentlichkeitsarbeit (engl. PR, „Public Relations“). Die Öffentlichkeitsarbeit ist stets integrierter Bestandteil von Einrichtungen oder Unternehmen, kann ebenso jedoch auch im Rahmen kleinerer Projekte und Initiativen zur Vermittlung des Wertes von Stadtgrün eingesetzt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit verfolgt eine genaue Absicht, mit dem Ziel diese zu kommunizieren, zu informieren und auch zu überzeugen. Sie hilft bspw. eine Thematik, ein Projekt oder ein Anliegen bekannt zu machen und Vertrauen bei den Zielgruppen aufzubauen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit können verschiedene Instrumente eingesetzt werden wie Presse- und Medienarbeit online (u. a. Soziale Netzwerke) und offline, Dialogveranstaltungen mit ausgesuchten Zielgruppen (Workshops, Konferenzen usw.) oder öffentliche Veranstaltungen mit Infoständen oder Aktionen (z. B. Tag der offenen Tür, Feste, Pressetermin). Als weitere Mittel der Öffentlichkeitsarbeit können Wettbewerbe oder ein Labeling, wie die Auszeichnung „Kommunen für biologische Vielfalt“, eingesetzt werden.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE): Um den Wert der Grün- und Freiflächen weiten Teilen der Bevölkerung zu vermitteln, bedarf es gezielter Bildungsmaßnahmen zur Wissensvermittlung und Aufklärung. Naturthemen werden traditionell seit den 1970er Jahren im Rahmen der Umweltbildung vermittelt. BNE hat zum Ziel, die Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln zu befähigen. Nach DE HAAN (2009) vermittelt BNE Gestaltungskompetenz, die in 12 Teilkompetenzen untergliedert werden kann, darunter u. a. „Weltoffenheit“ und „Interdisziplinarität“, aber auch „Kooperation“ und „Partizipation“ oder „Gerechtigkeit und Moral“ sowie „Empathie und Solidarität“. Seit Vorliegen der Agenda 2030 (BMZ 2017) mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen, den sog. Sustainable Development Goals (SDGs), findet ein Bewusstseinswandel hin zu mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) statt. Mit dem Nachhaltigkeitsziel SDG 4 soll eine hochwertige, inklusive und chancengerechte Bildung für Menschen

weltweit und ein Leben lang sichergestellt werden. Die Rolle von Bildung ist dafür essenziell. Dabei werden als Zielgruppe insbesondere die jungen Menschen, die sog. „Change Agents", angesehen. BNE wird von der UNESCO unterstützt, zunächst als UN-Dekade BNE von 2005-2014, momentan im Rahmen eines Weltaktionsprogramms bis 2019. Die Bemühungen sollen auch über diesen Zeitpunkt hinaus weiter fortgesetzt werden.

Zielgruppen: Ein Ergebnis der regelmäßig durchgeführten Naturbewusstseinsstudien ist, dass 75% der Menschen den Erhalt der Biodiversität als prioritäre Aufgabe ansehen (BMUB 2015), jedoch nur 25% der Menschen ein ausreichend hohes Bewusstsein für die Biodiversität besitzen und 20% der Menschen den Begriff sogar noch nie gehört haben (BMU 2017). Es zeigt sich eine starke Diskrepanz zwischen Wissen, bekundeter Bereitschaft aktiv zu werden und tatsächlichem Verhalten. Woran liegt das? Bei der Kommunikation ist zu beachten, dass nicht jeder Mensch gleich ist, wenn es um Verhaltensänderungen oder die Motivation zum Mitmachen geht. Kommunikation muss demzufolge auf die Zielgruppen bestmöglich ausgerichtet sein, um eine Motivation aus eigenem Antrieb zu generieren (Sinus-Institut 2018, HESEBECK 2015). So ist bspw. ein der Tradition verpflichteter Kleingartenverein anders anzusprechen als eine Urban Gardening-Initiative, die eine Neuorientierung der gesellschaftlichen Konsumdenkweise verfolgt. Gleichzeitig ist jedoch auch jede Zielgruppe durch ihre unterschiedlichen Mitglieder individuell zusammengesetzt.

Den Zielgruppen kann man sich nach verschiedenen Modellen annähern. Sie können bspw. nach der Milieuzugehörigkeit differenziert werden, den sog. Sinus-Milieus (Sinus-Institut 2018). Dies ist ein soziokultureller Ansatz mit einem Gesellschaftsmodell aus soziokulturellen Merkmalen (Unter-, Mittel- und Oberschicht und die jeweiligen Zwischenformen) kombiniert mit der Grundorientierung der Menschen (Tradition, Modernisierung, Individualisierung, Neuorientierung). Dieses Modell ist auch Grundlage der bereits erwähnten Naturbewusstseinsstudien (s. BMUB 2015, BMU 2018). Diesem Ansatz liegt die Erkenntnis zugrunde, dass soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Schulbildung nicht ausreichen, um individuelle Einstellungen, Handlungsmuster und Zugangsweisen zur Natur zu erklären, sondern dass diese ebenso stark von grundlegenden Werten, dem Lebensstil und Lebenszielen abhängen.

Eine weitere Möglichkeit, um sich den Zielgruppen zu nähern, ist der neuroökonomische Ansatz nach HÄUSEL (2010) (in HESEBECK 2015). Dieser Ansatz hat identifiziert, wie wichtig Emotionen und Beziehungen für Kommunikations- und Lernprozesse sind. Emotionen sind die Grundlage von kognitiven Verarbeitungs- und Entscheidungsprozessen und somit auch Grundlage für die Entwicklung von sozialem Engagement. Der Mensch wird überwiegend vom Unbewussten gesteuert, wobei Emotionen eine wesentliche Rolle spielen.

Nach diesem Ansatz gibt es die drei Emotionssysteme: Stimulanz, Dominanz und Balance. Zu diesen lassen sich wiederum vier Motivationstypen zuordnen: der Harmonisierer, der Bewahrer, der Performer und der Neugierige.

Eine Reihe von Motiven spielen eine Rolle, um sich für den Naturschutz zu engagieren, die politischer und moralischer Art sein können, als auch aus selbstdienlicher Motivation heraus gebildet sind, bspw. um soziale Bindungen zu knüpfen oder dem Wunsch nach Anerkennung (BLÖBAUM 2012).

Die verschiedenen Ansätze verdeutlichen, dass es bei der Ansprache der Zielgruppen viel Aufmerksamkeit und Einfühlungsvermögen bzw. Empathie bedarf.

Was wollen Bürgerinnen und Bürger wissen?

Für die Menschen sind Themen mit hoher persönlicher Alltagsrelevanz interessant und haben das Potenzial zur Selbstwirksamkeit anzuregen. Diese Themen sind auch einfacher zu kommunizieren. Aus wissenschaftlicher Sicht sind bedeutende ökologische Themen auf lokaler bis globaler Ebene in absteigender Reihenfolge die Biodiversität, die Stickstoffkreisläufe und der Klimawandel (ROCKSTRÖM et al. 2009), deren Zustände jeweils im kritischen (roten) Bereich liegen. Diese globalen Themen haben mittlerweile große Teile der Bevölkerung in Deutschland erreicht. Die Bevölkerung ist insbesondere für den Klimawandel sensibilisiert, dessen Auswirkungen sich auch in Deutschland bereits deutlich durch zunehmende Starkwetterereignisse wie Dürre- und Hitzeperioden, Überschwemmungen und Stürme bemerkbar machen. An dieser Thematik ist besonders die junge Generation mit Hinblick auf ihre Zukunft interessiert, was sich in der Initiative „Fridays for Future" ausdrückt. Aber auch der Biodiversitätsverlust wird nun häufiger in deutschen Medien und von der Politik thematisiert. Dies ist bspw. der Krefelder Studie zum Insektensterben (HALLMANN et al. 2017) und aktuellen Warnungen des Biodiversitätsrates IPBES, dass ca. eine Mio. Arten vom Aussterben bedroht sind, zu verdanken (UFZ 2019). Diese drei Themenbereiche sollten bei der Kommunikation zum Wert von Stadtgrün von Seiten der Kommunen, im Rahmen von Projekten und von Initiativen stets mitgedacht werden. Auf lokaler und regionaler Ebene haben vorzugsweise Themen zu den Ökosystemleistungen für die Menschen eine hohe Alltagsrelevanz, da sie diese unmittelbarer betreffen. So bieten Grünflächen wie öffentliche Parks kulturelle Leistungen zur Erholung und zum Sport, die Grünflächen von Kleingartenvereinen und Urban Gardening-Initiativen Versorgungsleistungen wie den Anbau von Nahrungsmitteln und insgesamt alle Grünflächen Regulierungsleistungen zur Luft-, Wasser und Bodenreinhaltung.

Im Rahmen der Studie „Assessment der Bildungsangebote hinsichtlich Biodiversität und Ökosystemleistungen im Raum Bonn im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)" konnte konkret ergründet werden, welche Themen die Menschen am meisten interessieren, wenn sie Bildungsangebote zur Biodiversität und zu Ökosystemleistungen wahrnehmen, welche Formate sie dabei präferieren und welche Komponenten der BNE ihnen wichtig sind (NÖSKE et al. 2019). Die Studie hat neben dem Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer von Angeboten die Bildungsangebote selber weitreichend erfasst und dadurch Lücken in den Angeboten (Themen, Formate, Zielgruppen) identifizieren können, Handlungsempfehlungen gegeben und Implementierungsmöglichkeiten für neue BNE-Angebote ausgelotet. An erster Stelle der Thematiken steht bei den Befragten die Artenvielfalt, an zweiter Stelle der Naturschutz, gefolgt von der Vielfalt der Ökosysteme, sowie an vierter Stelle zu gleichen Teilen Ökosystemleistungen und Biodiversitätsforschung.

Es zeigte sich aber auch, dass insbesondere Menschen mit hohem Bildungsabschluss an der Bildungs-Studie teilnahmen (NÖSKE et al. 2019). Eine andere Studie zur außerschulischen Umweltbildung deutschlandweit ergab ähnliche Ergebnisse (GIESEL et al. 2001). Menschen mit höherem Bildungsniveau zeigen sich i. d. R. interessierter und offener Naturangebote wahrzunehmen als bildungsferne Milieus. Die Ursache hierfür scheint jedoch nicht unbedingt an geringe-

rem Interesse zu liegen, sondern eher an mangelndem Zugang zu Naturangeboten wie der Erreichbarkeit von Grünflächen in der Stadt und an den eingeschränkten privaten finanziellen Mitteln (Stiftung Naturschutzgeschichte 2019).

Welche Formate und Materialien werden benutzt?

Betrachtet man die verschiedenen Aktivitäten im öffentlichen Grün, so sind diese die Naturerfahrung, Erholung und Sport, Umweltbildung und soziale Aspekte, wie das gemeinsame Tun (Flächenpflege, städtische Agrikultur), ein Ort der Begegnung oder ein Ort interkulturellen Austausches.

In der Umweltbildung gibt es eine große Zahl verschiedener Formate, die angeboten werden. Im Bonner Raum sind insbesondere Führungen und Exkursionen, gefolgt von Unterricht, Workshops und Kursen häufige Angebotsformate (NÖSKE et al. 2019). Die lokalen Nutzerinnen und Nutzer im Bonner Raum nehmen diese Formate auch besonders gerne wahr, d. h. Angebot und Nachfrage decken sich gut. Für größere Projekte werden deutschlandweit in bedeutendem Maße auch Lehrmaterialien sowie Informationsmaterialien bzw. Infoseiten im Internet angeboten. Gleichzeitig sind die Nutzerinnen und Nutzer aber auch an Ausstellungen und Infoständen sowie Vorträgen in hohem Maße interessiert. Hier fällt das Angebot jedoch geringer aus als der Bedarf. Auf städtischen Grün- und Freiflächen im Bonner Raum gibt es verschiedene Bildungsangebote, darunter einige „Grüne Lernorte“ wie Botanische Gärten oder einige Freizeitspielstätten. „Grüne Lernorte“ sowie „Aus-, Fort- und Weiterbildungen“ sind auch Handlungsfelder des BMU-Weißbuches.

Mitmachaktionen werden der Bildungsstudie nach eher auf nationaler Ebene von größeren Organisationen initiiert. Um sich über Umweltbildungsangebote zu informieren, werden am häufigsten Druckprodukte (Flyer, Aushänge, Programmhefte) benutzt, aber auch Mitteilungen in der Presse (Zeitungen, Magazine, TV, Radio etc.) (NÖSKE et al. 2019). Eine hohe Bedeutung haben aber auch Veranstaltungen und Infostände sowie die Webseiten der Bildungseinrichtungen und Online-Terminübersichten, um über die Angebote zu erfahren und sich zu informieren. Die große Mehrheit der Menschen empfindet es als einfach, Angebote zu recherchieren, jedoch immerhin ein Drittel hat damit Schwierigkeiten. Insgesamt würden sich die Menschen eine zentrale Plattform für die Bildungsangebote in einer Region wünschen.

Das zeigt, dass für Projekte bzw. Bildungsanbieter das Einrichten einer eigenen Webseite eine Grundvoraussetzung ist, um über den Inhalt und Fortgang eines Projektes oder Themas oder aktuelle Veranstaltungen zu informieren. Soziale Medien, die eine zweiseitige Kommunikation und das Mitteilen von Neuigkeiten ermöglichen, werden insgesamt weniger genutzt, sind aber dennoch bedeutsam für ein Drittel der Befragten, darunter insbesondere Studierende. Es ist für bestimmte Zielgruppen unumgänglich Social-Media-Kanäle wie Facebook, Twitter oder Instagram zu nutzen, wodurch Informationen schnell gestreut werden können. Zudem geben diese Kanäle einen unmittelbaren Überblick über das Erreichen des Publikums durch Likes, Teilen der Inhalte oder dem reinen Ansehen der Inhalte, aufgezeichnet durch Statistiktools.

Um zum Mitmachen zu motivieren, ist der gezielte Dialog mit den Zielgruppen geeignet, aber auch um mehr über diese zu erfahren und sie in Projekte einzubinden. Der Dialog kann in Form von Befragungen, Workshops, Fachtagungen oder Mitmachaktionen (Citizen Science oder Bürgerwissenschaft, Citizen Labs usw.) erfolgen.

Mittlerweile sind einige Best practice Beispiele für gelungene Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit für Grünflächen in Bonn vorhanden, darunter die aktualisierte Internetpräsenz der Bundesstadt Bonn mit ausführlichen Informationen über die öffentlichen Grünflächen der Stadt. Die Bundesstadt Bonn hat zudem einen Lehrpfad der Artenvielfalt in der Stadt Bonn eingerichtet, eine Art grüner Stadtspaziergang, um für die Natur in der Stadt zu sensibilisieren. Ebenso ist das Projekt „Bonn blüht und summt“ von Bonn in Wandel e. V. zu nennen, welches sich für blühende Inseln in Bonn einsetzt, Saatgut verteilt und Anregungen zum Anlegen von Blühstreifen gibt.

Auch Naturschutzverbände wie der BUND Bonn engagieren sich für Grünflächen in der Stadt. Dieser hat ein Citizen Science-Projekt zum Thema Neophyten im Stadtgebiet durchgeführt und auch das öffentliche Grün in die Untersuchungen einbezogen (ZEDDA & NÖSKE 2015).

Schlussfolgerungen

Um eine erfolgreiche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit für Grün- und Freiflächen zu erzielen, sollte diese in erster Linie auf die Zielgruppen gut abgestimmt sein. Die Berücksichtigung verschiedener miteinander ggf. kombinierter Modelle, die sich den Charaktereigenschaften bzw. der sozioökoonomischen Herkunft der Menschen bedienen, ist dafür sehr hilfreich. Natur- und Klimaschutz sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wofür das Bewusstsein in der Bevölkerung weiterhin erhöht werden muss, auch im Rahmen der Wertschätzung für das Stadtgrün, um die heutigen globalen bis lokalen Herausforderungen bewältigen zu können. Hierfür ist es notwendig alle Zielgruppen einzuschließen.

Obwohl Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung im Rahmen vieler Projekte und Initiativen für Grün- und Freiflächen schon stattfinden, ist die Kommunikation häufig einseitig (Werbung, reine Wissens- und Informationsvermittlung ohne Interaktion). Es mangelt an einem Kommunikationsplan, in dessen Vorfeld genau analysiert wird, welche die Zielgruppen sind und in dem entsprechend angepasste Kommunikationsmethoden und Inhalte ausgearbeitet sind. Die einseitige Kommunikation sollte zunehmend durch Beteiligung, Interaktionen und Dialoge mit den Zielgruppen ergänzt werden (zweiseitige Kommunikation). Dafür eignen sich insbesondere eine Bildung für Nachhaltige Entwicklung (mit Mitmachaktionen, Workshops, Citizen Labs und Citizen Science) und auch die Nutzung von sozialen Netzwerken.

Literatur

BLÖBAUM, A. (2012): Barrieren für weibliches Engagement im Naturschutz? Ein empirischer Blick auf naturwissenschaftliche und Naturschutzvereine. – Naturschutz und Biologische Vielfalt, Bd. 123: Ehrenamtliche Kartierungen für den Naturschutz. Historische Analysen, aktuelle Situation und Zukunftspotenziale. Münster: Landwirtschaftsverlag, 203-225.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015): Naturbewusstsein 2015. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt, 103 Seiten. Online: https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/Naturbewusstseinsstudie2015.pdf.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2017): Weißbuch Stadtgrün. Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft, 52 Seiten. Online: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/weissbuch-stadtgruen.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2018): Naturbewusstsein 2017. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt, 71 Seiten. Online: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/naturbewusstseinsstu-

die_2017_de_bf.pdf.

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017): Der Zukunftsvertrag für die Welt. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, 28 S. Online: http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie270_zukunftsvertrag.pdf

BOWATER, L., YEOMAN, K. (2012): Science Communication. A Practical Guide for Scientists. Wiley-Blackwell. 384 p.

DE HAAN, G. (2009): Programm Transfer 21 – Bildung für nachhaltige Entwicklung. Hintergrund, Legitimationen und (neue) Kompetenzen, 21 Seiten. Online: https://netzwerk-n.org/wp-content/uploads/2017/07/de-Haan-2009-Bildung-fu%CC%88r-nachhaltige-Entwicklung.pdf.

GIESEL, K. D., DE HAAN, G., RODE, H., SCHRÄTTER, S., WITTE, U. (2001): Außerschulische Umweltbildung in Zahlen. Die Evaluationsstudie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Initiativen zum Umweltschutz, Band 34, S. 1-393.

HALLMANN, C. A., SORG, M., JONGEJANS, E. et al. (2017): More than 75 percent decline over 27 years in total flying insect biomass in protected areas. PLOS ONE 12 (10). Online: https://doi.org/10.1371/journal.pone.0185809.

HESEBECK, B. (2015): Leitfaden Umweltkommunikation. Limbic® Map und Motivationsprofile – Neue Ansätze für die Nachhaltigkeitskommunikation. Oro Verde – Die Tropenwaldstiftung. Online: https://www.regenwald-schuetzen.org/fileadmin/user_upload/pdf/Projekt/Green_movie/leitfaden-umweltkommunikation.pdf.

NÖSKE, N., ZEDDA, L., WISSMANN, J. (2019): Assessment der Bildungsangebote hinsichtlich Biodiversität und Ökosystemleistungen im Raum Bonn im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, 91 Seiten. Online: https://bildung.bion-bonn.org/index.php?id=123.

ROCKSTRÖM, J., STEFFEN, W. NOONE, K. et al. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the safe operating space for humanity. Ecology and Society 14 (2): 32. Online: https://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/.

SIMON, W. (2004): GABALs großer Methodenkoffer. Grundlagen der Kommunikation, 293 S. Offenbach: Gabal Verlag.

Sinus-Institut (2018): Informationen zu den Sinus-Milieus® 2018. Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH Heidelberg/ Berlin. 25 S. Online: https://www.sinus-institut.de/fileadmin/user_data/sinus-institut/Bilder/Sinus-Milieus_092018/2018-09-18_Informationen_zu_den_Sinus-Milieus.pdf.

Stiftung Naturschutzgeschichte (2019): Perspektivwechsel: Praktiken des alltäglichen Naturerlebens und Naturbedürfnisse sozioökonomisch benachteiligter Menschen, Tagung Bonn, 05.09.2019.

UFZ – Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (2019): Das „Globale Assessment" des Weltbiodiversitätsrates IPBES. Die umfassendste Beschreibung des Zustandes unserer Ökosysteme und ihrer Artenvielfalt seit 2005 – Chancen für die Zukunft. Online: https://www.helmholtz.de/fileadmin/user_upload/IPBES-Factsheet.pdf.

ZEDDA, L., NÖSKE, N. (2015): Erforsche Neophyten mit! Citizen Science für junge ForscherInnen im Bonner Raum. - Lehrmaterial für LehrerInnen und MultiplikatorInnen. Online: http://www.bonn.bund.net/uploads/media/BUND_Neophyten_Broschu ere_2015_Vers_2.pdf.

Anschrift der Verfasserinnen:

Dr. Nicole Nöske
Dr. Luciana Zedda
BIO-Diverse
Ließemer Str. 32 a
53179 Bonn
E-Mail: info@bio-diverse.de

Jugendliche bei der Erkundung der Natur (Foto: L. Zedda).

Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landespflege (DRL)

Heft 1	September 1964	Straßenplanung und Rheinuferlandschaft im Rheingau	
Heft 2	Oktober 1964	Landespflege und Braunkohlentagebau	- vergriffen -
Heft 3	März 1965	Bodenseelandschaft und Hochrheinschiffahrt	
Heft 4	Juli 1965	Landespflege und Hoher Meißner	- vergriffen -
Heft 5	Dezember 1965	Landespflege und Gewässer	- vergriffen -
Heft 6	Juni 1966	Naturschutzgebiet Nord-Sylt	
Heft 7	Dezember 1966	Landschaft und Moselausbau	
Heft 8	Juni 1967	Rechtsfragen der Landespflege	- vergriffen -
Heft 9	März 1968	Landschaftspflege an Verkehrsstraßen	
Heft 10	Oktober 1968	Landespflege am Oberrhein	
Heft 11	März 1969	Landschaft und Erholung	- vergriffen -
Heft 12	September 1969	Landespflege an der Ostseeküste	- vergriffen -
Heft 13	Juli 1970	Probleme der Abfallbehandlung	- vergriffen -
Heft 14	Oktober 1970	Landespflege an der Nordseeküste	
Heft 15	Mai 1971	Organisation der Landespflege	- vergriffen -
Heft 16	September 1971	Landespflege im Alpenvorland	
Heft 17	Dezember 1971	Recht der Landespflege	- vergriffen -
Heft 18	Juli 1972	Landespflege am Bodensee	- vergriffen -
Heft 19	Oktober 1972	Landespflege im Ruhrgebiet	- vergriffen -
Heft 20	April 1973	Landespflege im Raum Hamburg	
Heft 21	November 1973	Gesteinsabbau im Mittelrheinischen Becken	- vergriffen -
Heft 22	Mai 1974	Landschaft und Verkehr	- vergriffen -
Heft 23	Oktober 1974	Landespflege im Mittleren Neckarraum	
Heft 24	März 1975	Natur- und Umweltschutz in Schweden	
Heft 25	April 1976	Landespflege an der Unterelbe	- vergriffen -
Heft 26	August 1976	Landespflege in England	
Heft 27	Juni 1977	Wald und Wild	
Heft 28	Dezember 1977	Entwicklung Großraum Bonn	
Heft 29	August 1978	Industrie und Umwelt	
Heft 30	Oktober 1978	Verdichtungsgebiete und ihr Umland	- vergriffen -
Heft 31	Oktober 1978	Zur Ökologie des Landbaus	- vergriffen -
Heft 32	März 1979	Landespflege in der Schweiz	
Heft 33	August 1979	Landschaft und Fließgewässer	- vergriffen -
Heft 34	April 1980	20 Jahre Grüne Charta	
Heft 35	Oktober 1980	Wohnen in gesunder Umwelt	
Heft 36	Januar 1981	Neues Naturschutzrecht	- vergriffen -
Heft 37	Mai 1981	Umweltprobleme im Rhein-Neckar-Raum	
Heft 38	Juni 1981	Naturparke in Nordrhein-Westfalen	- vergriffen -
Heft 39	September 1982	Naturpark Südeifel	
Heft 40	Dezember 1982	Waldwirtschaft und Naturhaushalt	- vergriffen -
Heft 41	März 1983	Integrierter Gebietsschutz	- vergriffen -
Heft 42	Dezember 1983	Landespflege und Landwirtschaft	- vergriffen -
Heft 43	November 1984	Talsperren und Landespflege	
Heft 44	November 1984	Landespflege in Frankreich	
Heft 45	Dezember 1984	Landschaftsplanung	- vergriffen -
Heft 46	August 1985	Warum Artenschutz?	- vergriffen -
Heft 47	Oktober 1985	Flächensparendes Planen und Bauen	- vergriffen -
Heft 48	Dezember 1985	Naturschutzgebiet Lüneburger Heide	- vergriffen -

Heft 49	März 1986	Gefährdung des Bergwaldes	- vergriffen -
Heft 50	Juli 1986	Landschaften nationaler Bedeutung	
Heft 51	Dezember 1986	Bodenschutz	- vergriffen -
Heft 52	Juli 1987	Natur- und Umweltschutz in Österreich	
Heft 53	Dezember 1987	25 Jahre Deutscher Rat für Landespflege	
Heft 54	April 1988	Zur Entwicklung des ländlichen Raumes	- vergriffen -
Heft 55	September 1988	Eingriffe in Natur und Landschaft	- vergriffen -
Heft 56	Dezember 1988	Zur Umweltverträglichkeitsprüfung	- vergriffen -
Heft 57	November 1989	Erholung/Freizeit und Landespflege	- vergriffen -
Heft 58	Dezember 1989	Wege zu naturnahen Fließgewässern	- vergriffen -
Heft 59	April 1991	Naturschutz und Landschaftspflege in den neuen Bundesländern	
Heft 60	Dezember 1991	Natur- und Umweltschutz in Italien	
Heft 61	April 1992	Natur in der Stadt	
Heft 62	Juni 1993	Truppenübungsplätze und Naturschutz	- vergriffen -
Heft 63	Oktober 1993	Wege zur umweltverträglichen Landnutzung in den neuen Bundesländern	-vergriffen -
Heft 64	November 1994	Konflikte beim Ausbau von Elbe, Saale und Havel	
Heft 65	Dezember 1994	Ökologische Umstellungen in der industriellen Produktion	
Heft 66	Dezember 1995	Pflege und Entwicklung der Potsdamer Kulturlandschaft	
Heft 67	April 1997	Leitbilder für Landschaften in „peripheren Räumen“	
Heft 68	Oktober 1997	Betrachtungen zur „Grünen Charta von der Mainau“ im Jahre 1997	
Heft 69	November 1998	Wege zur umwelt- und raumverträglichen Auto-Mobilität	
Heft 70	November 1999	Landschaften des Mitteldeutschen und Lausitzer Braunkohlentagebaus	
Heft 71	Juli 2000	Honorierung von Leistungen der Landwirtschaft für Naturschutz und Landschaftspflege	- vergriffen -
Heft 72	Oktober 2001	Die Integration Polens in die EU: Herausforderungen für den Naturschutz – eine Annäherung	
Heft 73	Juni 2002	Gebietsschutz in Deutschland: Erreichtes – Effektivität – Fortentwicklung	
Heft 74	Dezember 2002	Die verschleppte Nachhaltigkeit: frühe Forderungen – aktuelle Akzeptanz	
Heft 75	Dezember 2003	Naturschutz in Deutschland – eine Erfolgsstory?	
Heft 76	Mai 2004	Der Beitrag der Waldwirtschaft zum Aufbau eines länderübergreifenden Biotopverbundes	
Sonderheft	Oktober 2004	Leitfaden für die Erarbeitung verbandlicher Stellungnahmen	
Heft 77	Mai 2005	Landschaft und Heimat	
Heft 78	Februar 2006	Freiraumqualitäten in der zukünftigen Stadtentwicklung	
Heft 79	September 2006	Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft	- als CD -
Heft 80	Januar 2007	30 Jahre Eingriffsregelung - Bilanz und Ausblick	
Heft 81	Januar 2008	Kompensation von Strukturdefiziten in Fließgewässern durch Strahlwirkung	- vergriffen -
Heft 82	Mai 2009	Verbesserung der biologischen Vielfalt in Fließgewässern und ihren Auen	- vergriffen -
Heft 83	Oktober 2010	Biosphärenreservate sind mehr als Schutzgebiete - Wege in eine nachhaltige Zukunft	
Heft 84	März 2012	Um- und Ausbau der Stromnetze - aus der Sicht von Naturschutz und Kulturlandschaftspflege	
Heft 85	März 2020	Bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Grün - erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft	

Die Hefte der DRL-Schriftenreihe können – soweit lieferbar – bestellt werden (5,50 € zzgl. Mwst. und Versandkosten).

Druckcenter Meckenheim
Werner-von-Siemens-Str. 13, 53340 Meckenheim
Tel.: 02225 / 88 93-550
Fax: 02225 / 88 93-558
E-Mail: zentrale@druckcenter.de

Vergriffene Veröffentlichungen können bei der Geschäftsstelle entliehen werden.

Auf der DRL-Homepage steht Ihnen die DRL-Schriftenreihe als Download zur Verfügung:
www.landespflege.de/schriften

Mitglieder des Deutschen Rates für Landespflege

Ehrenmitglied:	Professor em. Dr. Dr. h. c. Wolfgang HABER, München Lehrstuhl für Landschaftsökologie der Technischen Universität München -Weihenstephan
Vorstand:	Professor Dr. Werner KONOLD, Freiburg – Sprecher Institut für Landespflege der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Dir. und Professor Dr. h. c. Johann SCHREINER, Schneverdingen
Ordentliche Mitglieder:	Professor Dr. Josef BLAB, Bonn Bundesamt für Naturschutz Professor Dr. med. Thomas EIKMANN, Gießen Institut für Hygiene und Umweltmedizin der Justus-Liebig-Universität Gießen Professor Dr. Thomas GRÜNEBAUM, Essen Ruhrverband Prof. em.Ulrich HAMPICKE, Greifswald Institut für Botanik und Landschaftsökologie, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Professor Adrian HOPPENSTEDT, Hannover HHP Hage + Hoppenstedt Partner Professor Dr. Ulrich KÖPKE, Bonn Professur Organischer Landbau an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Professor Dr. Hans Walter LOUIS LL.M., Hannover Professor Dr. Helmut MEUSER, Osnabrück Fachhochschule Osnabrück Fakultät Agrarwissenschaften und Landschaftsarchitektur (A&L) Dr. Timothy MOSS, Berlin Integrative Research Institute on Transformation of Human-Environment Systems (IRI THESys) Professor Dr. Konrad OTT, Greifswald Professur für Umweltethik, Fachrichtung Landschaftsökologie, Botanisches Institut und Botanischer Garten, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald Dipl.-Volksw. Ulrich PETSCHOW, Berlin Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Prof. Dr. Thomas POTTHAST, Tübingen Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Eberhard-Karls-Universität Dipl.-Forstwirt Olaf SCHMIDT, Freising Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft Professor Dr. Uta STEINHARDT, Eberswalde Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz der Fachhochschule Eberswalde
Korrespondierende Mitglieder:	Professor em. Dr. Dr. h. c. Ulrich AMMER, München Lehrstuhl für Landnutzungsplanung und Naturschutz der Technischen Universität München Professor Dr.-Ing. Klaus BORCHARD, Bonn Akademie für Raumforschung und Landesplanung Professor Dr. Günther FRIEDRICH, Krefeld Ehem. Landesumweltamt NRW Professor Dr. Christina VON HAAREN, Hannover Institut für Umweltplanung, Leibniz Universität Hannover Professor Dr. Herwig HULPKE, Wuppertal Forstdirektor a. D. Volkmar Th. LEUTENEGGER, Konstanz Professor em. Dr. Manfred RENGER, Berlin Institut für Ökologie - FB 7 der TU Berlin Professor em. Dr. Dr. h. c. Herbert SUKOPP, Berlin Institut für Ökologie der Technischen Universität Berlin Professor Dr. Eberhard WEISE, Monheim
Geschäftsstelle:	Mainzer Str. 138 • 53179 Bonn Telefon: 0228/ 33 10 97 • Telefax: 0228/ 33 47 27 • E-Mail: DRL-Bonn@t-online.de Internet: http://www.landespflege.de